



LANDKREISTAG KOMPAKT

MITTEILUNGEN DES BAYERISCHEN LANDKREISTAGS

Ausgabe Nr. 3/2012

Aus dem Inhalt:

Innovationsring verabschiedet Handlungsempfehlungen zur
Führungskräfte-Entwicklung und zur Service- und Kundenorientierung

Fit für den Fiskalpakt -
Notwendige Neuerungen des sozialen Leistungsrechts

Reform Kommunaler Finanzausgleich -
Benachteiligung des ländlichen Raums

Finanzlage der bayerischen Krankenhäuser spitzt sich zu!

Ausstellung „Landkreis Bayreuth – Vielfalt, Visionen, neue Energien
und fränkische Traditionen“ beim Bayerischen Landkreistag

Präsident Dr. Jakob Kreidl feierte 60. Geburtstag

Bayerischer Landkreistag

Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München

Telefon +49 (0) 89/286615-0

Telefax +49 (0) 89/282821

info@bay-landkreistag.de
www.bay-landkreistag.de



Grußwort 4

Innovation

Leitfäden des Innovationsrings des Bayerischen Landkreistags 5

E-Government-Umfrage des Deutschen Landkreistags - Breitbandausbau ist Grundlage auch für elektronische Behördendienste - Nationaler IT-Gipfel 5

Breitbandausbau: EU-Kommission erteilt beihilferechtliche Genehmigung für bayerisches Förderprogramm 6

Einsatzbereiche für elektronische Signaturen, multifunktionale Chipkarten und den neuen Personalausweis in bayerischen Kommunen 7

Erweiterte Zuständigkeit im Kfz-Bereich auch in Niederbayern erfolgreich 7

Landkreis Lichtenfels und seine Gemeinden ziehen an einem Strang
GIS-Verbund sorgt seit 2010 für gegenseitige Synergien - stetiger Ausbau erfolgt 8

Wirtschaft und Finanzen

Notwendige Neuregelung des sozialen Leistungsrechts zur Ertüchtigung für den Fiskalvertrag 9

Reform Kommunaler Finanzausgleich - Benachteiligung des ländlichen Raums 11

Kommunen begrüßen Entlastung bei der Grundsicherung im Alter - Länder müssen Mittel vollständig weiterleiten 13

Kommunaler Investitionsstau verschärft sich dramatisch – knapp die Hälfte der Landkreise defizitär - Bericht des Deutschen Landkreistags zur Situation der Kreisfinanzen 13

Drohende Umsatzsteuerpflichtigkeit interkommunaler Kooperation: Kommunen brauchen dringend gesetzliche Klarstellung 16

Söder: 100 Millionen Euro mehr für Kommunen - Neuer Spitzenwert für Kommunalen Finanzausgleich 16

Verkehr

Verwirrspiel bei Autokennzeichen 17

Ländlicher Raum

Demografischer Wandel: Besonders betroffene Gebiete engagiert unterstützen – Gesetzes-Check Demografie auf Bundesebene einführen 18

Energie

Landkreis Hof: Fahrplan zur Energiewende 18

Erfolgreiches 1. Netzwerktreffen der Klimaschutzbeauftragten in der Metropolregion München 19

Jugend und Soziales

Entwicklung der Hartz IV-Empfängerzahlen im November – Trendwende absehbar 20

Wege aus der Langzeitarbeitslosigkeit - Tag der Optionskommunen 2012 22

Mehr als 4 Milliarden Euro für Kinder- und Jugendhilfe 22

Bund-Länder-Streit über Krippenausbau 23

Landkreis Nürnberger Land: Azubi-Akademie startet mit zwei Klassen durch 24



Gesundheit und Krankenhäuser

Finanzlage der bayerischen Krankenhäuser spitzt sich zu!	25
Eckdaten der Krankenhausstatistik	25
Kosten der bayerischen Krankenhäuser 2011 weiter gestiegen Gesamtkosten nahezu bei 13 Milliarden Euro - Personalkosten sind der größte Posten	26
Fast drei Millionen vollstationäre Krankenhausaufenthalte in Bayern 2011 Kreislaufkrankungen häufigster Anlass für Klinikaufenthalt	27
Fast 271 000 vollstationäre Behandlungen in Vorsorge- oder Reha-Einrichtungen in Bayern 2011 - Kniegelenks-Arthrosen häufigster Anlass für stationäre Rehabilitation oder Vorsorge	28
Spatenstich für neue Krankenhausgeneration in Lichtenfels	29
Landkreis Hof: Klinik in Naila wächst	30
Alkohol in der Schwangerschaft vermeiden - Neue Kampagne „Schwanger? Null Promille!“ gestartet	30
Menschen mit Demenz: Mitten in der Gesellschaft	30

Europa

Neue EU-Vorschriften gefährden kommunale Gestaltungsfreiheit Gemeinsame Erklärung des Städtetages (DST), des Landkreistages (DLT), des Städte- und Gemeindebundes (DStGB) und des VKU	31
EU-Kommission stellt strategische Arbeitsschwerpunkte für 2013 vor	32
„Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger“	32
25. Europatag des Rates der Gemeinden und Regionen Europas in Cadiz	33
Landkreis Hof: Zusammenarbeit im Herzen Europas	33
Fränkischer Karpfen und Spalter Hopfen bekommen EU-weit geschützte Gütezeichen	33
Bayerisches Wirtschaftsministerium fördert Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Europaregion Donau-Moldau	34

Aus den Landkreisen

Landkreis Neuburg-Schrobenhausen: Landkreis ein Prachtkerl	34
Landkreis Cham: Erfolgreiche Präsentation in Berlin – Tradinno und Roding Roadster auf dem Berliner Alexanderplatz	35
Landkreis Cham: Für besondere Verdienste um die Gemeinde – Bürger- und Verdienstmedaillen des Landkreises Cham und seiner Gemeinden	36
Landkreis Hof: Kooperationsabkommen mit Korea	36

Haus der bayerischen Landkreise

Ausstellung „Landkreis Bayreuth – Vielfalt, Visionen, neue Energien und fränkische Traditionen“ beim Bayerischen Landkreistag	37
--	----

Personalien

Präsident Dr. Jakob Kreidl feierte 60. Geburtstag	37
Wechsel beim Bayerischen Landkreistag	38
Landtagspräsidentin Barbara Stamm zeichnet Altlandrat Leutner mit der Verfassungsmedaille aus	38
Personalien	40

Impressum:

Herausgeber:

Bayerischer Landkreistag
Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München
Telefon (089) 286615-0
Telefax (089) 282821
info@bay-landkreistag.de
www.bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich:

Johannes Reile
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags

Herstellung:

Sebastian Weiss OHG
Werftstraße 11
94469 Deggendorf

Landrat Dr. Jakob Kreidl, Miesbach
Präsident des Bayerischen Landkreistags

Die Landratsämter mit den Landkreisen sind eine feste und wichtige Größe im Freistaat Bayern – 2012 konnten wir gemeinsam mit dem Bayerischen Innenminister Joachim Herrmann an das 150-jährige Bestehen der bayerischen Landratsämter erinnern. Am 1. Juli 1862 wurden an Stelle der alten Landgerichte, die bis dahin sowohl für die Rechtsprechung als auch für die Verwaltung zuständig waren, die Bezirksämter als reine Verwaltungsbehörden und damit die Vorläufer der heutigen Landratsämter geschaffen. Die Entstehung der bayerischen Landratsämter war nach dem Staatsumbau der Montgelas-Zeit um 1800 die wichtigste Verwaltungsreform des 19. Jahrhunderts. Auch wenn vor 150 Jahren noch nicht die Selbstverwaltung – wie wir sie heute kennen – existierte, so ist das Jahr 1862 ein Meilenstein in der Geschichte der modernen Staatlichkeit Bayerns. Schon damals waren die Landratsämter als bürgernahe Unterbehörden in einem Flächenland wie Bayern unerlässlich. Auch die aktuelle Staatsregierung erkennt – nicht zuletzt auch durch die für die Landkreise positiven Abschlüsse der Finanzausgleichsverhandlungen – die Wichtigkeit der Kommunen für den Aufbau des Freistaates Bayern an.

So steigt der Finanzausgleich 2013 um 457 Mio. auf 7.713,9 Mio. Euro (+ 6,3 %). 2013 werden die Schlüsselzuweisungen für Landkreise von 966 Mio. Euro auf 1.006 Mio. Euro ansteigen und damit erstmals über einer Milliarde Euro liegen. Ferner hat der Freistaat Bayern klare Signale zugunsten der Krankenhausinvestitionen (+ 70 Mio. Euro) und Schulinvestitionen (+ 30 Mio. Euro) gesetzt. Daneben gibt es Verbesserungen bei der Investitionspauschale und der Schülerbeförderung. Auch der Benachteiligung des ländlichen Raums durch einheitliche Nivellierungshebesätze soll entgegen gewirkt werden. Ich hoffe, dass die dafür eingesetzte Arbeitsgruppe eine gute Lösung für den vernachlässigten ländlichen Raum erringt, damit die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land nicht gefährdet ist.

Einen wichtigen Erfolg auf Bundesebene konnten die Kommunen bei der Kostenübernahme für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung einfahren. Danach übernimmt der Bund im Jahr 2013 75 % und ab dem Jahr 2014 vollständig die kommunalen Ausgaben. Dies ist ein wichtiger und bedeutender Schritt, der dringend benötigten Entlastung der Haushalte. Ich hoffe, dass der Bund diese kommunalfreundliche Linie fortsetzt und endgültig auch die Umsatzsteuerfreiheit für interkommunale Kooperationen festschreibt. Interkommunale Zusammenarbeit ist der zentrale Baustein bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen und darf nicht durch umsatzsteuerrechtliche Vorschriften behindert werden.

Trotz erheblicher finanzieller Erleichterungen auf Landes- und Bundesebene dürfen wir nicht übersehen, dass die Sozialausgaben der Kommunen unaufhörlich steigen. Dies schlägt sich nicht nur in einer nachlassenden Investitionstätigkeit der Kommunen nieder, sondern reduziert auch deren Handlungs-

und Gestaltungsspielräume bei der Bekämpfung der negativen Folgen des demografischen Wandels.

Zwar sind die Regionen in Bayern unterschiedlich von Ab- und Zuwanderung der Menschen betroffen, die Verschiebung der Altersschichtung in der Gesellschaft ist für alle gleich. Immer weniger Kinder werden geboren, immer mehr Menschen freuen sich über eine höhere Lebenserwartung. Gesamtwirtschaftlich betrachtet wird sich das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Transferleistungsempfängern in den nächsten Jahrzehnten dramatisch verschlechtern. In den von Abwanderung betroffenen Regionen sind die Auswirkungen dieser Entwicklung schon heute spürbar. In etwa zehn Jahren werden auch die heutigen Zuzugsregionen betroffen sein.



Der Bayerische Landkreistag hat sich daher in seiner diesjährigen Klausurtagung mit der strategischen Steuerung der Sozial- und Jugendhilfe in Zeiten des demografischen Wandels befasst. Wir werden auch eine eigene Tagungsdokumentation veröffentlichen, die einen guten Überblick über die aktuellen Probleme und evtl. Lösungsansätze gibt. Strategische Vorüberlegungen vor Ort können damit erleichtert werden.

Die Aufgaben werden nicht ausgehen. Auch im Superwahljahr 2013 werden wir versuchen, unseren guten Draht zu Landes- und Bundespolitikern auszubauen. Hierzu dienen uns nicht nur die parlamentarischen Abende mit den Landtagsfraktionen, sondern auch die Ausstellungen im Foyer des Hauses der bayerischen Landkreise.

Am Ende eines Jahres werden oft Prophezeiungen für die Zukunft getroffen. Eine Voraussage, die sicher eintreffen wird – ohne dass man sich auf das ungewisse Feld der seherischen Fähigkeiten begeben müsste – ist die Tatsache, dass Johannes Reile, der fast zehn Jahre als Geschäftsführendes Präsidialmitglied die Geschäftsstelle des Bayerischen Landkreistags in bewährter Art und Weise geleitet hat, am 31.12.2012 in den Ruhestand versetzt werden wird. Als seinen Nachfolger haben Präsidium und Landesausschuss Dr. Johann Keller gewählt, der sein Amt am 1.1.2013 antreten wird.

Für das nächste Jahr bitte ich Sie, mit Ihrem Engagement für die bayerischen Landkreise, den Bayerischen Landkreistag und die Geschäftsstelle des Bayerischen Landkreistags fortzuführen, damit wir auch in Zukunft wieder gute Lösungen für den ländlichen Raum erreichen können.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein besinnliches Weihnachtsfest und alles erdenklich Gute für das Jahr 2013.

Leitfäden des Innovationsrings des Bayerischen Landkreistags

Dem Innovationsring des Bayerischen Landkreistags gehören derzeit 21 Landkreise an, die in den Projektgruppen „Personal und Führung“, „Betriebswirtschaft“, „Organisation/eGovernment“ und „Service- und Kundenorientierung“ Handlungsempfehlungen zur Modernisierung der Kreisverwaltungen erarbeiten. 2012 hat der Innovationsring Handlungsempfehlungen für ein service- und kundenorientiertes Landratsamt sowie zur Führungskräfte-Entwicklung in den Landratsämtern veröffentlicht. Die Handlungsempfehlungen können über die Internetseite des Bayerischen Landkreistags unter <http://www.bay-landkreistag.de/landkreistag-bayinnovationsring-frame.htm> abgerufen werden.

Die Handlungsempfehlungen für ein service- und kundenorientiertes Landratsamt wurden von der Projektgruppe „Service- und Kundenorientierung“ unter der Leitung von Landrat Gebhard Kaiser, Landkreis Oberallgäu, erstellt. Grundlage der Handlungsempfehlungen sind die Ergebnisse der 2010 und 2012 in 20 Landkreisen von der GfK Marktforschung durchgeführten Bürger-/ Kundenbefragungen. Das Ergebnis dieser Befragungen war für die Landratsämter sehr positiv, über 90 % der Bürger waren mit ihrer Arbeit zufrieden. Im Rahmen der Projektarbeit wurden diese Ergebnisse analysiert und Handlungsempfehlungen und Hinweise zur Bearbeitung der Kundenanliegen, zur Erreichbarkeit, zur Gebäudegestaltung sowie zum zentralen Bürgerservice abgeleitet.

Die Projektgruppe „Personal und Führung“ unter der Leitung von Landrat Armin Kroder, Landkreis Nürnberger Land, hat die bisherigen Empfehlungen zur Führungskräfte-Entwicklung überarbeitet und an die aktuellen Gegebenheiten angepasst. Dabei wurde die Rolle der Führungskräfte auch vor dem Hintergrund beleuchtet, dass sich der Behördenalltag im vergangenen Jahrzehnt grundlegend gewandelt hat: Neue Aufgaben sind hinzugetreten, Strukturen haben sich geändert und neues Denken hat Einzug gehalten. Der neu

gefasste Leitfaden gibt Empfehlungen zu den Eckwerten und Rahmenbedingungen von Führung, zur Prozessgestaltung und zu Instrumenten der Führungskräfte-Entwicklung sowie zu Anreizsystemen. Als praktische Hilfestellungen enthält der Leitfaden zudem zahlreiche Muster (z. B. ein Muster-Anforderungsprofil für Führungskräfte) und Praxisbeispiele (z. B. für Führungsleitlinien).

Für 2013 ist insbesondere die Veröffentlichung eines Leitfadens zur Einführung und zum Einsatz von Dokumentenmanagementsystemen vorgesehen, der von der Projektgruppe „Organisation/eGovernment“ unter der Leitung von Landrat Georg Huber, Landkreis Mühldorf a. Inn, erarbeitet wird. Die Projektgruppe „Betriebswirtschaft“ unter der Leitung von Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, pilotiert derzeit insbesondere eine neue Online-Plattform für interkommunale Vergleiche.

Durch das Engagement der Landräte und der Mitarbeiter in den Verwaltungen konnten wieder weitere Meilensteine auf dem Weg zu modernen und kundenfreundlichen Landkreisverwaltungen erreicht werden. Der Innovationsring ist damit ein wichtiger Impulsgeber für die Verwaltungsmodernisierung.



Der Leiter des Innovationsrings und Erste Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Roland Schwing aus Miltenberg

E-Government-Umfrage des Deutschen Landkreistags – Breitbandausbau ist Grundlage auch für elektronische Behördendienste Nationaler IT-Gipfel

Im Rahmen des nationalen IT-Gipfels 2012, der Mitte November in Essen stattfand, diskutierten Politiker und Unternehmensführer u. a. über elektronische Behördendienste. Der Deutsche Landkreistag hat vor diesem Hintergrund Ergebnisse seiner jüngsten E-Government-Umfrage bei den 295 Landkreisen präsentiert und auf die Bedeutung eines weiteren Breitbandausbaus hingewiesen.

Nach 2004 und 2008 hat der Deutsche Landkreistag erneut eine E-Government-Umfrage durchgeführt. Einige ausgewählte Ergebnisse sind:

- Knapp die Hälfte der Landkreise plant, zukünftig die sicheren und verbindlichen De-Mail-Dienste zu nutzen.
- Ebenso viele Landkreise halten den Einsatz der Einheitlichen Behördenrufnummer für sinnvoll.
- Mit Blick auf das Deutschland-Online-Vorhaben „Kfz-Wesen“ wird die derzeitige Beschränkung auf die Außerbetriebsetzung und Wiederinbetriebnahme nach Außerbetriebsetzung als unzureichend eingestuft.
- Im Geodatenmanagement kommt den Kreisverwaltungen eine zentrale Rolle zu: In der Mehrheit der Landkreise werden bereits jetzt verwaltungsübergreifende Geoinformati-

onssysteme genutzt und es wird bei den Infrastrukturen mit anderen Behörden kooperiert.

- Social-Media-Dienste und Open Government werden von den Landkreisen vor allem als nützlich angesehen, um Möglichkeiten der Bürgerpartizipation zu schaffen sowie das Vertrauen von Bürgern und Unternehmen in das Verwaltungshandeln zu steigern. Zwar nutzen bisher lediglich ca. 20 % der Landkreise derartige Instrumente, in den kommenden Jahren wird aber ein deutlich steigender Einsatz erwartet.

Ungeachtet des klaren Bekenntnisses zum E-Government, das in diesen Aussagen zum Ausdruck kommt, ist es angesichts der Vielzahl und Vielfalt von Projekten und der dadurch gebundenen kommunalen Ressourcen wichtig, sich auf echte Innovationen zu konzentrieren und nicht bloßen Aktionismus zu betreiben.

Grundlage von E-Government-Angeboten sind überdies leistungsfähige Breitbandnetze. Auch insoweit hat die Umfrage des Deutschen Landkreistags ein klares Bild ergeben: Übertragungsraten von 1 bis 2 Mbit/s, wie sie in vielen Gebieten Deutschlands heute noch an der Tagesordnung sind, reichen nicht aus, um von E-Government-Lösungen sinnvoll Gebrauch machen zu können. Da die Breitbandversorgung nicht überall marktgetrieben erfolgt, engagieren sich zahlreiche Landkreise für einen flächendeckenden Ausbau hochleistungsfähiger Netze. Bund und Länder dürfen die Landkreise allerdings bei der Bewältigung dieser Herausforderung nicht allein lassen: Es bedarf daher auch in Zukunft ausreichend dotierter Förderprogramme, die auf die Besonderheiten der Errichtung von hochleistungsfähigen Netzen zugeschnitten sind. Notwendig sind auch besondere Finanzierungsprogramme, etwa seitens der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) oder der Landesförderbanken. (DLT)

Breitbandausbau: EU-Kommission erteilt beihilferechtliche Genehmigung für bayerisches Förderprogramm

Die EU-Kommission hat Ende November die vom Bayerischen Wirtschaftsministerium angemeldete Förderrichtlinie zum Ausbau von Breitband-Hochgeschwindigkeitsnetzen genehmigt.

Ziel des neuen Förderprogramms ist der Ausbau von Breitbandnetzen der nächsten Generation mit Übertragungsbreiten von mindestens 50 Mbit/s im Download und mindestens 2 Mbit/s im Upload in von Gemeinden definierten Gewerbe- oder Kumulationsgebieten. Empfänger der Zuwendung sind Gemeinden, Zusammenschlüsse von Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern. Der Fördersatz für Räume mit besonderem Handlungsbedarf beträgt 80 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Die Fördersätze für die übrigen

Regionen betragen 40, 50 oder 60 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten, je nach Finanzkraft der Gemeinden. Der Förderhöchstbetrag je Gemeinde beläuft sich auf 500.000 Euro. Programmlaufzeit ist bis 31. Dezember 2017. Die Richtlinie wurde im Bayerischen Staatsanzeiger veröffentlicht und trat am 1. Dezember 2012 in Kraft.

Das Programm wird flankiert vom Förderangebot der LfA Förderbank Bayern, die den Kommunen bei der Finanzierung ihres Eigenanteils besonders zinsgünstige Darlehenskonditionen einräumt.

Das Förderprogramm wird über die Bezirksregierungen abgewickelt. (StMWVT)



Die vier Oberbürgermeister der Städte Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach sowie die Landräte aus den Landkreisen Nürnberger Land, Erlangen-Höchstadt, Roth und Fürth trafen sich in Schwabach. Der informelle Austausch der acht Politiker fand im Schwabacher Einkaufszentrum huma statt. Auf der Tagesordnung standen u. a. die Unterstützung der Initiative Lebensbank, die organisatorische Neuordnung der Metropolregion, aber auch das Derby zwischen dem Kleeblatt und dem Club. Auf dem Foto (v. l. n. r.): Dr. Thomas Jung (Oberbürgermeister Stadt Fürth), Dr. Ulrich Maly (Oberbürgermeister Stadt Nürnberg), Matthias Thürauf (Oberbürgermeister Stadt Schwabach), Iris Stiller (Centermanagerin huma), Eberhard Irlinger (Landrat Landkreis Erlangen-Höchstadt), Matthias Dießl (Landrat Landkreis Fürth), Dr. Siegfried Balleis (Oberbürgermeister Stadt Erlangen), Herbert Eckstein (Landrat Landkreis Roth), Armin Kroder (Landrat Landkreis Nürnberger Land).
Foto: Hannah Reuter (Landratsamt Erlangen-Höchstadt)

Einsatzbereiche für elektronische Signaturen, multifunktionale Chipkarten und den neuen Personalausweis in bayerischen Kommunen

Die Innovationsstiftung Bayerische Kommune der Kommunalen Spitzenverbände in Bayern und der AKDB legt ihre erste Studie vor. In der Studie „Einsatzbereiche für elektronische Signaturen, multifunktionale Chipkarten und den neuen Personalausweis in bayerischen Kommunen“ wird dargestellt, inwieweit die elektronische Signatur, die multifunktionale Chipkarte und der neue Personalausweis im kommunalen Umfeld dazu eingesetzt werden können, Abläufe zu verbessern und gleichzeitig eine angemessene hohe Sicherheit zu gewährleisten.

Die Studie wurde im Auftrag der Innovationsstiftung Bayerische Kommune am Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik der Universität Würzburg unter der Leitung von Prof. Thome erstellt und kann kostenfrei unter www.bay-innovationsstiftung.de heruntergeladen werden.

Erweiterte Zuständigkeit im Kfz-Bereich auch in Niederbayern erfolgreich

Die erweiterte Zuständigkeit im Kfz-Zulassungsbereich wird zu einem immer größeren Erfolgsprojekt: Wie schon in 26 anderen bayerischen Zulassungsstellen kann man nun auch in weiten Teilen Niederbayerns frei wählen, bei welcher Zulassungsbehörde man sein Fahrzeug zulässt, abmeldet oder umschreiben lässt. Ab November profitieren die Bürger der Landkreise Deggendorf, Regen, Straubing-Bogen, Dingolfing-Landau und Rottal-Inn sowie der kreisfreien Städte Passau und Straubing von diesem Service. Die AKDB bietet mit ihrer Software die dafür nötigen technischen Voraussetzungen.

Unter dem Motto „Es laufen die Daten, nicht die Bürger“ kamen Ende Oktober im Landratsamt Deggendorf die Landräte und Bürgermeister der beteiligten Kreise bzw. Städte sowie der Vorstandsvorsitzende der AKDB zusammen, um eine entsprechende Vereinbarung zu unterzeichnen. Heinrich Trapp,

Landrat aus Dingolfing-Landau, ist vom Servicegedanken dieses Projektes überzeugt: „Der Bürger wird bei der ganzen Sache gewinnen.“ Viele Verantwortliche, wie zum Beispiel Landrat Alfred Reisinger aus Straubing-Bogen, wünschen sich derartige Initiativen auch über die Grenzen der einzelnen Regierungsbezirke hinaus. Die Veranstaltung fand unter der Federführung des Deggendorfer Landrats Christian Bernreiter statt.

Zuvor hatten die Zulassungsleiter der jeweiligen Landkreise und Städte konstruktiv die Vorarbeiten für die notwendige Vereinfachung und Vereinheitlichung der Arbeitsvorgänge in den Zulassungsstellen geleistet. In Kürze ist mit der Teilnahme weiterer Landkreise an der erweiterten Zuständigkeit zu rechnen. (AKDB)



Hinten v. l.:
 Maria Stelzl, zweite Bürgermeisterin Straubing, Michael Fabmüller, Landrat Rottal-Inn, Michael Adam, Landrat Regen und Jürgen Dupper, Oberbürgermeister Passau;

vorne sitzend v. l.:
 Alfred Reisinger, Landrat Straubing-Bogen, der AKDB-Vorstandsvorsitzende Alexander Schroth, Christian Bernreiter, Landrat Deggendorf, und Heinrich Trapp, Landrat Dingolfing-Landau.

Landkreis Lichtenfels und seine Gemeinden ziehen an einem Strang GIS-Verbund sorgt seit 2010 für gegenseitige Synergien – stetiger Ausbau erfolgt

Sehr viele kommunale Entscheidungen haben einen geographischen Raumbezug. Kurze Verwaltungs-, Genehmigungs- und Planungsverfahren sind zum wichtigen Standortfaktor geworden und eine schnelle und aktuelle Informationsbeschaffung ist unerlässlich. Genau hierin liegt die Stärke eines Geoinformationssystems (GIS), mit dem riesige Datenmengen unterschiedlichster Art und Herkunft vorgehalten und schnell abgerufen sowie visualisiert werden können.

Der Landkreis Lichtenfels setzt das webbasierte GIS der Fa. RIWA (Kempton) ein. Die sog. „Geobasisdaten“ (d. h. digitale Flurkarte, Luftbilder, Höhenfestpunkte, Höhenlinien, usw.) sowie übergeordnete und eigene Geofachdaten (z. B. Informationen über Naturschutzgebiete, Biotopflächen, Wasserschutzgebiete, Flächennutzungspläne, Bebauungspläne, usw.) liegen auf einem externen Server und können von überall via Internet abgerufen werden. Die Installation und Vorkhaltung einer eigenen Hard- und Softwareumgebung durch das Landratsamt und die damit verbundenen Lizenzkosten können so entfallen.

Die für ein GIS benötigten Grunddaten werden von der Bayerischen Vermessungsverwaltung, die beim Ausbau des Landkreis-GIS-Verbundes ein zuverlässiger Partner war, im Rahmen einer Datennutzungsvereinbarung bereitgestellt. Darüber hinaus besteht ein dezentraler, direkter Zugriff auf Daten von Fachämtern, wie z. B. die Denkmaldaten beim Landesamt für Denkmalpflege. Damit sind die vorgehaltenen Informationen immer aktuell und aussagekräftig (sozusagen auf „Knopfdruck“ verfügbar) und bilden eine umfassende, fächerübergreifende Entscheidungsgrundlage.

Bereits seit der Einführung des GIS im Landratsamt im Herbst 2007 war beabsichtigt, alle Städte, Märkte und Gemeinden zu integrieren, um die Vorteile und die Synergieeffekte im Sinne einer bürgernahen Verwaltung zu nutzen und gleichzeitig die interkommunale Zusammenarbeit auszubauen. Anfänglich standen hierbei noch Skepsis und der Kostenaspekt diesem Ziel entgegen (immerhin hatten die kreisangehörigen Gemeinden zum Teil bereits eigene Investitionen in ähnliche Techniken getätigt). Durch gute Überzeugungsarbeit konnte in mehreren Informationsveranstaltungen auf Bürgermeister- und Verwaltungsebene Einigkeit über den Beitritt aller kreisangehörigen Gemeinden erzielt werden. Ein entscheidender Punkt war hierbei nicht zuletzt die Anfangsfinanzierung durch den Landkreis und die Möglichkeit der Städte, Märkte und Gemeinden im Rahmen einer Datennutzungsvereinbarung „zum Nulltarif“ zusätzliche Daten des Landkreises mit zu nutzen. Die unbefristete Finanzierung des Projektes wurde mit einer neu erarbeiteten Zweckvereinbarung zwischen Landkreis und den kreisangehörigen Gemeinden im Jahr 2012 erneuert und ausgebaut.

Damit wurde ein Meilenstein für die weitere Entwicklung auf dem Weg zur interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich eGovernment gesetzt. Im Sinne einer bürgernahen Verwal-

tung mit schnellen unbürokratischen Entscheidungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger haben der Landkreis und alle elf angehörigen Städte, Märkte und Gemeinden flexibel, zeitgemäß und vorausschauend gehandelt.

Beispielsweise wurden durch den Landkreis schon alle Bebauungspläne mit ihren Geltungsbereichen im GIS digital erfasst, in das System eingebunden und stehen nun georeferenziert (d. h. raumbezogene Informationen wurden einem bestimmten Datensatz zugewiesen) allen Anwendern zur Verfügung. Ebenso sind schon fast 20.000 Datensätze aus den Bereichen Bauwesen, Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserrecht im GIS integriert, um nur einige Beispiele zu nennen. Ergänzend zu den bereits vorhandenen Informationen können die Gemeinden ihre eigenen kommunalspezifischen Daten, wie Kanal-, Wasserleitungs-, Straßendaten in das System einpflegen. Damit stehen diese gemeindlichen Daten bei Bedarf auch dem Landratsamt zur Verfügung, so dass hier der gegenseitige Nutzen einer gemeinsamen Landkreislösung und die eintretenden Synergien deutlich werden. Lange und umständliche Papierwege gehören damit der Vergangenheit an.

Um die Anwendung dieses Systems mit all seinen zusammenhängenden Aufgaben für die Mitarbeiter der Gemeinden und des Landratsamts zur Routine werden zu lassen, werden durch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes ständig Schulungen angeboten. Dabei werden die Teilnehmer unter anderem hinsichtlich der Digitalisierung und Georeferenzierung von Plänen geschult, so dass auch diesbezüglich keine Kosten entstehen oder Fremdvergaben notwendig werden. Ein gemeinsamer GIS-Arbeitskreis übernimmt die Betreuung und Beantwortung aller Fragen rund um den Landkreis-GIS-Verbund.

Dass ein solches Projekt nicht nur in fachlicher Sicht, sondern auch unter Kostenaspekten vorteilhaft ist, zeigt sich daran, dass im Vergleich zu der jeweiligen Einzelbeschaffung eines GIS-Systems durch die Gemeinden jährlich ein fünfstelliger Betrag an Nutzungsgebühren eingespart wird. Die Angebote des Landkreis-GIS sollen auch künftig kontinuierlich ausgebaut und verbessert werden. So sind die Planungen für ein Geoportal, von dem aus Bürgerinnen und Bürger nützliche Informationen mit Raumbezug abrufen können, schon weit gediehen. Auch hier werden der Landkreis und die kreisangehörigen Gemeinden ausgiebig zusammenarbeiten und sind so mit ihrem landkreisweiten System ein gelungenes Beispiel für die interkommunale Zusammenarbeit: Sie ziehen zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger an einem Strang.

(LRA Lichtenfels)



Notwendige Neuregelung des sozialen Leistungsrechts zur Ertüchtigung für den Fiskalvertrag

Ausgangslage

Der Entwicklung der kommunalen Finanzen kommt bei der Einhaltung des Fiskalvertrags eine wichtige Rolle zu. Nach dem nunmehr vorliegenden Gesetzentwurf zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags darf das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung eine Obergrenze von 0,5 % (ca. 13 Mrd. Euro) des nominalen Bruttoinlandsprodukts (2011 2,6 Billionen Euro) nicht überschreiten.

Hauptproblem der Kommunen in Deutschland ist die rasante Entwicklung der Sozialleistungen. In Bayern sind diese von 3,6 Mrd. Euro in 2000 auf nunmehr 5,7 Mrd. Euro in 2010 angewachsen. Das ist ein Anstieg um 2,11 Mrd. Euro oder 60 %! Die Sozialausgaben verschlangen 2010 48 % der gesamten kommunalen Steuereinnahmen in Bayern. Bundesweit ergeben sich für die Kommunen 2011 im sozialen Bereich folgende Ausgabeblöcke:

- Ausgaben für die Grundsicherung für Erwerbsfähige (SGB II) 15,0 Mrd. Euro
- Ausgaben für Eingliederungshilfe für behinderte Menschen 12,5 Mrd. Euro
- Nettoausgaben für die Hilfe zur Pflege 3,0 Mrd. Euro
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 4,3 Mrd. Euro
- Bruttoausgaben Hilfe z. Lebensunterhalt 1,2 Mrd. Euro
- Jugendhilfeausgaben 7,5 Mrd. Euro

Die Rechtsbestimmungen des sozialen Leistungsrechts nehmen gegenwärtig auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der zur Ausführung verpflichteten Träger zu wenig Rücksicht. Der ständige Anstieg der Bezirks- und Kreisumlagesätze zur Finanzierung der Sozialausgaben führt bei den Gemeinden, kreisfreien Städten, Landkreisen und Bezirken zu enormen Investitionskürzungen. Die Folgen davon sind nicht nur an den Unterhaltungsrückständen bei Schulen, Einrichtungen und Straßen sowie an nicht realisierten Infrastrukturmaßnahmen abzulesen, sondern sind auch eine Bürde für Handwerk, Mittelstand und Industrie, denen notwendige öffentliche Aufträge zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum fehlen.

Forderungen an die Bundespolitik, um nachhaltig ausgeglichene kommunale Haushalte zu erreichen:

Forderung nach einem Bundesteilhabegesetz

Ende 2011 lebten in Bayern mehr als 1 Million Menschen mit einer schweren Behinderung, d. h. mit einem amtlich festgestellten Grad der Behinderung von wenigstens 50 %. Die

Ausgaben für die Eingliederungshilfe sind in Bayern zwischen 2000 und 2010 von 1.263 Mio. Euro auf 2.074 Mio. Euro um 811 Mio. Euro (+ 64,2 %) angestiegen. Die mit dem Bundessozialhilfegesetz 1961 eingeführten Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung haben sich explosionsartig entwickelt, da das Leistungsrecht der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung das Nachrangprinzip der Sozialhilfe nicht mehr anerkennt. Der Bund muss sich deshalb seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung durch die Erarbeitung und In-Kraft-Setzung eines neuen Bundesleistungsgesetzes in der nächsten Legislaturperiode stellen, das die rechtlichen Vorschriften der Eingliederungshilfe in der bisherigen Form ablöst und die Kommunen entscheidend entlastet. Auf die Vereinbarungen von Bund und Ländern im Zusammenhang mit der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags wird verwiesen.

Gerechtere Einkommensanrechnung bei der Grundsicherung für Erwerbsfähige

Bei der Grundsicherung für Erwerbsfähige mindert gem. § 19 Satz 2 SGB II das zu berücksichtigende Einkommen und Vermögen zuerst die Geldleistungen der Agentur für Arbeit und darüber hinaus erst dann die Geldleistungen der kommunalen Träger. Diese Regelung hat zur Folge, dass eigenes Einkommen und Vermögen des betroffenen Personenkreises grundsätzlich in allen Fällen zunächst die Agentur für Arbeit entlastet. Eigenes Einkommen, beispielsweise durch geringfügige Beschäftigung, drückt den Aufwand der Agentur gegen Null, die Kommunen müssen jedoch in vollem Umfang die Leistungen für die Unterkunft und Heizung erbringen!

Die klare Forderung lautet: Eigenes Einkommen und Vermögen müssen anteilig auf die Geldleistungen der Agentur für Arbeit wie auf die der kommunalen Träger angerechnet werden. Der Bundesgesetzgeber ist aufgefordert, unverzüglich zur Entlastung der Kommunen zu handeln.

Einführung einer neuen Versicherungspflicht für Sozialhilfeempfänger

Mit der Abschaffung der klassischen Krankenhilfe in der Sozialhilfe wurde die Mitversicherung von Sozialhilfeempfängern in der gesetzlichen Krankenversicherung eingeführt. Die Leistungsabrechnung über die Krankenversicherung und die nachlaufende Kostenerstattung durch die Sozialhilfeträger ist verwaltungsaufwändig und streitbehaftet. Seit Jahren fordern die kommunalen Spitzenverbände eine Streichung dieser Regelung (§ 264 SGB V) und eine echte Mitversicherung der Sozialhilfeempfänger in der Krankenversicherung. Die gegenwärtige Finanzsituation der Sozialversicherung erlaubt diesen überfälligen Schritt!

Umsatzsteuerfreiheit für interkommunale Kooperationen

Die Kommunen haben den Bund mehrfach gebeten, sicherzustellen, dass die gerade im ländlichen Raum immer wichtiger werdende Zusammenarbeit von Kommunen nicht erschwert wird. Vor dem konkreten Hintergrund einer drohenden Umsatzsteuerpflichtigkeit derartiger öffentlicher Kooperationen fordern die Kommunen auf Bundesebene eine zügige gesetzliche Klarstellung. Interkommunale Zusammenarbeit ist ein zentraler Baustein bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen und darf nicht durch umsatzsteuerrechtliche Vorschriften behindert werden.

Die Kommunen erwarten vom Bund und den Ländern eine gesetzliche Klarstellung, die Beistandsleistungen in einem möglichst großen Umfang nicht der Umsatzsteuer unterwirft.

Fazit

Der Bund muss nun rasch ein neues Bundesleistungsgesetz vorlegen, das die Kommunen entscheidend entlastet, da das Leistungsrecht der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung das Nachrangprinzip der Sozialhilfe nicht mehr anerkennt. Bei der Grundsicherung für Erwerbsfähige muss der Bund endlich eigenes Einkommen und Vermögen des betroffenen Personenkreises anteilig auf die Geldleistungen der Agentur für Arbeit sowie der kommunalen Träger anrechnen. Eine echte Mitversicherung der Sozialhilfeempfänger in der Kranken- und Pflegeversicherung durch den Bund ist überfällig. Im Bereich des Steuerrechts muss der Bund die Umsatzsteuerfreiheit interkommunaler Kooperationen durch geeignete gesetzgeberische Maßnahmen sicherstellen. Nur der Bund ist in der Lage, durch die genannten Gesetzesänderungen die Kommunen fit für den Fiskalvertrag zu machen.

Neues Förderprogramm zum Ausbau der Ökoenergien in Bayern

Bürger und Kommunen spielen beim Ausbau der Ökoenergien eine zentrale Rolle. Um ihnen die Planung von kommunalen Anlagen und Bürgeranlagen zu erleichtern und damit den Ausbau der Ökoenergien in Bayern nachhaltig zu gestalten, startet der Freistaat ein neues Förderprogramm.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (rechts) stellte gemeinsam mit Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags (2. von rechts), Thomas Kostenbader, Erster stellvertretender Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags (2. von links) und Landrat Georg Huber, Vorsitzender des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen des Bayerischen Landkreistags (links), das neue Förderprogramm vor. (*StMUG*)



Reform Kommunaler Finanzausgleich Benachteiligung des ländlichen Raums



*Landrat Gebhard Kaiser,
Oberallgäu
Vorsitzender des Ausschusses
für Finanz- und Sparkassen-
fragen beim Bayerischen
Landkreistag*

Zusammenfassung

Im Finanzausgleich wird einwohnerstarken Städten gegenüber kleineren Gemeinden bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen durch die bestehende Hauptansatzstaffel in Verbindung mit der Steuerkraftberechnung (Nivellierungshebesätze gem. Art. 4 FAG) in doppelter Weise eine Begünstigung zugestanden. Bei der Berechnung der Bezirks- und Krankenhausumlage führt die Steuerkraftberechnung zu weiteren Vorteilen für die großen Städte. In der Summe benachteiligt der Finanzausgleich den ländlichen Raum, wodurch die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land gefährdet wird.

Es stellt sich somit die Frage, ob bei der Steuerkraftberechnung weiterhin von einheitlichen Nivellierungshebesätzen ausgegangen werden kann oder je nach Gemeindegröße unterschiedliche Nivellierungshebesätze anzusetzen sind. Denkbar wäre ferner, einen bestimmten %-Satz der Einnahmen, die über dem Nivellierungshebesatz liegen, in die Steuerkraft einzurechnen oder die Einwohnerspreizung beim Hauptansatz zu verringern.

Sachverhalt

Kernstücke des kommunalen Finanzausgleichs sind die Schlüsselzuweisungen für Gemeinden mit 1.719,9 Mio. € und das Umlagesystem. Bei näherer Betrachtung der Regelungen zur Berechnung der Schlüsselzuweisungen der Gemeinden fallen zwei Bereiche ins Auge, die dringend einer Überprüfung bedürfen. Dabei geht es um

1. die Bestimmung des kommunalen Finanzbedarfs und
2. die Erfassung der kommunalen Einnahmekraft.

Die beiden Parameter bestimmen im Wesentlichen das Schlüsselzuweisungssystem. Ziffer 2 hat aber auch Auswir-

kungen auf das Umlagesystem des kommunalen Finanzausgleichs (Bezirks-, Kreis- und Krankenhausumlage) in Bayern.

1. Bestimmung des kommunalen Finanzbedarfs

Für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen wird für jede Gemeinde ein fiktiver Finanzbedarf ermittelt, der auf der Einwohnerzahl aufbaut (Hauptansatz). Dabei wird unterstellt, dass bei Gemeinden der Finanzbedarf mit zunehmender Einwohnerzahl wächst, da diese proportional mehr Aufgaben im Bereich Ausbildung, Kultur, Verkehrserschließung etc. zu erbringen haben. Der Hauptansatz steigt von 108 v.H. bei Gemeinden bis zu 5.000 Einwohner auf 150 v.H. bei Städten mit 500.000 Einwohnern an.

Bei Gemeinden mit mehr als 500.000 Einwohnern beträgt der Hauptansatz 150 v.H. zuzüglich 1 v.H. für je weitere 100.000 Einwohner.

Die „veredelte Einwohnerzahl“ wird dann mit einem einheitlichen, in Euro ausgedrückten Grundbetrag, der 2012 676,20 € beträgt, vervielfältigt. Der Grundbetrag wird vom Statistischen Landesamt alljährlich ermittelt und so festgesetzt, dass die Gemeindeschlüsselmasse genau aufgebraucht wird.

Es stellt sich die Frage, ob für den Einwohner einer Gemeinde mit 4.800 Einwohnern im Vergleich zu einer Stadt mit 500.000 Einwohnern ein um 38,9 Prozent niedrigerer Finanzbedarf unterstellt werden kann. Bei diesem Vergleich wurden Sonderansätze für kreisfreie Städte, der Sozialhilfeansatz, der Strukturhilfeansatz aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht berücksichtigt.

2. Erfassung der kommunalen Einnahmekraft

Bei der Ermittlung der Steuerkraftmesszahl werden folgende Steuern zu Grunde gelegt:

- Grundsteuer A (land- und forstwirtschaftliche Betriebe)
- Grundsteuer B (übriger Grundbesitz)
- Gewerbesteuer
- Einkommensteuerbeteiligung
- Umsatzsteueranteil.

Alle anderen Einnahmemöglichkeiten bleiben bei der Berechnung der Steuerkraft außer Ansatz wie z. B. die Grunderwerbsteuer, Einnahmen aus wirtschaftlichen Betrieben oder Einnahmen aus Gebühren und Beiträgen.

Für die Berechnung der Steuerkraft wird nicht von den durch die einzelnen Gemeinden in unterschiedlicher Höhe festgesetzten Hebesätzen ausgegangen, sondern von landeseinheitlichen Nivellierungshebesätzen. Die Steuerkraft ist somit hebe-



satzneutral. Die Nivellierungshebesätze sind in Art. 4 Abs. 2 des FAG wie folgt festgelegt:

- Grundsteuer A 250 Prozent
- Grundsteuer B 250 Prozent
- Gewerbesteuer 300 Prozent

Beim Gemeindeanteil an der **Einkommensteuer** (einschließlich Einkommensteuerersatz) werden die Einnahmen, soweit die Beteiligungsbeträge je Einwohner unter 50 Prozent des Landesdurchschnitts liegen, mit 65 Prozent, im Übrigen mit 100 Prozent angesetzt. Der Anteil an der **Umsatzsteuer** wird mit 100 Prozent in die Steuerkraft eingerechnet.

Die tatsächlichen Hebesätze der kreisfreien Städte lagen 2010 mit durchschnittlich 331 v.H. bei der Grundsteuer A, 475 v.H. bei der Grundsteuer B und 444 v.H. bei der Gewerbesteuer **deutlich** über den Nivellierungshebesätzen. Damit werden bei der Grundsteuer A 9,4 %, der Grundsteuer B beispielsweise 47,4 Prozent und bei der Gewerbesteuer 32,4 Prozent der anfallenden Steuereinnahmen der kreisfreien Städte **nicht** in die Steuerkraftberechnung einbezogen. Durch die Anwendung eines einheitlichen Nivellierungshebesatzes entsteht im bayerischen kommunalen Finanzausgleich die Situation, dass die Realsteuereinnahmen der kreisfreien Städte **systematisch unterbewertet** werden. Dieser Umstand wirkt sich ferner auf die Berechnung der Bezirks- und Krankenhausumlage aus.

Die kreisangehörigen Gemeinden erheben bei der Grundsteuer A (338 v.H.), der Grundsteuer B (325 v.H.) und bei der Gewerbesteuer (322 v.H.) deutlich niedrigere Hebesätze, wodurch nur rund 35 % der Grundsteuer A, 30 % bei der Grundsteuer B und 7 % bei der Gewerbesteuer nicht in die Steuerkraftberechnung einfließen. Insgesamt muss festgestellt werden, dass damit den kreisfreien Städten neben der oben dargestellten Einwohnerveredelung ein weiterer erheblicher Vorteil erwächst.

3. Zusammenspiel von Hauptansatz nach der Gemeindegröße und Steuerkraftberechnung nach landeseinheitlichen Nivellierungshebesätzen für den ländlichen Raum

Um die Schlüsselzuweisung berechnen zu können, wird die Ausgangsmesszahl mit der Steuerkraftmesszahl verglichen. Ist die Steuerkraftmesszahl kleiner als die Ausgangsmesszahl, erhält die Gemeinde Schlüsselzuweisungen in Höhe von 55 v.H. des Unterschiedsbetrages.

Die Bestimmung des kommunalen Finanzbedarfs und die Erfassung der kommunalen Einnahmekraft werden nachfolgend am Beispiel zweier Gemeinden mit 4.800 bzw. 500.000 Einwohnern dargestellt. Auf die Berücksichtigung der Ergänzungsansätze bzw. die Berücksichtigung der Gewerbesteuerumlage wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet. Das nachfolgende Beispiel soll die gegenwärtigen Vorteile einwohnerstarker Gemeinden darstellen.

Gemeinde	A	B
1. Einwohner	4.800	500.000
2. Hauptansatz	108 %	150 %
3. Grundbetrag 2012	676,20 €	676,20 €
4. Finanzbedarf 2012 lt. FAG je Einw. ohne Ergänzungsansätze	730,30 €	1.014,30 €
	=====	=====
Fiktiver Mehrbedarf je Einw.		284,00 €
		= + 38,9 %

	A		B	
Steuereinnahmen je 1.000 € Steuermesszahl	Einnahmen €	Steuerkraft €	Einnahmen €	Steuerkraft €
Grundsteuer A	3.380	2.500	3.310	2.500
Grundsteuer B	3.250	2.500	4.750	2.500
Gewerbesteuer	3.220	3.000	4.440	3.000
	9.850	8.000	12.500	8.000
Bei der Steuerkraftberechnung unberücksichtigte Einnahmen (Steuerkraft von 8.000 € = 100 %)	1.850 23,13 %		4.500 56,26 %	
	=====		=====	
Vorteil Steuerkraftberechnung			2.650 € 33 %.	



Fazit

Bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen wird im Beispielsfall der kreisfreien Stadt mit 500.000 Einwohnern ein zusätzlicher Finanzbedarf je Einwohner in Höhe von 284 € (= 38,9 Prozent) unterstellt und gleichzeitig bei der Berechnung der Steuerkraft je 1.000 Messbetrag bei den Realsteuern ein Vorteil von 2.650 € (= 33 Prozent) eingeräumt.

Anmerkung der Redaktion:

Im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen ist ein Einstieg in die Reform des kommunalen Finanzausgleichs zu finden. Der Eingangssatz der Einwohnergewichtung wird bis 5.000 Einwohner von 108 % auf 112 % angehoben, der Großstadtzuschlag ab 500.000 Einwohner entfällt künftig. Die Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs wird in einer Arbeitsgruppe mit Nachdruck weiter verfolgt.

Kommunen begrüßen Entlastung bei der Grundsicherung im Alter – Länder müssen Mittel vollständig weiterleiten

Der Deutsche Bundestag hat Anfang November die zweite und dritte Stufe der Kostenübernahme für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund verabschiedet. Damit übernimmt der Bund im Jahr 2013 75 Prozent und ab dem Jahr 2014 vollständig die kommunalen Ausgaben. „Wir begrüßen sehr die damit verbundene Hilfe für die Städte, Landkreise und Gemeinden. Dies ist ein wichtiger und bedeutender Schritt zur dringend benötigten Entlastung unserer Haushalte“, sagten die Präsidenten des Deutschen Städtetags, Oberbürgermeister Christian Ude, des Deutschen Landkreistags, Landrat Hans Jörg Duppré, und des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Bürgermeister Roland Schäfer.

Die kommunalen Spitzenverbände lobten, dass der Bund mit der Kostenübernahme einen erheblichen Beitrag zur Verbes-

serung der kommunalen Finanzsituation leistet. Bislang bringen die Kommunen jährlich über 4,1 Milliarden Euro für die Grundsicherung auf. Sie wird für sozial schwache Menschen über 65 Jahre sowie für Erwerbsunfähige geleistet. Die Steigerungsraten betragen bis zu 7 Prozent jährlich.

„Jetzt kommt es darauf an, dass die Länder die Mittel vollständig an die Kommunen weiterleiten. Mehrere Länder planen einen Teil der Mittel, die sie selbst im stationären Bereich der Grundsicherung aufbringen, für sich zu behalten oder eine Verrechnung im kommunalen Finanzausgleich vorzunehmen“, kritisierten Ude, Duppré und Schäfer einvernehmlich: „Damit würde es zu einer Entlastung der Länder kommen, statt zu der versprochenen Entlastung der Kommunen. Diese muss nun in den Ländern sichergestellt werden.“ (DLT)

Kommunaler Investitionsstau verschärft sich dramatisch – knapp die Hälfte der Landkreise defizitär

Bericht des Deutschen Landkreistags zur Situation der Kreisfinanzen

Der Deutsche Landkreistag (DLT) hat im Rahmen seines jährlichen Berichts zur finanziellen Situation der 295 Landkreise vor dramatisch zurückgehenden öffentlichen Investitionen im kommunalen Bereich gewarnt. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré sprach von einem „gravierenden Investitionsstau, der wesentliche Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge fest im Griff hat“. Betroffen seien vor allem die Bereiche Kinderbetreuung und Schulen sowie der Straßenbau und -erhalt. „Insgesamt reden wir von einem Infrastrukturrückstand der Landkreise von rund 12,5 Mrd. €, Tendenz steigend“, so Duppré. Daher müsse schleunigst eine sachliche Diskussion darüber geführt werden, wie dieser Entwicklung seitens Bund und Ländern gerade in Anbetracht notwendiger Zukunftsinvestitionen z. B. in Breitbandinternet und Bildungsinfrastruktur wirksam entgegengewirkt werden könne.

Am deutlichsten sei der Investitionsstau beim Straßenbau zu

beobachten. Dies gelte insbesondere für das Kreisstraßennetz, das mit einem Anteil von ca. 15 % am nationalen Gesamtnetz und einem Anteil von rund 40 % am überörtlichen Straßennetz einen wesentlichen Beitrag zur Erschließung der Fläche leistet. „In der Vergangenheit sind es insbesondere die Investitionen in die Kreisstraßen gewesen, die in Zeiten knapper Finanzen als Erstes zurückgefahren werden mussten. Gerade aber das Kreisstraßennetz bedarf nach den vergangenen harten Wintern dringend Reparaturen“, führte der DLT-Präsident aus.

„Wir erwarten daher von Bund und Ländern, dass die Verabredungen aus der Föderalismusreform I eingehalten und die über das Entflechtungsgesetz für den ÖPNV und Straßenbau bereitgestellten Mittel schnellstmöglich auch für die kommenden Jahre gesichert werden.“ Der kommunale Investitionsbedarf im Bereich des Straßenbaus sei bis 2020 auf ungefähr 162 Mrd. € zu schätzen und steige daher beständig an.

„Neben weiterem Bedarf an Neu- und Ausbau bestehender Infrastruktur gewinnt dabei der Erhaltungsbedarf zunehmend an Bedeutung.“

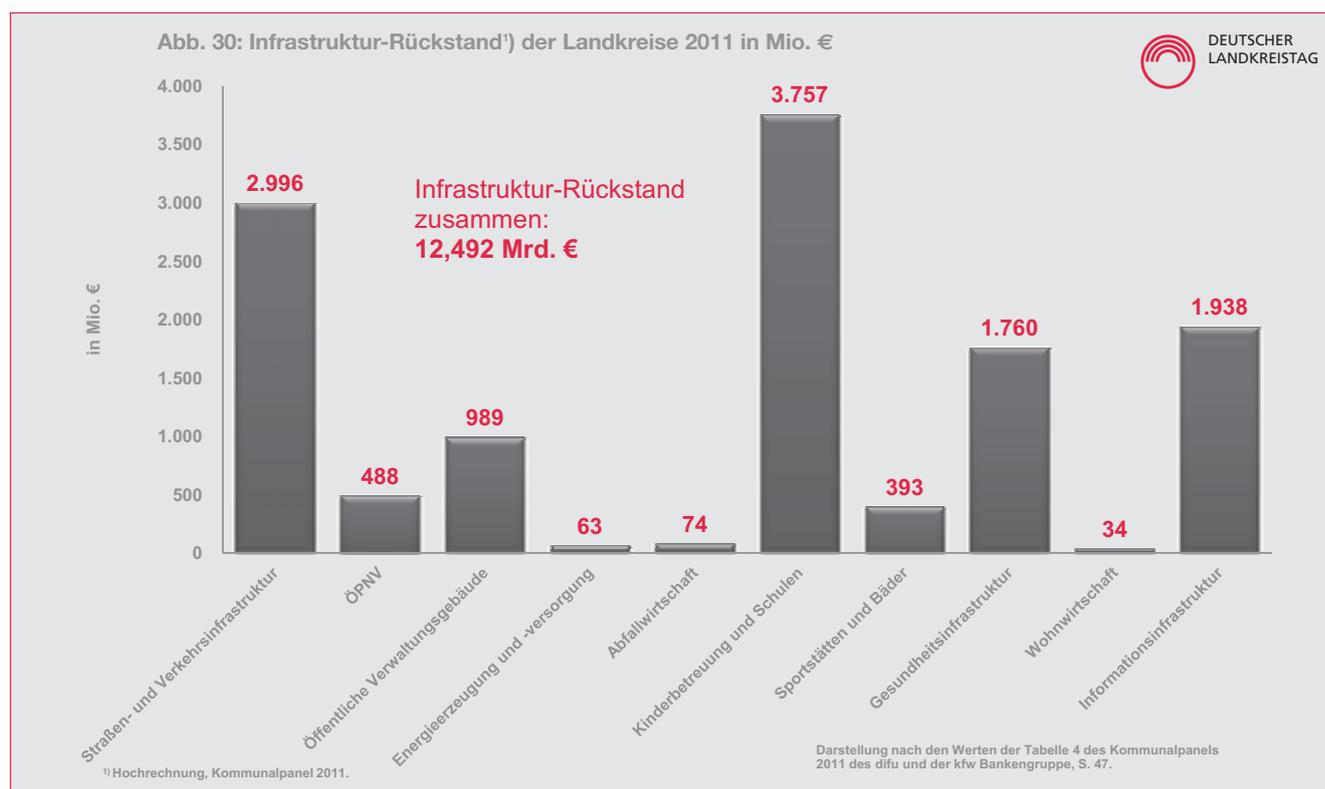
Deshalb müsse es um wirkungsvolle Ansätze gehen, um den sich weiter verschärfenden Investitionsstau aufzulösen: „Die Kommunen brauchen dringend wieder finanzielle Spielräume, um ihrer Investitionstätigkeit angemessen nachkommen zu können. Dies ist umso wichtiger, als uns mit dem Breitbandausbau der nächsten Generation bereits ein weiteres Thema ins Haus steht“, mahnte Duppré.

Bei der Informationsinfrastruktur sei der Investitionsstau allein in den Kreishaushalten bereits auf 2 Mrd. € angewachsen. „Wir müssen und wir wollen uns als Landkreise auch unmittelbar um den Breitbandausbau kümmern. Allerdings sind unsere finanziellen Möglichkeiten begrenzt. Deshalb muss ein neues, bundesfinanziertes Förderprogramm aufgelegt werden, um gezielt den Ausbau von NGA-Internet voranzubringen.“

Auch im Gesundheitssektor sei bei den Landkreisen als Krankenhausträger ein gravierender Investitionsrückstand zu be-

klagen. Die Investitionslücke betrage allein für die Landkreise 1,8 Mrd. €, wobei der in den vergangenen Jahren zunehmend zu beobachtende faktische Rückzug der Länder aus der Finanzierung der Gesundheitsinfrastruktur den Engpass zusätzlich verschärfe.

Insgesamt zog Duppré ein gemischtes Fazit zur Situation der Kreisfinanzen: „Trotz Erholung der kommunalen Steuereinnahmen infolge der anziehenden Konjunktur, die vor allem den Gemeinden und Städten zugutekommt, verharren die Landkreise in der Problemzone. So werden in diesem Jahr bundesweit 141 Landkreise und damit ca. 48 % der 295 Landkreise einen defizitären Kreishaushalt aufweisen.“ Dies sei vor allem für Gebiete prekär, die zusätzlich vor erheblichen wirtschaftsstrukturellen und demografischen Schwierigkeiten stehen, die gerade erhebliche Zukunftsinvestitionen in kommunale Infrastrukturen erforderten. „Diese Gebiete drohen, von positiven Entwicklungstendenzen in unserem Lande abgekoppelt zu werden“, so Duppré abschließend.



Kurzüberblick zur Finanzsituation der Landkreise:

Systembedingt insbesondere durch die den gemeindlichen Steuereinnahmen mit einer Verzögerung von ein bis zwei Jahren zeitlich nachlaufende Kreisumlage zeigte sich erst in den Jahren 2010 und 2011 die Wirtschafts- und Finanzkrise auch einnahmeseitig in den Kreishaushalten. Auch 2012

werden die Landkreise nicht aus den roten Zahlen herauskommen.

Insgesamt verschlechterte sich bereits 2010 die Finanzsituation der Landkreise deutlicher als erwartet massiv um 2,25 Mrd. € und verharrte auch 2011 auf dem Niveau von einem Finanzierungsdefizit in der Größenordnung von rund 1 Mrd. €.



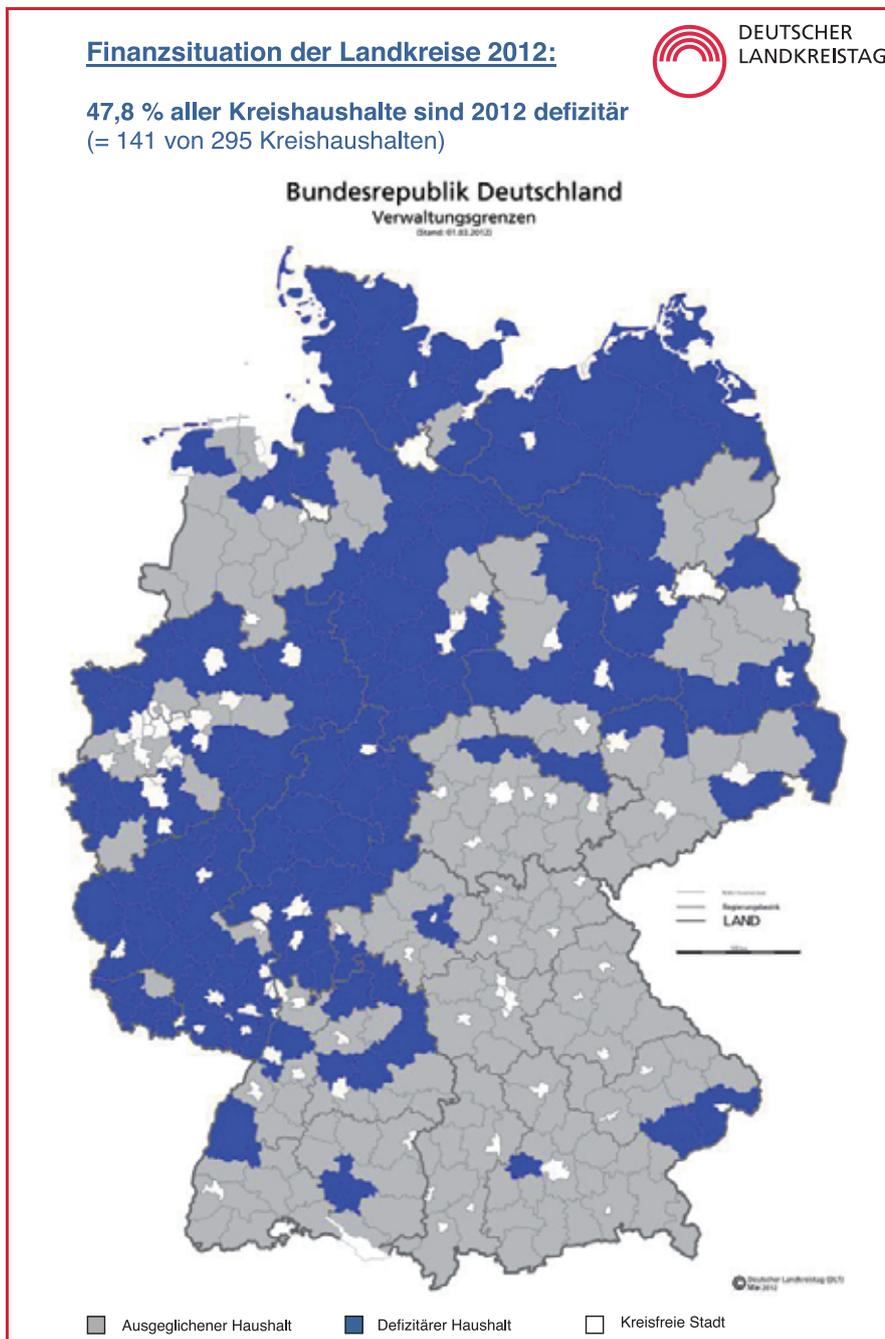
Die Kassenkredite der Landkreise nehmen wieder deutlich zu und betragen Ende 2011 rund 7,3 Mrd. €. Zum Jahresende 2012 steht zu befürchten, dass der Kassenkreditbestand auf 8,1 Mrd. € anwächst.

Für einen erneuten konjunkturellen Einbruch sind die Landkreise nicht gerüstet. Sie tragen vielmehr noch an den Lasten der Wirtschafts- und Finanzkrise und anderen Altlasten.

Es ist deshalb richtig, dass Bund und Länder sich bei ihrer Einigung zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpaktes u. a. auf eine Reihe von Eckpunkten verständigt haben, die

dem Ziel dienen sollen, die kommunale Ebene dauerhaft zu einer „schwarzen Null“ zu ertüchtigen. Es folgt allerdings noch der schwierigere Teil: Es gilt nun, die Verständigung in den kommunalrelevanten Punkten so schnell wie möglich näher zu präzisieren und so umzusetzen, dass die für die kommunale Ebene gedachten fiskalischen Verbesserungen auch tatsächlich dort ankommen.

Weitere Informationen und Grafiken sind im Internet unter www.landkreistag.de in der Themenrubrik „Lage der Kreisfinanzen“ zu finden.



(DLT)

Drohende Umsatzsteuerpflichtigkeit interkommunaler Kooperation: Kommunen brauchen dringend gesetzliche Klarstellung

Das Präsidium des Deutschen Landkreistags hat den Bund aufgefordert sicherzustellen, dass die gerade im ländlichen Raum immer wichtiger werdende Zusammenarbeit von Kommunen nicht über eine drohende Umsatzsteuerpflichtigkeit erschwert wird. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré sprach sich für eine zügige gesetzliche Klarstellung aus: „Interkommunale Zusammenarbeit ist ein zentraler Baustein bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen und darf nicht durch steuerrechtliche Vorschriften behindert werden.“

Duppré erläuterte, dass nach einem Urteil des Bundesfinanzhofes (BFH) vom vergangenen Herbst kommunalen Kooperationen die Umsatzsteuerpflichtigkeit droht. „Der Anwendungsbereich solcher Beistandsleistungen ist vielgestaltig, es geht beispielsweise um Personal- oder Beihilfeabrechnungen für einzelne Kommunen, Rechnungsprüfungen für kreisangehörige Gemeinden oder auch die gemeinsame Ausbildung von kommunalen Nachwuchskräften.“ Er wies außerdem darauf hin, dass neben den Kommunen auch Bund und Länder sowie Kirchen, Sozialversicherungen und Fernseh- und Rundfunkanstalten in gleicher Weise unmittelbar von der Entscheidung des Bundesfinanzhofes betroffen seien. Würde der Rechtsprechung des BFH gefolgt, würden Beistandsleistungen künftig mit 19 % Umsatzsteuer belastet. „Das gilt auch für Beistandsleistungen, die Bund, Länder und Kommunen mit- und untereinander erbringen.“

Eine Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen mit- und untereinander sei dann nur noch sinnvoll, wenn

auch nach der Belastung mit Umsatzsteuer noch ein Effizienzgewinn im Vergleich zur Leistungserbringung ohne eine Zusammenarbeit verbleibe. „Ist ein solcher Effizienzgewinn nicht zu erzielen, wäre ein Verzicht auf die Durchführung der Zusammenarbeit die wirtschaftlich notwendige Konsequenz“, erläuterte Duppré.

Vor allem vor dem Hintergrund demografisch bedingter Anpassungsprozesse sei dies aus kommunaler Sicht schmerzlich: „Entwicklungsprozesse erfolgen zunehmend interkommunal, indem Gemeinden und Landkreise ihre Kräfte und Kompetenzen bündeln, um zu tragfähigen Lösungen zu gelangen und Effizienzreserven zu heben. Darin liegt vielerorts der Schlüssel beim Umgang mit den Herausforderungen des demografischen Wandels. Daher ist das BFH-Urteil gerade für Gebiete mit immensen demografischen Herausforderungen ein echter Schlag ins Gesicht!“

„Es sei deshalb wichtig, dass eine zügige gesetzliche Klarstellung erfolge, weil sonst mit der drohenden Umsatzsteuerpflichtigkeit ein erhebliches Hemmnis für die Kommunen übergreifende Problemlösung bestehe“, so Duppré. „Es gehe hier nicht um die ordnungspolitische Debatte ‚Privat oder Staat‘, sondern vielmehr darum, ob zwei Kommunen in den genannten Bereichen zusammenarbeiten dürfen oder ob sie es künftig aus steuerlichen Gründen wieder alleine machen“, so Duppré abschließend. (DLT)

Söder: 100 Millionen Euro mehr für Kommunen

Neuer Spitzenwert für Kommunalen Finanzausgleich

Der Freistaat übertrifft das bisherige Rekordniveau im Kommunalen Finanzausgleich. „Die Leistungen an die Kommunen steigen für 2013 um weitere 100 Millionen Euro auf insgesamt 7,8 Milliarden Euro“, teilte Dr. Markus Söder, Finanzminister, Mitte Oktober mit. Grund dafür seien höhere Steuereinnahmen, die in die Schlüsselzuweisungen fließen können. „Damit stärken wir vor allem die strukturschwächeren Gemeinden in Bayern“, so Söder.

Bereits beim Gespräch mit den Kommunalen Spitzenverbänden am 22. Juni 2012 konnte Söder mit 7,7 Milliarden Euro einen Kommunalen Finanzausgleich 2013 in neuer Rekordhöhe vorstellen (2012: rund 7,3 Milliarden Euro). Da das tatsächliche Steueraufkommen im maßgeblichen Zeitraum vom 1. Oktober 2011 bis 30. September 2012 höher als ursprünglich prognostiziert war, wird das Budget für 2013 nun ent-

sprechend angepasst. „Der Kommunale Finanzausgleich war schon nach den bisherigen Planungen ein Finanzausgleich auf Rekordniveau. Mit weiteren 100 Millionen Euro übertrifft der Freistaat diesen Spitzenwert erneut“, sagte Finanzminister Söder.

Die Schlüsselzuweisungen sind Teil des Kommunalen Finanzausgleichs und nicht zweckgebunden. Kommunen können darüber frei verfügen. (StMF)

Verwirrspiel bei Autokennzeichen

Landrat Roland Schwing, 1. Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags

Zu der Wiedereinführung sog. Alt-Kennzeichen und zur generellen Zulassung mehrerer Unterscheidungskennzeichen je Zulassungsbehörde hat sich der Bayerische Landkreistag vielfach ablehnend mit folgender Argumentation geäußert: Die Wiedereinführung von Alt-Kennzeichen bedeutet ein Zurück in die Vergangenheit in Bayern und ist nicht hilfreich. Die grundsätzliche bürgerschaftliche Akzeptanz der Landkreise und Städte, die vor 40 Jahren aus den kommunalen Gebietsreformen hervorgegangen sind, darf nicht durch die Einführung der alten amtlichen Kfz-Kennzeichen der fusionierten Gebietskörperschaften nachträglich wieder in Frage gestellt werden. Die Entscheidungsträger in den politischen Gremien haben seinerzeit erfolgreiche Strukturen geschaffen, mit denen wir zukunftsfähig geworden sind. Die übergroße Mehrheit unserer Gesellschaft blickt über den eigenen Tellerrand hinaus. Überlegungen hin zu Kleinstrukturen würden bedeuten, das Rad zurückzudrehen. Genauso wenig darf dies durch eine generelle Ermöglichung mehrerer Unterscheidungszeichen je Zulassungsbezirk geschehen.

Im Übrigen wird bezweifelt, dass die von der Hochschule Heilbronn durchgeführte Studie, bei der nach unseren Kenntnissen nur 40.000 Personen in 176 Städten befragt wurden, repräsentativ ist und ein Anliegen darstellt, das den Bürgern tatsächlich auf den Nägeln brennt. Angesichts der explodierenden Benzinpreise sollte man sich nicht mit Nebensächlichkeiten beschäftigen, sondern vordringliche Probleme lösen und z. B. Mobilitätshilfen für den Bürger im ländlichen Raum andenken, damit die Fahrten für die Pendler noch bezahlbar bleiben.

Im Sinne einer gewachsenen Identität innerhalb der Landkreise wendet sich der Bayerische Landkreistag gegen die Wiedereinführung der Alt-Kennzeichen. Diese Diskussion ist im 40. Jubiläumjahr der Gebietsreform, die in vielen Landkreisen mit den Bürgern gefeiert wird, geradezu anachronistisch.

Bundesrat stoppt vollständige Kennzeichenliberalisierung, ermöglicht aber Wiedereinführung von Alt-Kennzeichen – Landkreistag bekräftigt seine ablehnende Haltung

Der Bundesrat hat die Pläne für eine vollständige Liberalisierung der Kfz-Kennzeichen gestoppt. Allerdings soll es zukünftig möglich sein, sog. Alt-Kennzeichen wieder einzuführen. Der Deutsche Landkreistag hat sich daher nochmals nachdrücklich gegen die Wiedereinführung solcher Kennzeichen ausgesprochen, die im Zuge von Verwaltungsreformen weggefallen sind.

Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke kommentierte die Abstimmung im Bundesrat wie folgt: „Trotz der richtigen Entscheidung, eine vollständige Liberalisierung zu verhindern, ist die Wiedereinführung von Alt-Kennzeichen ein absurdes Vorhaben. Absehbar wird es dies letztlich zu einem ‚Kennzeichenwirrwarr‘ führen.“

Die auf Bestreben einiger weniger Bundesländer geplante

Änderung des Kennzeichenrechts fördere letztlich nicht wie beabsichtigt die regionale Identität. „Vielmehr wird durch eine erneute Kennzeichentrennung das Zusammenwachsen in Landkreisen, die bei Gebietsreformen geschaffen wurden, behindert.“

Insgesamt sei nicht nachvollziehbar, warum mit den beabsichtigten Änderungen ohne Not und unter Inkaufnahme zusätzlicher Bürokratie und zusätzlichen Verwaltungsaufwands in Höhe von immerhin 4,25 Mio. Euro ein bislang stimmiges und überschaubares System aufgegeben werden solle, so Henneke abschließend.

In der Zwischenzeit hat das Bundesverkehrsministerium auf Antrag mehrerer Länder 73 alte Kürzel genehmigt, die bei Gebietsreformen weggefallen waren. Weitere 20 sollen noch genehmigt werden. In Sachsen sollen 45 alte Buchstabenkombinationen reaktiviert werden, in Thüringen 20, in Nordrhein-Westfalen elf, in Niedersachsen zehn, in Rheinland-Pfalz sechs und in Schleswig-Holstein eines.

Rätsel: Schaffen Sie es, die neuen Kennzeichen den jeweiligen Landkreisen/Städten zuzuordnen? Nein? Wir auch nicht.

AE – ALF – ANA – APD – ARN – ART – ASZ – AU – BED – BIN – BIW – BKS – BLB – BNA – BRL – BRV – CLZ – CAS – DIN – DL – DUD – DW – DZ – EB – ECK – EIN – EIS – FLÖ – FTL – GAN – GC – GHA – GLA – GOA – GRH – GRM – HC – HIG – HMÜ – HOT – HY – IL – JÜL – KM – LBS – LÖB – LP – LSZ – LÜN – MAB – MEK – MGN – MHL – MO – MTL – MW – NH – NOL – NOR – NY – OVL – OZ – PL – PN – PRÜ – RC – RG – RI – RIE – RL – RU – SAB – SCZ – SDH – SEB – SLN – SLZ – SRO – STL – SZB – TG – TO – WAN – WAT – WBS – WDA – WIT – WSW – WUR – ZEL – ZI – ZP – ZR

Altenburger Land – Aurich – Bautzen – Bernkastel-Wittlich – Bitburg-Prüm – Bochum – Cochem-Zell – Düren – Eichsfeld – Ennepe-Ruhr-Kreis – Erzgebirgskreis – Görlitz – Goslar – Goslar – Göttingen – Greiz – Herne – Hildesheim – Ilmkreis – Kyffhäuserkreis – Leipzig – Mainz-Bingen – Meißen – Mittelsachsen – Nordsachsen – Northeim – Recklinghausen – Rendsburg-Eckernförde – Rhein-Hunsrück-Kreis – Rotenburg (Wümme) – Saale-Holzlandkreis – Saale-Orla-Kreis – Saalfeld-Rudolstadt – Sächsische Schweiz-Osterzgebirge – Schaumburg – Schmalkalden-Meiningen – Siegen-Wittgenstein – Soest – Sonneberg – Trier-Saarburg – Unna – Unstrut-Hainich-Kreis – Vogtlandkreis – Wartburgkreis – Weimarer Land – Wesel – Zwickau

(DLT)

Demografischer Wandel: Besonders betroffene Gebiete engagiert unterstützen – *Gesetzes-Check Demografie* auf Bundesebene einführen

Das Präsidium des Deutschen Landkreistages hat sich eingehend mit dem demografischen Wandel und seinen Auswirkungen für die Landkreise befasst. Vor dem Hintergrund der Demografiestrategie der Bundesregierung forderte Präsident Landrat Hans Jörg Duppré dazu auf, besonders vom demografischen Wandel betroffene Gebiete zusätzlich zu unterstützen. „Dazu gehört neben gezielten Investitionsimpulsen und neuen Ideen auch die Einführung eines *Gesetzes-Check Demografie* im Rahmen des Bundesgesetzgebungsverfahrens.“

Er machte deutlich: „Die Unterstützung besonders betroffener Gebiete wird nicht zum Nulltarif zu haben sein. Vielmehr liegt es auf der Hand, dass Anpassungs- und Umsteuerungsprozesse bis tief hinein in die Infrastrukturen kostspielig sind. Wer das Gegenteil behauptet, macht sich etwas vor.“

Dem Deutschen Landkreistag sei wichtig, Förderinstrumente möglichst flexibel auszugestalten, damit diese in Anbetracht der äußerst heterogenen Entwicklungen in den verschiedenen Landesteilen so gut es geht an die regionalen Bedürfnisse angepasst werden können. Dazu bedürfe es dringend erweiterter Möglichkeiten zur Bewirtschaftung von Regionalbudgets in kommunaler Hand, um Eigengestaltungskräfte bestmöglich zur Entfaltung zu bringen. „Gerade die demografisch besonders betroffenen Gebiete brauchen mehr als ‚Schema F‘, sie benötigen neue, frische Ideen, unverbrauchte Konzepte und – in rechtsstaatlichen Grenzen – auch Raum für Experimente. Dafür sollte uns der Mut nicht fehlen“, so Duppré.

Darüber hinaus sei die Einführung eines *Gesetzes-Check Demografie* im Rahmen des Bundesgesetzgebungsverfahrens sinnvoll. „Bundesgesetze müssen unbedingt auf ihre Auswirkungen vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen im Sinne einer Gesetzesfolgenabschätzung – einschließlich finanzieller Folgen – überprüft werden. Auf diese Weise kann es gelingen, gesetzgeberische Aktivitäten in einem stärkeren Bewusstsein für die damit jeweils verbundenen regionalen

Wirkungen anzugehen.“ Als Orientierungspunkt könnten der Normenkontrollrat und der sächsische Demografietest dienen. Zusätzlich regte er an, klare Verantwortlichkeiten für dieses Querschnittsthema innerhalb der Bundesregierung zu schaffen: „Eine koordinierende Stelle z. B. im Bundeskanzleramt würde helfen, die vielfältigen Zuständigkeiten innerhalb der Bundesregierung zu bündeln und Gesetzgebungsvorhaben in diesem Querschnittsbereich voranzutreiben.“

Darüber hinaus zog Duppré ein positives Fazit der Koalitionsarbeitsgruppe „Ländliche Räume und regionale Vielfalt“: „Aus dem Abschlussbericht sprechen grundlegende Überzeugungen und konkrete Forderungen des Deutschen Landkreistages.“ Diese parlamentarische Initiative stünde damit in einem engen inhaltlichen Zusammenhang zur Demografiestrategie der Bundesregierung.

Das Präsidium äußerte insgesamt die Erwartung, dass sowohl mit Blick auf die Demografiestrategie als auch die Vorschläge der Koalitionsarbeitsgruppe nunmehr die politische Umsetzung insbesondere in den zentralen Themenfeldern der wirtschaftlichen Entwicklung, der interkommunalen Zusammenarbeit, des Breitbandausbaus, der medizinischen Versorgung und der Verkehrsinfrastruktur in der Fläche zügig erfolgen müsse. Darüber hinaus erachtete es die Bereiche der sozialen Sicherung, der Seniorenpolitik, der Bildungs-, Kinder- und Jugendpolitik, des bürgerschaftlichen Engagements sowie die Rahmenbedingungen für den öffentlichen Dienst in den Landkreisen als weitere wesentliche Themenfelder.

„Wir dürfen nicht weniger erreichen, als zu einem Ebenen übergreifenden Politikansatz zu kommen, der demografisch besonders betroffenen Gebieten wirklich hilft und Entwicklungsprozesse wirksam unterstützt. Dabei geht es nicht zuletzt auch um wechselseitiges Vertrauen und eine Fokussierung auf das gemeinsame Ziel, nämlich die Unterstützung vor allem ländlicher Gebiete, die besonders stark vom demografischen Wandel betroffen sind“, so Duppré abschließend. (DLT)

Landkreis Hof: Fahrplan zur Energiewende

Der Landkreis Hof plant im Rahmen der Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums ein „Integriertes Klimaschutzkonzept“ für sich und seine kreisangehörigen Kommunen erstellen zu lassen. Das Konzept soll sowohl Bestandsaufnahme sein, als auch einen Maßnahmenkatalog enthalten. Das fertige Konzept beantwortet z. B. Fragen, wie sich Energie aus Windkraft, Sonne oder Biomasse erzeugen lässt und gibt auch Auskunft zu etwaigen Einsparmöglichkeiten. Zudem soll auch die regionale Wertschöpfung eine Rolle spielen.

Mit diesem breit angelegten Konzept - als Kooperation von Landkreis, Kommunen, der Bevölkerung und der Wirtschaft auf allen Ebenen - übernimmt der Landkreis Hof eine Vorreiterrolle. Von den 27 kreisangehörigen Städten, Märkten und Gemeinden im Landkreis haben sich bereits etliche Beschlussgremien für eine Beteiligung ausgesprochen. Das Klimaschutzkonzept wird mit rund 65 Prozent der Kosten vom Bund gefördert. (LRA Hof)

Erfolgreiches 1. Netzwerktreffen der Klimaschutzbeauftragten in der Metropolregion München

Rund 70 Experten aus Verwaltungen, Verbänden und Unternehmen kamen Ende Oktober zu einem Netzwerktreffen zusammen. Diskutiert wurden Themen rund um Klimaschutzkonzepte und die Umsetzung der Energiewende in Landkreisen und Kommunen der Metropolregion München. Eine wichtige Feststellung war den Teilnehmern des Treffens gemeinsam: Die Energiewende kann nur in enger Abstimmung aller Akteure erfolgreich werden. Das erste Netzwerktreffen bildete somit nur den Auftakt zu weiteren gemeinsamen Projekten.

Eröffnet wurde das Treffen von Magdalena Föstl, weitere Stellvertreterin des Landrats im Landkreis Ebersberg und Vertreterin der Arbeitsgruppe Ländlicher Raum der Metropolregion München. Sie führte sogleich an das wichtige Thema der Vernetzung heran: „Wir haben uns im Landkreis das Ziel gesetzt, bis 2030 unabhängig von fossilen und anderen endlichen Energieträgern zu werden. Das ist aber ohne regionale Netzwerke wie das der Metropolregion München nicht möglich. Wir müssen unser Wissen austauschen und voneinander lernen.“ Damit ergänzte sie die Begrüßung durch Gastgeber Thomas Hermann, Gesellschafter HTI Gienger, der voran-

geschickt hatte: „Es wird immer wichtiger, Wissen zu transferieren und Netzwerke aufzubauen. Deswegen war ich von Anfang an von der Idee der Europäischen Metropolregion München begeistert und freue mich umso mehr, dass dieses Netzwerktreffen hier bei der HTI stattfindet.“

Ähnliches konstatierte auch Prof. Dr. Wolfgang Seiler von der Energiewende Oberland in seinem Vortrag „Energiewende: Warum, Wer, Wie?“. Und er rief dazu auf, den Fokus auf die Chancen der Energiewende zu legen: „Wir dürfen nicht immer nur die Probleme sehen, wir müssen auch die Chancen erkennen und nutzen! Jeder Fördereuro bringt acht Euro zusätzliche Investitionen. Wenn wir erst später auf den Klimawandel reagieren, kostet uns das zwanzigmal mehr, als wenn wir jetzt Anpassungen vornehmen.“

In den drei Workshops am Nachmittag befassten sich die Teilnehmer des Netzwerktreffens mit Best-Practice Beispielen und Erfahrungen bei der Umsetzung von Klimaschutzkonzepten, den Aufgaben und Herausforderungen von Klimaschutzbeauftragten sowie mit Fördermöglichkeiten für Energieprojekte durch die Bayerische Energieagentur „Energie Innovativ“. (EMM e. V.)

Europäische Metropolregion München: Gemeinsam für eine Spitzenposition in Europa

Der Verein Europäische Metropolregion München (EMM e.V.) ist eine offene und fachübergreifende Diskussions- und Kooperationsplattform. Nach dem Leitsatz „Gemeinsam für eine Spitzenposition in Europa“ beschäftigen sich im Verein Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft mit den Themen Wissen, Wirtschaft, Umwelt, Mobilität, Kultur und Sport und Ländlicher Raum. Durch die Vernetzung dieser Akteure und ihre Zusammenarbeit in

gemeinsamen Projekten trägt der Verein zur nachhaltigen Entwicklung der Metropolregion bei.

Die Europäische Metropolregion München ist weit mehr als das Münchner Umland: Sie reicht von Eichstätt im Norden bis Garmisch-Partenkirchen im Süden und von Dillingen an der Donau und dem Ostallgäu im Westen bis nach Altötting im Osten. Auf einer Fläche von über 20.000 Quadratkilometern leben rund 5,5 Millionen Bürger – etwa jeder 15. Deutsche ist somit in der Metropolregion München zu Hause.



Ein Teil der Teilnehmer des Netzwerktreffens

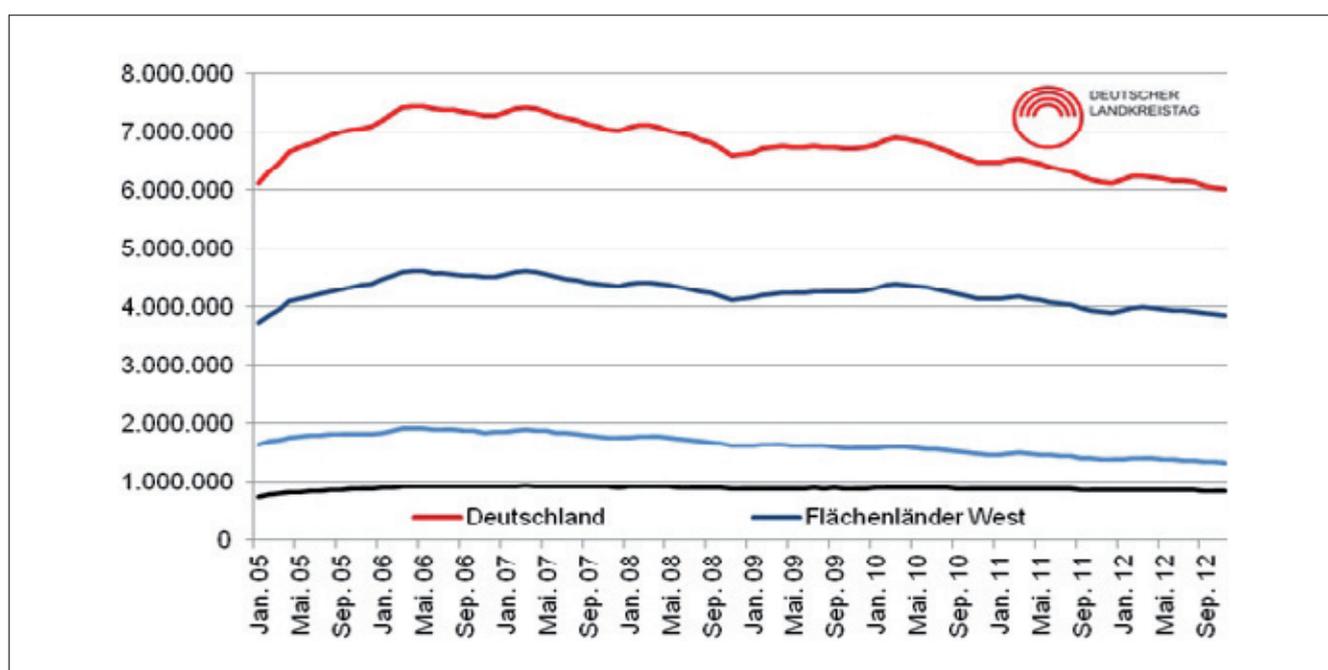
Entwicklung der Hartz IV-Empfängerzahlen im November

Trendwende absehbar

Mit 6,01 Mio. Leistungsempfängern wird bei noch leicht sinkenden Zahlen die Trendwende absehbar. Nur in den Jahren 2005 und 2009 gab es von Oktober auf November einen geringeren Rückgang. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl ergeben sich dabei in den Ländern SGB II-Quoten von 3,2 % in Bayern bis 16,2 % in Berlin. Die seit über 2,5 Jahren stetig positive Entwicklung dürfte sich bald krisenbedingt umkehren.

Der Deutsche Landkreistag hat Ende November die SGB II-Empfängerzahlen (Hartz IV) für den Monat November veröffentlicht und stellt sie in Relation zu den Einwohnerzahlen dar. Dabei zeigen sich erhebliche regionale Unterschiede zwischen den Ländern (Bayern 3,2 % und Berlin 16,2 %), die bis zum Fünffachen betragen.

Die langfristige Entwicklung wird in folgender Übersicht gut deutlich:



Quelle: Berechnungen des DLT auf Basis der Statistik der BA Zeitreihe Eckwerte SGB II.

- Im Mai 2006 und März 2007 gab es mit über 7,4 Mio. Leistungsberechtigten die bisherigen Allzeithochs im SGB II.
- Seit März 2010 – damals ausgehend von 6,89 Mio. Menschen – sinken die Zahlen der SGB II-Empfängerzahlen stetig. Seit September 2010 ergeben sich von Monat zu Monat neue Allzeittiefs.
- Lediglich saisonal gibt es zu Jahresanfang jeweils einen vorübergehenden Anstieg um 70-150.000 Leistungsberechtigte.
- Am stetigsten sinken die Leistungsempfängerzahlen in den neuen Ländern, wo sie sich seit April 2006 fortlaufend nach unten entwickeln.
- In den Stadtstaaten sind insgesamt die geringsten Veränderungen auf hohem Niveau zu verzeichnen.

Es zeichnet sich eine bevorstehende Trendwende zu steigenden Zahlen ab, da im Jahresverlauf die Zahl der erfolgreichen Arbeitsmarktintegrationen erheblich und stärker als die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zurückgegangen ist.

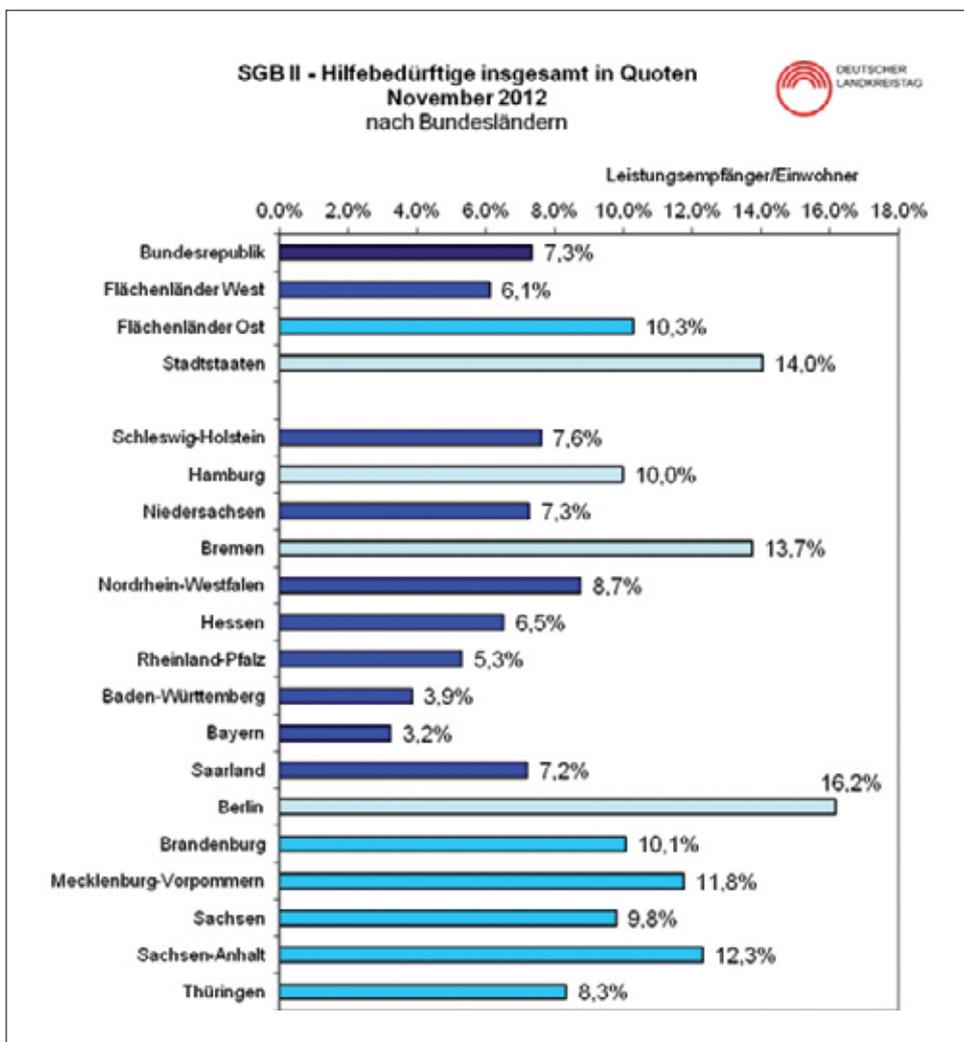
Die Zahl der gelingenden Arbeitsmarktintegrationen stellt einen Frühindikator für die Entwicklung des Bestands der Leistungsempfänger dar. Zudem gab es nur in den Jahren 2005 – damals noch mit steigenden Zahlen – und im Jahr 2009 – im Rahmen der Finanzkrise – im Vergleich mit dem Vormonatwert Oktober im November einen geringeren Rückgang als in diesem Jahr.

Die aktuelle Entwicklung ist im Einzelnen durch folgende Eckdaten gekennzeichnet:

- Im November befanden sich nach den hochgerechneten Daten rund **6,01 Mio.** Menschen im Leistungssystem SGB II (Hartz IV).
- Der Wert stellt **wiederum ein Allzeittief seit dem Bestehen des SGB II** dar.
- Die Hilfebedürftigkeit im SGB II spreizt sich zwischen **3,2 % der Einwohner in Bayern** und **16,2 % in Berlin**.



- Somit bezieht **im Osten jeder zehnte** (10,3 %) und **in den Stadtstaaten jeder siebte** Bundesbürger (14,0 %) Hartz IV-Leistungen, in den **Flächenländern West** ist es **jeder Sechzehnte** (6,1 %).
- Gegenüber dem **Vormonat Oktober** ist der Bestand geringfügig um 0,5 % gesunken (Abnahme um nur 28.130 Leistungsberechtigte).
- Gegenüber dem **Vorjahresmonat November 2011** liegt ein Rückgang um rd. **2,1 %** vor.
- Gegenüber dem Vorjahresmonat November 2011 sind die Zahlen in den **Flächenländern West** (-1,5 %) am geringsten und erstmals weniger als in den **Stadtstaaten** (-1,6 %), in den **östlichen Flächenländern** am stärksten (-4,1 %) zurückgegangen.
- Gerade die geringere Verbesserung der Lage in den Flächenländern West zeigt auf die sich abzeichnende Trendwende hin, da gerade in den Ländern mit der stärksten Wirtschaft die Krise am deutlichsten sichtbar wird.



Quelle: Berechnungen des DLT auf Basis der Statistik der BA, Eckwerte der Grundsicherung SGB II Oktober, November 2012, Zeitreihe, und Statistisches Bundesamt 2012, Gemeindeverzeichnis 31.12.2011

Der Deutsche Landkreistag veröffentlicht monatlich – parallel zur Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen der Bundesagentur für Arbeit – die Darstellung der Empfängerzahlen für das SGB II und damit auch für den gesamten Bereich der Langzeitar-

beitslosen einschließlich ihrer Familien. Weitergehende Informationen sind im Statistikauftritt der Bundesagentur, die die amtliche Statistik für das SGB II führt, verfügbar. (DLT)

Wege aus der Langzeitarbeitslosigkeit

Tag der Optionskommunen 2012

Ende September fand in Berlin der Tag der Optionskommunen statt. Dieser Kongress zur Umsetzung des SGB II („Hartz IV“) richtet sich an die 108 Landkreise und kreisfreien Städte, die eigenverantwortlich Langzeitarbeitslose und ihre Familien unterstützen. Er fand mittlerweile bereits das fünfte Mal statt, in den Vorjahren als Veranstaltung des Deutschen Landkreistags und in diesem Jahr erstmalig als gemeinsame Veranstaltung des Deutschen Landkreistags und des Deutschen Städtetags.

Der mit über 220 Teilnehmern aus Landkreisen, Städten, Bundestag, Verbänden und Wissenschaft fast überbuchte Kongress war der Thematik „SGB II-Langzeitbezug und kommunale Leistungen“ gewidmet. War die Veranstaltung in den vergangenen Jahren mit Blick auf die Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende vorrangig politisch ausgerichtet, fand der Tag der Optionskommunen nach der Entscheidung über die Jobcenterreform durch den Gesetzgeber nun als Fachveranstaltung statt. Neben interessanten Fachvorträgen wurden mehrere Workshops zum Austausch der Optionskommunen untereinander angeboten.

Schwerpunktmäßig wurden in der Veranstaltung folgende Themenfelder behandelt:

- Fachkräftebedarf versus Arbeitskräfteüberschuss – Entwicklungen mit Blick auf das SGB II
- Langzeitarbeitslose Migrant*innen – Potenziale für den Arbeitsmarkt
- Schnittstellen zu Sozialhilfe, Jugendhilfe und Bildungsleistungen
- Umgang mit dem „harten Kern“ der Langzeitarbeitslosigkeit – Handlungsansätze aus wissenschaftlicher Sicht

Zum Hintergrund:

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist das soziale Leis-

tungssystem, das die Integration erwerbsloser Menschen in Erwerbstätigkeit anstrebt und gleichzeitig den Lebensunterhalt für derzeit ca. 6,5 Mio. Menschen in Deutschland sicherstellt.

Im Regelfall führen Bundesagentur für Arbeit und Landkreis bzw. kreisfreie Stadt die SGB II-Aufgaben in Gestalt der „gemeinsamen Einrichtung“ aus. In einem Viertel der Kommunen sind jedoch Landkreis/kreisfreie Stadt alleine für das SGB II verantwortlich, als so genannte Optionskommunen. Das Jobcenter wird als rein kommunales Jobcenter ohne die Agentur für Arbeit geführt. Ihre Zahl wurde mit der Jobcenterreform zum 1. Januar 2012 auf 108 von insgesamt 403 Jobcentern erhöht.

Bei den Optionskommunen sind der gewählte Landrat bzw. Oberbürgermeister sowie der Kreistag bzw. Stadtrat verantwortlich für die Umsetzung des SGB II. Die Umsetzung ist Gegenstand der Beratungen in den demokratisch legitimierten Kommunalvertretungen vor Ort. Die Optionskommunen unterscheiden sich auch künftig von allen anderen Jobcentern dadurch, dass hier alle Leistungen in einer Hand liegen und aus einer Hand erbracht werden.

Mit einem umfassenden Gesamtkonzept, das Grundsicherung für Arbeitsuchende, Wirtschaftsförderung, Erwachsenenbildung, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, Schule im Rahmen der kommunalen Zuständigkeiten und Einflussmöglichkeiten, Kinder- und Jugendhilfe sowie Eingliederungshilfe verknüpft, lassen sich gute Wirkungen erzielen – zumal wenn mittel- und langfristige Ansätze verfolgt werden können.

In Bayern gibt es 10 Optionskommunen; 6 sind Landkreise. (DLT)

2011 wurden erstmals in Bayern mehr als 4 Milliarden Euro im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe verausgabt

2,8 Milliarden Euro allein für die Kindertagesbetreuung

Im Jahr 2011 wurden in Bayern insgesamt über 4,1 Milliarden Euro für Leistungen und Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben. Bei Einnahmen in Höhe von 319 Millionen Euro verblieben rund 3,8 Milliarden Euro an Nettoausgaben. Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung entfielen gut zwei Drittel (2,8 Milliarden Euro) allein auf die Kindertagesbetreuung. Die Ausgaben für Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, Hilfe für junge Volljährige sowie vor-

läufige Schutzmaßnahmen beliefen sich auf 888 Millionen Euro.

In Bayern wurden im Jahr 2011 für Leistungen und Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe 4 119 Millionen Euro (gut 4,1 Milliarden Euro) ausgegeben, was gegenüber dem Vorjahr mit 3 834 Millionen Euro einer Steigerung von 7,4 Prozent entspricht. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 319 Millionen Euro lagen die Nettoausgaben mit 3 800 Millionen Euro 7,7 Prozent über denen des Vorjahres (3 530 Millionen Euro).



Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung weiter mitteilt, wurden von den Nettoausgaben 2 076 Millionen Euro (55 Prozent) für Leistungen öffentlicher Träger und 1 724 Millionen Euro (45 Prozent) für Zuschüsse an freie Träger verausgabt.

Von den Bruttoausgaben war die größte Position mit fast 2 804 Millionen Euro die Kindertagesbetreuung (+ 9,8 Prozent gegenüber 2010). Hiervon flossen 2 767 Millionen Euro in die Tageseinrichtungen für Kinder (+ 9,8 Prozent im Vergleich zu 2010) und mehr als 36 Millionen Euro dienten der Unterstützung der Kindertagespflege (+ 9,7 Prozent gegenüber 2010).

Mit rund 888 Millionen Euro wurden die Bereiche Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, Hilfe für junge Volljährige sowie vorläufige Schutzmaßnahmen gefördert, was einem Plus von 3,9 Prozent gegenüber 2010 entspricht. Dabei wurden mehr als 25 Millionen Euro für Einrichtungen und gut 862 Millionen Euro für Einzel- und Gruppenhilfen dieser Hilfeart verausgabt. Von den Einzel- und Gruppenhilfen wurden fast 590 Millionen Euro für Hilfe zur Erziehung ausgegeben, gut 178 Millionen Euro als Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, rund 74 Millionen Euro für Hilfen für junge Volljährige sowie knapp 21 Millionen Euro für vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen.

Ausgaben/Auszahlungen und Einnahmen/Einzahlungen für die Kinder- und Jugendhilfe im Jahr 2011 nach Regierungsbezirken

Regierungsbezirk	Bruttoausgaben/-auszahlungen	darunter für		Einnahmen/Einzahlungen	Nettoausgaben/-Auszahlungen
		Kindertagesbetreuung	Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für behinderte Kinder und Hilfe für junge Volljährige sowie vorläufige Schutzmaßnahmen		
Oberbayern	2 228 890 945	1 635 950 203	392 100 003	145 244 515	2 083 646 430
Niederbayern	251 996 969	164 427 291	56 539 964	21 705 202	230 291 767
Oberpfalz	228 434 938	133 267 003	66 402 427	21 121 421	207 313 517
Oberfranken	211 364 350	117 530 753	65 725 363	14 003 689	197 360 661
Mittelfranken	508 570 997	313 277 625	133 805 943	45 217 977	463 353 020
Unterfranken	276 579 450	175 183 324	68 297 975	25 834 387	250 745 063
Schwaben	413 474 263	263 865 440	105 016 542	46 014 983	367 459 280
Bayern	4 119 311 912	2 803 501 639	887 888 217	319 142 174	3 800 169 738

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht Kinder und Jugendhilfe in Bayern 2011, Ergebnisse zu Teil IV: Ausgaben und Einnahmen (Bestellnummer: K51043 201100, Preis der Druckausgabe: 8,30). Der Bericht kann im Internet unter <https://www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen> als

Datei kostenlos heruntergeladen werden. Gedruckte Ausgaben können beim Vertrieb erworben bzw. dort per E-Mail (vertrieb@statistik.bayern.de), Fax (Fax-Nr. 089 2119-457) oder Post bestellt werden. (*LfStatD*)

Bund-Länder-Streit über Krippenausbau

Schwierigkeiten bei Programmgestaltung müssen zügig und pragmatisch gelöst werden

Vor dem Hintergrund der aktuellen Meinungsverschiedenheiten zwischen Bund und Ländern zum weiteren Ausbau der Betreuungseinrichtungen für unter dreijährige Kinder hat sich der Deutsche Landkreistag für eine zügige

Lösung der bestehenden Probleme ausgesprochen. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré begrüßte nachdrücklich, dass der Bund im Rahmen des Fiskalpakt-Gesetzes den Kommunen über die Länder ca. 580 Mio. € zusätzlich

zur Verfügung stelle, um das Ausbauziel bei der Krippenbetreuung zu erreichen. „Dadurch wird die Finanzierungspflicht der Länder gemindert, die gegenüber den Kommunen die Mehrausgaben im Zusammenhang mit dem Krippenausbau zu tragen haben. Deshalb haben die Landkreise ein großes Interesse daran, dass dieses zusätzliche Geld schnellstmöglich zur Verfügung steht und die in Rede stehenden Schwierigkeiten zu Prüf-, Berichts- und Nachweispflichten zügig überwunden werden.“

Duppré machte deutlich, dass die Länder verpflichtet seien, Mehrausgaben der Kommunen im Zusammenhang mit dem Krippenausbau zu tragen: „Landkreise, Städte und Gemeinden dürfen nicht auf Kosten sitzen bleiben, weil die Länder ihrer – verfassungsgerichtlich bereits festgestellten – Finanzierungsverpflichtung nicht nachkommen.“ Von daher hilft das Investitionsprogramm des Bundes den Ländern, den Krippenausbau in den Kommunen zu bezahlen.

Er sprach sich in diesem Zusammenhang nachdrücklich dafür aus, bestehende Schwierigkeiten bei der Abwicklung des Investitionsprogramms zügig und pragmatisch zu lösen: „Beispielsweise sollte es möglich sein, die Fristen für die Abrechnung durch die Länder zu verlängern, um das Ausbauziel nicht zu gefährden und die Kommunen nicht zu überfordern.“ Insgesamt würden bei Beibehaltung der Regelungen schon jetzt Probleme geschaffen, die sich leicht vermeiden ließen, ohne dass eine sachgerechte und zügige Verwendung der Mittel in Frage gestellt wäre.

Vor allem vor dem Hintergrund des ab 1.8.2013 bestehenden Rechtsanspruchs für Kinder ab dem ersten Lebensjahr sei es wichtig, die Ausbauanstrengungen bestmöglich voranzutreiben, sagte Duppré weiter. „Daher wird das frische Geld des Bundes bei der dauerhaften Erfüllung der Aufgabe helfen, so dass ein Weg gefunden werden muss, die bestehenden Probleme schnellstmöglich zu lösen.“ (DLT)

Landkreis Nürnberger Land: Azubi-Akademie startet mit zwei Klassen durch

In der Azubi-Akademie im Landkreis Nürnberger Land starten über 50 Auszubildende aus 14 Unternehmen mit zwei Klassen in das neue Ausbildungsjahr. Zum Auftakt des Schuljahres trafen sich beide Klassen bei der Firma Zapf in Behringersdorf, wo sie durch Dr. Hannes Zapf, Andrea Rübenach vom BDS und Frank Richartz von der Wirtschaftsförderung Nürnberger Land begrüßt wurden.

Im Herbst 2011 wurde im Nürnberger Land die erste Azubi-Akademie Nordbayerns ins Leben gerufen. Die Akademie ist ein Kooperationsprojekt des Bundes der Selbstständigen (BDS) mit der Wirtschaftsförderung Nürnberger Land. Der Erfolg und die Resonanz des ersten Akademiejahres waren so groß, dass sich weitere Unternehmen angeschlossen haben. Mittlerweile schicken 14 Unternehmen aus dem Landkreis ihre insgesamt über 50 Auszubildenden in die Akademie. Hierdurch wurde es notwendig zwei Klassen zu bilden. Diese Gelegenheit wurde dazu genutzt, einen zweiten Schulungsstandort aufzumachen. Neben dem Landratsamt in Lauf stellt die Raiffeisenbank Altdorf-Feucht ihre Räume in Feucht den Jugendlichen zur Verfügung.

Landrat Armin Kroder, der am Ende des letzten Schuljahres die Teilnehmerurkunden an die Auszubildenden verteilt hatte, ist so begeistert von der Idee, dass er dieses Schuljahr auch die Auszubildenden des Landratsamts in die Akademie schickt.

Die Ausbildungsakademie bietet gerade kleinen und mittelständisch geprägten Familienunternehmen einen entscheidenden Vorteil bei der überbetrieblichen Zusatz-Qualifizierung im Bereich der Soft Skills ihrer Lehrlinge, die sonst nur großen Unternehmen möglich ist. Das heißt, dadurch,

dass sich mehrere Ausbilder die Arbeit teilen, können sie ihren Auszubildenden regelmäßige Lehrgänge, überbetriebliche Unterrichtsstunden und Projektarbeiten anbieten. Kostenlos und ohne nennenswerten zusätzlichen Aufwand.

Weitere Informationen zur Azubi-Akademie gibt es über den Bund der Selbstständigen (Andrea Rübenach; andrea.ruebenach@bds-bayern.de). (LRA Nürnberger Land)



Dr. Hannes Zapf begrüßt die Teilnehmer der Azubi-Akademie in Behringersdorf.
(Quelle: Bund der Selbstständigen – Gewerbeverband Bayern)



Finanzlage der bayerischen Krankenhäuser spitzt sich zu!

Der Finanzausschuss des Bayerischen Landkreistags hat sich im Oktober 2012 mit der finanziell angespannten Lage der Krankenhäuser befasst. Der Ausschussvorsitzende, Landrat Gebhard Kaiser, Oberallgäu, hierzu: „Die Schere zwischen Kosten und Erlösen klafft immer weiter auseinander und immer mehr Kliniken geraten in eine finanziell prekäre Situation.“ Der Finanzausschuss unterstützt daher den von der Bayerischen Staatsregierung am 21.09.2012 in den Deutschen Bundesrat eingebrachten Entschließungsantrag, der die nachfolgenden zwei Ziele verfolgt:

1. Es muss Schluss sein mit der Kollektivhaftung aller Krankenhäuser, wenn es landesweit zu einem Anstieg der Krankenhausleistungen kommt.

Die Vorschrift, dass für alle Kliniken in einem Bundesland der Behandlungspreis abgesenkt wird, wenn dort die Krankenhausleistungen ansteigen, ist ungerecht, betriebs-

wirtschaftlich absurd und führt zu einem Fehlanreiz im Versorgungssystem.

2. Die tatsächlichen Personal- und Sachkostensteigerungen müssen bei der Krankenhausvergütung berücksichtigt werden.

Es ist nicht weiter zumutbar, dass die Erlöse der Krankenhäuser hinter der allgemeinen Kostenentwicklung zurückbleiben. Die immer weiter auseinandergehende Schere gefährdet die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser zunehmend.

Landrat Kaiser: „Wir appellieren an alle Bundestagsabgeordneten und Landesregierungen, diesen Antrag bis Ende des Jahres umzusetzen. Es kann nicht sein, dass voll ausgelastete Kliniken bei sparsamer Personalführung Defizite erwirtschaften!“

Eckdaten der Krankenhausstatistik

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hat die Eckdaten der Krankenhausstatistik des Statistischen Bundesamtes aufbereitet und getrennt nach den drei Trägergruppen (öffentliche, frei gemeinnützige und private Krankenhäuser) aufbereitet. Die Zahl der öffentlichen Krankenhäuser ist weiterhin leicht rückläufig (-1,4 %); die Zahl der frei gemeinnützigen Krankenhäuser ist in etwa gleich stark gesunken (-1,2 %); die Zahl der privaten Krankenhäuser ist dagegen praktisch konstant geblieben (-0,1%).

Die Zahl der aufgestellten Betten ist bei den öffentlichen Krankenhäusern um -0,6 % und bei den frei gemeinnützigen Krankenhäusern um -0,7 % zurückgegangen, während bei den privaten Krankenhäusern ein Anstieg um +2,4 % zu verzeichnen war. Absolut gesehen entfällt mit 242 769 Betten weiterhin noch fast die Hälfte aller aufgestellten Betten auf öffentliche Häuser. Dies gilt auch für die Patientenzahl, etwa 49 % aller Patienten sind in öffentlichen Krankenhäusern behandelt worden. Die durchschnittliche Verweildauer liegt in öffentlichen Krankenhäusern im Gesamtdurchschnitt (7,7 Tage). Frei gemeinnützige Krankenhäuser liegen knapp darunter, private Krankenhäuser haben eine durchschnittliche Verweildauer von 8,2 Tagen. Auch die Bettenauslastung ist in öffentlichen Krankenhäusern mit 78,7 % am höchsten, hier kommen die frei gemeinnützigen Krankenhäuser auf 75,7 %, die privaten auf 76,8 %. (DKG)

III/Gü		22.10.2012		
Eckdaten der Krankenhausstatistik				
	2011	2010	+/- %	+/- abs.
Krankenhäuser insgesamt	2.045	2.064	-0,9	-19
öffentliche Krankenhäuser	621	630	-1,4	-9
freigemeinnützige Krankenhäuser	746	755	-1,2	-9
private Krankenhäuser	678	679	-0,1	-1
aufgestellte Betten insgesamt	502.029	502.749	-0,1	-720
öffentliche Krankenhäuser	242.769	244.254	-0,6	-1.485
freigemeinnützige Krankenhäuser	172.219	173.457	-0,7	-1.238
private Krankenhäuser	87.041	85.038	+2,4	+2.003
Berechnungs-/Belegungstage insgesamt	141.676.442	141.941.665	-0,2	-265.223
öffentliche Krankenhäuser	69.722.496	70.329.371	-0,9	-606.875
freigemeinnützige Krankenhäuser	47.558.095	47.687.670	-0,3	-129.575
private Krankenhäuser	24.395.851	23.924.624	+2,0	+471.227
Patienten (Fallzahl) insgesamt	18.335.813	18.032.903	+1,7	+302.910
öffentliche Krankenhäuser	9.048.669	8.969.730	+0,9	+78.939
freigemeinnützige Krankenhäuser	6.306.023	6.200.550	+1,7	+105.473
private Krankenhäuser	2.981.121	2.862.624	+4,1	+118.497
durchschnittliche Verweildauer in Tagen	7,7	7,9	-2,5	-0,2
öffentliche Krankenhäuser	7,7	7,8	-1,3	-0,1
freigemeinnützige Krankenhäuser	7,5	7,7	-2,6	-0,2
private Krankenhäuser	8,2	8,4	-2,4	-0,2
durchschnittliche Bettenauslastung in %	77,3	77,4	-0,1	-0,1
öffentliche Krankenhäuser	78,7	78,9	-0,3	-0,2
freigemeinnützige Krankenhäuser	75,7	75,3	+0,5	+0,4
private Krankenhäuser	76,8	77,1	-0,4	-0,3
Ärztliche Personal (Vollkräfte)	138.955	134.847	+3,0	+4.108
öffentliche Krankenhäuser	77.703	75.979	+2,3	+1.724
freigemeinnützige Krankenhäuser	40.387	39.245	+2,9	+1.142
private Krankenhäuser	20.865	19.623	+6,3	+1.242
Nichtärztliches Personal (Vollkräfte)	686.699	681.411	+0,8	+5.288
öffentliche Krankenhäuser	378.421	375.959	+0,7	+2.462
freigemeinnützige Krankenhäuser	207.661	206.338	+0,6	+1.323
private Krankenhäuser	100.617	99.114	+1,5	+1.503
dar.: Personal im Pflegedienst (Vollkräfte)	310.817	306.213	+1,5	+4.604
öffentliche Krankenhäuser	161.973	159.967	+1,3	+2.006
freigemeinnützige Krankenhäuser	100.578	99.051	+1,5	+1.527
private Krankenhäuser	48.266	47.194	+2,3	+1.072

Quellen:
 Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Fachserie 12, Reihe 6.1.1 Grunddaten der Krankenhäuser 2010 (1.3.2012)
 Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Fachserie 12, Reihe 6.1.1 Grunddaten der Krankenhäuser 2011 (18.10.2012)

Kosten der bayerischen Krankenhäuser 2011 weiter gestiegen

Gesamtkosten nahezu bei 13 Milliarden Euro - Personalkosten sind der größte Posten

Die Gesamtkosten der bayerischen Krankenhäuser betragen 2011 rund 12,8 Milliarden Euro, was eine Zunahme um 4,5 Prozent gegenüber dem Jahr 2010 bedeutet. Größter Ausgabeposten waren dabei die Personalkosten mit 7,6 Milliarden Euro. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung weiter mitteilt, betragen die Kosten für die rein stationäre Krankenversorgung rund 11,4 Milliarden Euro. Je Behandlungsfall waren dies 2011 etwas mehr als 4 000 Euro und je Berechnungs- bzw. Behandlungstag 536 Euro.

Die Gesamtkosten der Krankenhäuser in Bayern betragen im Jahr 2011 insgesamt 12,8 Milliarden Euro. Das waren rund 549 Millionen Euro oder 4,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Den mit Abstand größten Ausgabeposten – 59,9 Prozent der Gesamtausgaben – stellten dabei nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung die

Personalkosten mit gut 7,6 Milliarden Euro dar. Die Sachkosten betragen knapp 4,8 Milliarden Euro und damit 37,5 Prozent aller Ausgaben der bayerischen Krankenhäuser.

In den Gesamtkosten der Krankenhäuser sind jedoch auch die Ausgaben für nichtstationäre Leistungen wie z. B. Ambulanzen sowie die wissenschaftliche Forschung und Lehre enthalten. Die Kosten der rein stationären Krankenhausversorgung (bereinigte Kosten), die sich aus der Differenz zwischen den Gesamtkosten und den Kosten für nichtstationäre Leistungen ergeben, lagen bei nahezu 11,4 Milliarden Euro.

Je Behandlungsfall betragen die durchschnittlichen stationären Krankenhauskosten (bezogen auf die bereinigten Kosten) 4 041 Euro und der Berechnungs- bzw. Behandlungstag kostete 536 Euro.

Kosten der Krankenhäuser in Bayern 2002 bis 2011 nach Kostenarten

Jahr	Gesamtkosten ¹⁾	darunter		Kosten der rein stationären Krankenhausversorgung (bereinigte Kosten) ³⁾ versorgung	Kosten je vollstationären ²⁾	
		Personalkosten	Sachkosten		Behandlungsfall	Berechnungs-/ Belegungstag
in 1 000 EUR				EUR		
2011	12 756 283	7 643 317	4 780 687	11 362 037	4.041	536
2010	12 207 462	7 305 265	4 580 038	10 957 272	3.966	515
2009	11 833 097	7 090 952	4 446 185	10 595 721	3.872	497
2008	11 069 077	6 638 937	4 136 036	9 878 353	3.693	464
2007	10 518 074	6 378 765	3 878 657	9 421 252	3.622	443
2006	9 966 331	6 270 728	3 564 717	8 935 153	3.532	424
2005	9 655 974	6 221 747	3 318 171	8 681 749	3.441	407
2004	9 453 634	6 206 160	3 137 880	8 624 409	3.382	399
2003	9 350 275	6 224 384	3 025 507	8 548 548	3.215	368
2002	9 167 371	6 053 663	3 013 887	8 371 471	3.137	343

¹⁾ Personal- und Sachkosten, Zinsen und ähnliche Aufwendungen sowie Steuern inklusive Kosten der Ausbildungsstätten und Aufwendungen für den Ausbildungsfonds
²⁾ Basierend auf den bereinigten Kosten
³⁾ inklusive Aufwendungen für den Ausbildungsfonds

(LfStaD)



Fast drei Millionen vollstationäre Krankenhausaufenthalte in Bayern 2011 Kreislauferkrankungen häufigster Anlass für Klinikaufenthalt

Rund 2,9 Millionen vollstationäre Krankenhausaufenthalte wurden in Bayern im Jahr 2011 gezählt, etwa 52 000 (1,8 Prozent) mehr als im Jahr zuvor. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung weiter mitteilt, waren Kreislauferkrankungen (14,2 Prozent) der häufigste Anlass für einen vollstationären Krankenhausaufenthalt, gefolgt von Verletzungen, Vergiftungen und anderen Folgen äußerer Ursachen (11,3 Prozent) sowie Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes (10,4 Prozent). Die häufigste Hauptdiagnose war – lässt man die klinische Versorgung gesunder Neugeborener (rund 75 000) unberücksichtigt – mit gut 58 000 Fällen eine Herzinsuffizienz.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung mitteilt, wurden im Jahr 2011 in den 370 bayerischen Krankenhäusern rund 2,9 Millionen Mal Patienten vollstationär behandelt. Das sind etwa 52 000 vollstationäre Krankenhausaufenthalte (1,8 %) mehr als noch 2010. In

rund 42,2 Prozent (gut 1,2 Millionen) aller vollstationären Behandlungsfälle waren die Patienten 65 Jahre oder älter. Das Durchschnittsalter lag bei 54,2 Jahren.

Der mit Abstand häufigste Anlass für vollstationäre Behandlungen waren im Jahr 2011 die Krankheiten des Kreislaufsystems mit 14,2 Prozent (rund 410 000 Fälle), gefolgt von Verletzungen, Vergiftungen und anderen Folgen äußerer Ursachen mit rund 11,3 Prozent (rund 328 000 Fälle). Den dritten Rang nahmen mit 10,4 Prozent (rund 301 000 Fällen) Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes ein.

Lässt man die klinische Versorgung gesunder Neugeborener (nahezu 75 000) unberücksichtigt, war mit gut 58 000 Fällen eine Herzinsuffizienz die häufigste Hauptdiagnose, gefolgt von psychischen und Verhaltensstörungen durch Alkohol (rund 52 000 Fälle) und den Verletzungen im Schädel wie z. B. Verletzung des Hirns, Hirntraume und Gehirnerschütterung (rund 43 000 Fälle).

Aus Krankenhäusern in Bayern entlassene Patienten (einschl. Sterbefälle und Stundenfälle) 2011 nach Altersgruppen und Diagnosen¹⁾

Diagnose/Behandlungsanlass darunter Hauptdiagnosen	Entlassene vollstationär behandelte Patienten					
	insgesamt	davon im Alter von ... Jahren				
		unter 5	5 bis unter 25	25 bis unter 45	45 bis unter 65	65 oder mehr
Bestimmte infektiöse u. parasitäre Krankheiten	90 242	11 582	14 210	11 380	15 344	37 726
Gut- und bösartige Neubildungen	267 649	2 316	6 396	23 247	93 900	141 790
darunter bösartige Neubildungen	216 392	1 606	4 116	12 548	73 976	124 146
Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe sowie bestimmter Störungen mit Beteiligung des Immunsystems	16 953	559	1 356	1 349	3 020	10 669
Endokrine, Ernährungs- u. Stoffwechselerkrankungen	75 843	635	4 091	7 893	20 460	42 764
Psychische und Verhaltensstörungen	186 924	712	32 291	59 474	63 534	30 913
darunter Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol	52 196	-	9 749	16 791	21 963	3 693
Krankheiten des Nervensystems	111 989	2 070	10 414	17 067	34 306	48 132
Krankheiten des Auges und des Augenanhangsgebildes	44 179	667	2 073	2 972	10 494	27 973
Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	20 417	1 222	2 053	3 568	6 752	6 822
Krankheiten des Kreislaufsystems	410 450	498	5 078	20 330	102 022	282 522
darunter Ischämische Herzkrankheiten	88 723	4	50	2 358	28 029	58 282
darunter Herzinsuffizienz	58 301	7	32	385	5 460	52 417
Krankheiten des Atmungssystems	167 303	19 169	24 313	23 219	31 899	68 703
Krankheiten des Verdauungssystems	270 932	3 719	27 785	42 725	78 814	117 889
Krankheiten der Haut und der Unterhaut	42 828	1 940	7 231	9 508	11 226	12 923
Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems u. Bindegewebes	300 650	1 142	16 274	40 108	113 479	129 647
Krankheiten des Urogenitalsystems	145 810	2 571	11 988	27 002	40 550	63 699
Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	138 387	-	21 231	116 820	336	-
Bestimmte Zustände mit Ursprung in der Perinatalperiode	26 727	26 726	1	-	-	-
Symptome und abnorme klinische u. Laborbefunde, a.n.k.	138 490	4 307	21 665	22 765	32 921	56 832
Verletzungen, Vergiftungen und andere Folgen äußerer Ursachen	327 913	13 040	55 300	51 039	73 720	134 814
darunter Verletzungen im Schädel (Intrakranielle)	42 677	5 913	12 938	5 417	5 828	12 581
Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen	94 579	77 802	1 685	3 342	5 113	6 637
darunter gesunde Neugeborene	74 655	74 655	-	-	-	-
Sonstige	16 582	7 873	4 724	1 887	1 499	599
Insgesamt	2 894 847	178 550	270 159	485 695	739 389	1 221 054

1) Im Berichtsjahr mehrmals vollstationär behandelte Patienten sind entsprechend oft gezählt.

Weitere Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Krankenhaushausstatistik – Grunddaten, Diagnosen und Kostenachweis 2011“: Der Bericht kann im Internet unter <https://www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen> als Datei

kostenlos heruntergeladen werden. Eine ungebundene Druckversion kann zum Preis von 10,50 beim Vertrieb erworben bzw. dort per E-Mail (vertrieb@statistik.bayern.de), Fax (Fax-Nr. 089 2119-3457) oder Post bestellt werden. (LfStatD)

Fast 271 000 vollstationäre Behandlungen in Vorsorge- oder Reha-Einrichtungen in Bayern 2011

Kniegelenks-Arthrosen häufigster Anlass für stationäre Rehabilitation oder Vorsorge

In Bayern wurden im Jahr 2011 rund 271 000 Aufenthalte in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 100 Betten verzeichnet. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung weiter mitteilt, waren Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes der häufigste Anlass (38,4 Prozent) für einen vollstationären Aufenthalt, gefolgt von Krankheiten des Kreislaufsystems (13,1 Prozent) sowie psychische Störungen und Verhaltensstörungen (10,5 Prozent). Die häufigste Einzeldiagnose war mit nahezu 21 000 Fällen die Arthrose des Kniegelenkes.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung mitteilt, wurden im Jahr 2011 in den bayerischen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 100 Betten 270 625 vollstationäre Behandlungsfälle verzeichnet, das sind rund 7 300 Behandlungsfälle weniger als 2010 und damit ein Rückgang von 2,6 Prozent. In rund 35,9 Prozent aller vollstationären Behandlungsfälle waren die Patienten 65 Jahre oder

älter. In der Altersgruppe der 45- bis unter 65-Jährigen wurden 2011 mit 122 Behandlungsfällen und einem Anteil von 45,1 Prozent die meisten Behandlungen durchgeführt. Das Durchschnittsalter der behandelten Patienten lag bei 60,3 Jahren.

Die mit großem Abstand häufigsten Anlässe für eine vollstationäre Behandlung in einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung mit mehr als 100 Betten waren im Jahr 2011 Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes mit 38,4 Prozent (rund 104 000 Fälle), gefolgt von Krankheiten des Kreislaufsystems mit 13,1 Prozent (fast 36 000 Fälle). Den dritten Rang nahmen mit 10,5 Prozent (gut 28 000 Fälle) psychische Störungen und Verhaltensstörungen ein.

Mit nahezu 21 000 Fällen war die zu den Krankheiten des Muskel- und Skelett-Systems gehörende Arthrose des Kniegelenkes die häufigste Hauptdiagnose überhaupt, gefolgt von Rückenschmerzen (rund 19 000 Fälle) und der Arthrose des Hüftgelenkes (rund 18 000 Fälle).

Aus bayerischen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 100 Betten entlassene Patienten (einschl. Sterbefälle und Stundenfälle) 2011 nach Altersgruppen und Diagnosen¹⁾

Diagnose/Behandlungsanlass darunter Hauptdiagnosen	Entlassene vollstationär behandelte Patienten					
	insgesamt	davon im Alter von ... Jahren				
		unter 5	5 bis unter 25	25 bis unter 45	45 bis unter 65	65 oder mehr
Bestimmte infektiöse u. parasitäre Krankheiten	832	3	12	82	326	409
Gut- und bösartige Neubildungen	24 743	3	89	2 092	12 541	10 018
darunter bösartige Neubildungen	22 991	-	60	1 833	11 669	9 429
Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe sowie bestimmter Störungen mit Beteiligung des Immunsystems	591	142	212	49	97	91
Endokrine, Ernährungs- u. Stoffwechselkrankheiten	8 576	49	2 624	1 534	3 806	563
Psychische und Verhaltensstörungen	28 434	241	3 582	10 960	12 624	1 027
Krankheiten des Nervensystems	6 933	76	399	1 268	2 872	2 318
Krankheiten des Auges und des Augenanhangsgebildes	52	-	5	9	15	23
Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	894	7	29	212	539	107
Krankheiten des Kreislaufsystems	35 523	7	130	2 075	14 747	18 564
darunter Ischämische Herzkrankheiten	12 302	-	2	635	6 070	5 595
Krankheiten des Atmungssystems	10 532	1 218	2 412	640	3 020	3 242
Krankheiten des Verdauungssystems	4 239	22	208	855	2 074	1 080
Krankheiten der Haut und der Unterhaut	1 974	343	492	324	712	103
Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems u. Bindegewebes	103 995	1	741	11 827	55 226	36 200
darunter Arthrose des Hüftgelenkes	18 121	-	37	651	6 756	10 677
Arthrose des Kniegelenkes	20 548	-	11	443	7 608	12 486
Rückenschmerzen	18 678	-	138	3 379	13 570	1 591
Krankheiten des Urogenitalsystems	706	5	31	90	328	252
Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	1	-	-	1	-	-
Bestimmte Zustände mit Ursprung in der Perinatalperiode	28	13	7	3	4	1
Symptome und abnorme klinische u. Laborbefunde, a.n.k. Verletzungen, Vergiftungen und andere Folgen äußerer Ursachen	3 878	73	347	705	1 180	1 573
Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen	21 668	14	627	2 073	6 044	12 910
zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen	16 209	51	538	1 359	5 691	8 570
Sonstige	817	71	191	191	276	88
Insgesamt	270 625	2 339	12 676	36 349	122 122	97 139

¹⁾ Im Berichtsjahr mehrmals vollstationär behandelte Patienten sind entsprechend oft gezählt.

(LfStatD)

Spatenstich für neue Krankenhausgeneration in Lichtenfels

Der Krankenhausneubau des Helmut-G.-Walther-Klinikums Lichtenfels in Oberfranken steht Modell für eine neue Krankenhausgeneration: patientenfreundlich, ökologisch und leistungsstark.

„Das Klinikum Lichtenfels ist Bayerns Vorzeigeobjekt für das Krankenhaus der Zukunft: Hier steht der Patient im Mittelpunkt. Gleichzeitig nehmen die umweltfreundliche Bauart und der energieeffiziente Betrieb größtmögliche Rücksicht auf die Umwelt“, betonte der Bayerische Umwelt- und Gesundheitsminister Dr. Marcel Huber (CSU) beim Spatenstich am 24.10.2012 für das erste „Green-Hospital“ Bayerns. „Lichtenfels nutzt damit seine Chance, Umweltaspekte mit medizinischer Qualität zu verknüpfen - und rüstet sich so für die Zukunft.“ Mit 78 Millionen Euro fördert der Freistaat den Krankenhausneubau, davon stammen acht Millionen aus der Zukunftsinitiative „Aufbruch Bayern“.

Das neue Krankenhaus in Lichtenfels setzt dabei auf ein möglichst hohes Maß an Patientenfreundlichkeit. Als Neuheit wird es spezielle Patientenzimmer, etwa für Demenzkranke, geben. Ein Patientengarten, ein Kinderspielplatz, ein Naturlehr- und ein Therapiefeld bieten auch im Außenbereich Genesungs- und Erholungsräume für Patienten und deren Angehörige. Mit seinem energieeffizienten Ansatz leistet das Krankenhaus laut Huber auch einen wichtigen Beitrag zur Energie- und Ressourcenwende in Bayern. Huber: „Von den Erfahrungen im Klinikum Lichtenfels sollen auch andere Krankenhäuser in Bayern profitieren. Besonders bei der Einsparung von Energie steckt in den Krankenhäusern viel Potenzial.“ Der Neubau des Klinikums Lichtenfels erreicht fast Passivhausstandard. Durch den Einsatz von erneuerbaren Energien, LED-Beleuchtung und hochwertiger Gebäudedämmung kann der Energieverbrauch gegenüber dem Klinik-Altbau um rund 74 Prozent gesenkt werden; zwölf Prozent des Strombedarfs und 26 Prozent des Heiz-Bedarfs wird das Krankenhaus selbst erzeugen.



Beim Spatenstich am 24.10.2012: Gesundheitsminister Dr. Marcel Huber, Landrat Christian Meißner, Geschäftsführer Michael Jung sowie Architekt Roland Schmidt (v. l. n. r.)



Staatsminister Dr. Huber (links) freut sich mit Landrat Christian Meißner (Mitte) und Geschäftsführer Michael Jung (rechts) über Zertifizierungsurkunde der DGNB.

Huber unterstrich: „Unser Ziel ist eine möglichst umfassende Verwirklichung des Green Hospital-Gedankens im Freistaat. Nachhaltig geführte Krankenhäuser können auf Dauer Spitzenmedizin wirtschaftlich und ökologisch anbieten.“

„Wir bauen hier ein Klinikum für unsere Bevölkerung für 114,3 Millionen Euro“, betont der Lichtenfelser Landrat Christian Meißner. „Damit sichern wir nicht nur die medizinische Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises, sondern sichern auch hoch qualifizierte Arbeitsplätze in der Region und bieten den heimischen Unternehmen einen wichtigen Standortfaktor bei Ihrer Suche nach qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Denn eine gute medizinische Versorgung vor Ort zu wissen, ist bei der Job-Wahl ein wichtiges Kriterium“, so Landrat Meißner.

Der Klinikneubau ist als deutsches Pilotvorhaben für die neue Zertifizierung von Krankenhäusern durch die Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DGNB) angemeldet. Eine Vorprüfung hat bereits ergeben, dass das Projekt die höchste Auszeichnungsstufe „Gold“ nach seiner Fertigstellung 2016 erreichen wird. (*LRA Lichtenfels*)

Landkreis Hof: Klinik in Naila wächst

Die Staatsregierung hat grünes Licht zu umfangreichen Baumaßnahmen der Kliniken Hochfranken am Standort Naila gegeben. Steigende Patientenzahlen machen einen Umbau nötig, um die Planbettenzahl von bisher 130 auf 154 zu erhöhen. Mit der Erweiterung trägt man dem hohen Zuspruch aus

der Bevölkerung für die Kliniken Hochfranken Rechnung. Mit der Erweiterungsmaßnahme verbessert man auch große Teile der Infrastruktur, so dass sich Wartezeiten verkürzen und Abläufe bei der Versorgung der Patienten weiter optimiert werden. (LRA Hof)

Alkohol in der Schwangerschaft vermeiden - Neue Kampagne „Schwanger? Null Promille!“ gestartet

Schwangere Frauen haben von Anfang eine besondere Verantwortung für die Gesundheit ihres Kindes. Deswegen sollten sie Alkohol in der Schwangerschaft vermeiden. Das betonte die Bayerische Gesundheitsstaatssekretärin Melanie Huml zum Start der Kampagne „Schwanger? Null Promille!“. Huml: „Jede Mutter möchte nur das Beste für ihr Kind. Wer auf Alkohol während der Schwangerschaft verzichtet, erleichtert seinem Kind den Start ins Leben.“ Denn der Alkoholkonsum der Mutter während der Schwangerschaft sei, so Huml, die häufigste Ursache für eine Beeinträchtigung der Gesundheit des Kindes. Huml: „Jedes Glas Alkohol zählt. Schon geringer Alkoholkonsum oder vereinzelte Trinkexzesse können zu erheblichen gesundheitlichen Schäden beim Kind führen.“ So leiden diese Kinder öfters unter anderem an Sprach- und Sehsstörungen, Hyperaktivität oder Unkonzentriertheit. Es müsse, so Huml, eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit werden, Frauen dabei zu unterstützen, während der Schwangerschaft auf Alkohol zu verzichten. „Alle - Väter, Großeltern, Geschwistern, Arbeitskollegen, Freundinnen und Freunde - können und sollten werdende Mütter darin unterstützen“, so Huml.

Im Rahmen der Kampagne informiert eine neue Internetseite ausführlich rund um das Thema Alkohol und Schwangerschaft. So erzählen drei junge Frauen in Blogs, wie sie alkoholfrei durch die Schwangerschaft gehen. Betroffene Frauen können sich über die Internetseite außerdem anonym an eine Online-Beratung wenden, die die staatlich anerkannten Beratungsstellen gemeinsam anbieten. Ein Gutschein-Heft zum Ausfüllen für einen Kinobesuch, einen alkoholfreien Cocktail-Abend, Schlüsselanhänger sowie Hüllen für den Mutterpass ergänzen das Kampagnenangebot. Zudem werben Poster und Postkarten für den Alkoholverzicht in der Schwangerschaft.

Die Kampagne wird getragen von der Landeszentrale für Gesundheit in Bayern und unterstützt von den Mitgliedern des Runden Tisches Präventionspakt Bayern, zu denen auch der Bayerische Landkreistag gehört. Das Bayerische Gesundheitsministerium setzt damit den Beschluss des Landtages „0,0 Promille in der Schwangerschaft“ um. Es fördert die Kampagne mit 200.000 Euro. Die Werbematerialien können online oder bei der Landeszentrale für Gesundheit in Bayern, Pfarrstr. 3, 80538 München, bestellt werden. Die neue Internetseite ist abrufbar unter www.schwanger-null-promille.de. (StMUG)

Menschen mit Demenz: Mitten in der Gesellschaft

Anlässlich der Gründung der „Allianz für Menschen mit Demenz“ im September im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung hat der Deutsche Landkreistag die Bedeutung des Themas für die Kommunen unterstrichen. DLT-Vizepräsident Landrat Karl-Heinz Schröter, Oberhavel, betonte bei der Gründungssitzung: „Es ist richtig und wichtig, Netzwerke für Menschen mit Demenz aufzubauen, denn deren Zahl wird aufgrund einer allgemein höheren Lebenserwartung mehr und mehr ansteigen. Es kommt daher darauf an, die Teilhabe dieser Menschen an unserer Gesellschaft und der örtlichen Gemeinschaft nachhaltig zu sichern. Ziel muss es sein, dass sie so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben führen können.“

Dies umzusetzen, sei letztlich nur durch engagierte Aufklärungsarbeit zu erreichen. „Was die Verantwortung der Landkreise dabei betrifft, so ist es vor allem wichtig, das breite Spek-

trum der in Betracht kommenden Unterstützungsleistungen in den Blick zu nehmen: Eine Demenzerkrankung wirkt sich schließlich auf sämtliche Lebensbereiche aus.“ Diesbezüglich nannte Schröter exemplarisch die Angebote der kommunalen Altenhilfe. Diese trage durch Beratungs- und Koordinierungsstellen, ambulante Hilfen und strukturelle Vernetzung von Angeboten dazu bei, demenzkranken Menschen ein Leben in ihrer gewohnten Umgebung, ihrem Zuhause, zu ermöglichen.

Darüber hinaus müssten die Lebensbedingungen vor Ort so gestaltet werden, dass sie der besonderen Hilfebedürftigkeit der Betroffenen Rechnung trügen. „Insoweit ist Altenhilfe als vielschichtiges, seniorenpolitisches Konzept zu verstehen. Dieses geht über den sozialen Bereich hinaus und bezieht Wohnumfeld, Dienstleistungs- und Unterstützungsangebote wie etwa die Nutzbarkeit des ÖPNV mit ein“, so Schröter.



Kontraproduktiv hingegen sei eine verengte Wahrnehmung, die lediglich auf Pflegeleistungen und Pflegeversicherung abziele: „Genau deshalb legt die Gründungserklärung der Allianz den Fokus auf die häusliche Umgebung und betont hierbei die Gestaltung eines Unterstützungs- und Versor-

gungssystems. Außerdem rückt sie die gesellschaftliche Verantwortung für die Belange von Demenzzkranken in den Vordergrund und ruft diese jedem Bürger ins Bewusstsein“, so Schröter abschließend. (DLT)

Neue EU-Vorschriften gefährden kommunale Gestaltungsfreiheit

Gemeinsame Erklärung des Städtetages (DST), des Landkreistages (DLT), des Städte- und Gemeindebundes (DStGB) und des VKU

Gemeinsam wenden sich die kommunalen Spitzenverbände und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) gegen Pläne der EU-Kommission, durch eine Richtlinie die bisher vergaberechtsfreien Dienstleistungskonzessionen der Ausschreibung zu unterwerfen. Diese Richtlinie würde erheblich in die kommunale Organisationsfreiheit im Bereich der Daseinsvorsorge eingreifen. Ein europarechtlich vorgegebenes Verfahren würde an die Stelle der Entscheidungen der kommunalen Gremien vor Ort gestellt, wenn es zum Beispiel um die Vergabe einer Wasserkonzession in der Kommune geht. Der zuständige Binnenmarktkommissar, Michel Barnier, hat sich in Berlin zu diesen Kritikpunkten mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem VKU ausgetauscht. Die Verbände haben sich in dem Gespräch auf drei wesentliche Punkte konzentriert.

Bis jetzt hat die Europäische Kommission nicht dargelegt, warum eine Richtlinie zu Dienstleistungskonzessionen überhaupt erforderlich sein soll. Neben der bestehenden Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) sehen die kommunalen Spitzenverbände und der VKU auch **keine Notwendigkeit für eine solche Richtlinie**. Insbesondere bestehen keine Rechtsunsicherheit und keine Rechtsschutzlücke, die ein Handeln der Europäischen Kommission nötig machen würden.

Die Verbände sind außerdem der Auffassung, dass alle **Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge** aus dem Anwendungsbereich des Richtlinienvorschlages herausgenommen werden müssen. Dies entspräche den Zielen und Inhalten des Vertrages von Lissabon und dem Protokoll zu den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse mit der dort vorgenommenen Stärkung der lokalen Selbstverwaltung. Dienstleistungskonzessionen berühren viele Bereiche der Leistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse wie die Wasserversorgung, die Abwasserentsorgung, soziale Dienstleistungen oder Rettungs- und Gesundheitsdienstleistungen. In diesem Kernbereich kommunaler Daseinsvorsorge würde eine Umsetzung der Richtlinie zu tiefen Einschnitten in die kommunale Organisationsfreiheit führen. Gerade die kommunalwirtschaftlichen Strukturen bei der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung genießen bei den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland aber höchste Wertschätzung. Dies belegt aktuell eine repräsentative Umfrage, die Forsa im Auftrag des VKU durchgeführt hat. Danach sprechen sich 82 Prozent der Befragten gegen neue Vorschriften aus Brüssel aus. Vor diesem Hintergrund darf eine mögliche Richtlinie insbesondere

für Dienstleistungskonzessionen in der Wasserwirtschaft, für Leitungs- und Wegerechte im Bereich der Energieversorgung, für Kommunalkredite, für soziale Dienstleistungen sowie für Rettungsdienste nicht gelten.

Und schließlich bedarf der Richtlinienentwurf der EU-Kommission substanzieller Nachbesserungen in den **Fragen der interkommunalen Zusammenarbeit**, die zukünftig zwecks der Aufrechterhaltung eines kostengünstigen Angebots öffentlicher Dienstleistungen für die Bürger möglich bleiben muss. In diesem Sinne müssen sinnvolle Synergie-Effekte weiterhin für den Fall der Übernahme von Dienstleistungen einer Kommune für die andere z. B. bei Winterstreudiensten oder Kantinenessen für Kindergärten und Schulen nutzbar sein. Die ausschreibungsfreie Zusammenarbeit zwischen Kommunen hat nicht zuletzt der Europäische Gerichtshof in seiner jüngsten Rechtsprechung zugunsten **kommunaler Handlungsfreiheit** bestätigt. Daneben besteht dringender Nachbesserungsbedarf bei der Erteilung solcher Konzessionen an eigene kommunale Unternehmen (sogenannte In-House-Vergabe) und insbesondere an eigene Mehrspartenunternehmen (Stadtwerke). Nur so wird das bewährte kommunalwirtschaftliche Modell der Erbringung der Daseinsvorsorgeleistungen in Deutschland auch im europäischen Kontext ausreichend berücksichtigt. (DST, DLT, DStGB, VKU)

Hintergrund

Nach mehrmaliger Neuterminierung hat die Europäische Kommission am 20. Dezember 2011 einen Vorschlag für eine Konzessionsrichtlinie veröffentlicht. Mit diesem Richtlinienentwurf geht die EU-Kommission deutlich über die bisherige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zu den Regeln für die Erteilung von Konzessionen hinaus. Die geplante Richtlinie würde die Ausschreibungspflichten für Kommunen erheblich ausdehnen. Dies hätte einschneidende Auswirkungen auf die kommunalen Strukturen in Deutschland. Bereits im März 2012 hat der Bundesrat daher den Richtlinienentwurf eindeutig abgelehnt. Der Richtlinienentwurf liegt zurzeit zur Beratung in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments sowie den Arbeitsgruppen des Ministerrates. Änderungsanträge von Parlamentariern, die sowohl die komplette Ablehnung der Richtlinie vorsehen, als auch Anträge, die einen Ausnahmereich für die Wasserwirtschaft, Rettungsdienste und Kommunalkredite fordern, sind gestellt.

EU-Kommission stellt strategische Arbeitsschwerpunkte für 2013 vor

Ende Oktober stellte die EU-Kommission das Jahresprogramm für 2013 vor.

Insgesamt unterscheidet sich das 2013-Arbeitsprogramm in einigen Aspekten deutlich von seinen Vorgängern. Zum einen wurde es – nicht zuletzt aufgrund der zwischenzeitlich erlangten Routine der Barroso II-Kommission, aber auch mit Blick auf die drängenden EU-Herausforderungen – zeitlich früher als in den Vorjahren vorgelegt. Zum anderen wird, quasi im Zuge einer neuen europäischen Sachlichkeit in EU-Krisenzeiten, auf die – mitunter durchaus pathetischen – Untertitel der letzten Arbeitsprogramme verzichtet. Weniger Zurückhaltung zeigt die Kommission hingegen erwartungsgemäß bei der Interpretation dessen, inwieweit der Weg aus der Krise über ein Mehr an Europa zu verlaufen habe.

Dies schlägt sich auch in den insgesamt 58 für 2013 und das erste Halbjahr 2014 geplanten Initiativen im Bereich der „weichen“ Politikmaßnahmen – hauptsächlich rechtsunverbindliche Mitteilungen – und der „harten“ Legislativmaßnahmen – insbesondere verbindliche Verordnungen und Richtlinien – nieder, die sich auf die nachfolgenden sieben Kategorien verteilen: „Der Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“, „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit“, „Neue Netze“, „Beschäftigung durch Wachstum: Inklusion und Exzellenz“, „Optimale Nutzung europäischer Ressourcen“, „Förderung der Sicherheit in der EU“ und „Europa als globaler Akteur“. Daneben beinhaltet das 2013er-Arbeitsprogramm mit Blick auf das vor gut sieben Jahren beschlossene EU-Bürokratieabbauprogramm erneut eine Liste mit 18 zu vereinfachenden und 14 zurückzuziehenden Initiativen.

Kommunalrelevante Maßnahmen für 2013 und für die 1. Jahreshälfte 2014

Unter den elf für 2013 vorgesehenen Initiativen bergen insbesondere die folgenden Kommunalrelevanz:

- Jahreswachstumsbericht
- Beseitigung systembedingter Risiken des Schattenbankwesens
- EU-Beihilferecht: Novellierung der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung
- Initiative zur elektronischen Rechnungsstellung im öffentlichen Beschaffungswesen
- Vorschläge für eine verstärkte Förderung von Partnerschaften im Forschungs- und Innovationsbereich bzgl. „Horizont 2020“
- Bankkontoinitiative
- Verringerung der Breitbandausbau-Kosten

Aus kommunaler Perspektive v. a. für die erste Jahreshälfte 2014 bis zu den Europawahlen relevant werden dürften zudem die angedachte Modernisierung der staatlichen Beihilfen in Schlüsselsektoren, eine Kommissionsempfehlung zur Integration der Roma sowie die geplante Überprüfung der Abfallpolitik und der thematischen EU-Strategie samt der einschlägigen Rechtsvorschriften.

Das 13-seitige Arbeitsprogramm kann unter http://ec.europa.eu/atwork/pdf/cwp2013_de.pdf auf Deutsch, die dazugehörigen Maßnahmentabellen können erstmalig ebenfalls in deutscher Sprache unter http://ec.europa.eu/atwork/pdf/cwp2013_annex_de.pdf abgerufen werden. Immer noch nur auf Englisch finden sich unter http://ec.europa.eu/governance/impact/planned_ia/roadmaps_2013_en.htm die weiteren „Fahrpläne“ bzgl. einzelner Initiativen. (ebbk)

„Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger“

Das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 soll anlässlich des 20. Jahrestages der im Jahr 1993 eingeführten Unionsbürgerschaft das Bewusstsein der Unionsbürger für ihre Rechte stärken, die durch die EU-Verträge garantiert werden: das Recht auf Freizügigkeit und freien Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat, das Wahlrecht, das Recht, bei Europa- und Kommunalwahlen zu kandidieren und das Petitionsrecht beim Europäischen Parlament. Rechte, um die viele EU-Bürger gar nicht wissen. Daher soll das Europäische Jahr 2013 der Öffentlichkeit und gerade jungen Menschen zeigen, wie sie von ihren Rechten aus der Unionsbürgerschaft profitieren können.

Im Laufe des Jahres 2013 werden dazu verschiedene Veranstaltungen, darunter Anhörungen und Bildungsmaßnahmen stattfinden, welche gezielt die Themen Übersiedlung und Le-

ben in anderen EU-Ländern ins Auge fassen und Erklärungen etwa zur Anerkennung von akademischen und beruflichen Qualifikationen, zu den Passagier- und Verbraucherrechten, dem Zugang zu grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung, sozialer Sicherheit und zu Bildungsangeboten liefern. Daneben sollen für Behörden auf allen Ebenen, also auch für die regionale und lokale Ebene, Plattformen geschaffen werden, um einen Erfahrungsaustausch mit anderen öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu ermöglichen. Für Initiativen öffentlicher oder privater Organisationen auf nationaler Ebene ist eine nichtfinanzielle Unterstützung einschließlich der schriftlichen Genehmigung, das Label – sobald dieses entwickelt ist – sowie andere Materialien zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger zu verwenden, vorgesehen. Diese Organisationen müssen gegenüber der Kommission hierzu nachweisen, dass die betreffenden Initiativen



im Jahr 2013 stattfinden und voraussichtlich maßgeblich zur Erreichung der Ziele des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger beitragen.

Weiterhin sollen die „Europe-Direct“-Informationszentren als lokale Schnittstelle zwischen der EU und den Bürgern in Partnerschaft mit dem Parlament durch Sensibilisierungskampagnen die lokale Debatte über die Union anregen und die Öffentlichkeit mit Informationen versorgen. Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) will auf seiner Internetseite einen Überblick über die Projekte in den Kommunen

anbieten und hat dazu unter <http://www.rgre.de/ejbb.html> einen Rückmeldebogen eingestellt. Im Gegensatz zum Europäischen Jahr 2012 für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen, für welches auf europäischer Ebene fünf Mio. € zur Verfügung gestellt wurden, wird für das Europäische Jahr 2013 voraussichtlich nur noch ein Budget von einer Mio. € bereitgestellt werden. Der vom Parlament angenommene Text, der noch der Zustimmung des Rates bedarf, ist unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0368+0+DOC+XML+V0//DE#BKMD-21> zu finden. (ebbk)

25. Europatag des Rates der Gemeinden und Regionen Europas in Cadiz

Am 25. Europatag (General Assembly) des europäischen RGRE in Cadiz Ende September nahmen rd. 700 Delegierte aus ganz Europa teil. Die deutsche Delegation zählte mit 57 Teilnehmern zur größten Delegation.

Beim Europatag waren sowohl die EU-Kommission als auch das Europäische Parlament vertreten. Die Europäische Kommission wurde durch die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, Frau Viviane Reding sowie durch den Kommissar für Finanzplanung und Haushalt Janusz Lewandowski repräsentiert. Beide Kommissare ließen keinen Zweifel daran, dass der Ausweg aus der Krise nur mit mehr Europa zu leisten ist.

Für Frau Reding bedeutet dies die Schaffung einer Politischen Union. Der Lackmустest für mehr Gemeinsamkeit und damit für mehr Europa seien für beide die aktuellen Verhandlungen zum sog. „Mehrjährigen Finanzrahmen“ der EU, in dem für die Jahre 2014 bis 2020 die Ausgaben definiert und für jede Hauptausgabenkategorie verfügbare Höchstbeträge festgelegt werden. Beide Kommissare wollten die europäischen Kommunen als Verbündete gegen die EU-Mitgliedstaaten gewinnen.

Der 25. Europatag endete mit der Abschlusserklärung mit dem Titel „Dezentralisierung – Entwicklung – Demokratie“ (www.rgre.de/uploads/media/Abschlusserklaerung_Cadiz.pdf). (RGRE)

Landkreis Hof: Zusammenarbeit im Herzen Europas

Der Landkreis Hof, der Vogtlandkreis und der Bezirk Karlsbad haben eine Vereinbarung geschlossen, um die Zusammenarbeit zu verbessern. Zwei Studien wurden in Auftrag gegeben, die die Verbesserung der Straßenverbindungen zwischen den Städten und Dörfern auf beiden Seiten der Grenze, die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen oder einen gemeinsamen Auftritt in der Fremdenverkehrswerbung ausloten sollen.

Das Projekt soll eine sinnvolle Ergänzung zur Arbeit der Euregio Egrensis sein und auf den Feldern politisch aktiv werden, auf denen sich die eher administrative Euregio Egrensis nicht betätigen kann. Besonders wichtig ist den Projektpartnern, festzulegen, was gemeinsam getan werden kann, um auch in der neuen Förderperiode ab 2014 mit Fördergeldern der EU rechnen zu können. Ab diesem Zeitpunkt stellt die EU wesentlich höhere Ansprüche an grenzüberschreitende Maßnahmen, die gefördert werden können. (LRA Hof)

Fränkischer Karpfen und Spalter Hopfen bekommen EU-weit geschützte Gütezeichen

Nach der Bestätigung des EU-Gütesiegels „geschützte geografische Angabe (g.g.A.)“ für die „Nürnberger Rostbratwurst“ erhielten nun weitere fränkische Spezialitäten, nämlich der „Fränkische Karpfen“ und der „Spalter Hopfen“ die Eintragung in das EU-Qualitätsregister. Die regionalen Produkte unterliegen nun den Auflagen der Gütezeichen „geschützte Ursprungsbezeichnung (g.U.)“, bzw. „geschützte geografische Angabe (g.g.A.)“. So muss der „Fränkische Karpfen“ künftig auch wirklich aus Franken kommen. Bei dem Gütezeichen g.g.A. muss mindestens eine der Produktionsstufen – also Erzeugung, Verarbeitung oder Herstellung – im Herkunftsgebiet durchlaufen werden. Das beim „Spalter Hopfen“ ver-

gebene Gütezeichen g.U. setzt die Erzeugung, Verarbeitung und Herstellung eines Erzeugnisses in einem bestimmten geografischen Gebiet nach einem anerkannten und festgelegten Verfahren voraus. Durch die Herkunftsbezeichnungen bei Lebensmitteln und Agrarprodukten können diese EU-weit gegen missbräuchliche Nutzung geschützt werden. Die Liste umfasst inzwischen über 1.000 Produkte. Eine Auflistung der EU-geschützten Produktbezeichnungen aus Bayern ist unter <http://www.spezialitaetenland-bayern.de/herkunftsschutz/geschuetzte-produkte/> abrufbar. Nähere Infos zu den EU-Gütesiegeln finden sich unter http://ec.europa.eu/agriculture/quality/schemes/index_de.htm. (ebbk)

Bayerisches Wirtschaftsministerium fördert Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Europaregion Donau-Moldau

Nach der Gründung der Europaregion Donau-Moldau am 30. Juni 2012 kann die Umsetzung der Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit in der gesamten Europaregion Donau-Moldau, die sich über 7 Regionen in drei Ländern erstreckt, beginnen.

Den Startschuss für die konkrete Arbeit in Niederbayern und im Landkreis Altötting gab Ende November Bayerns Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel in Aldersbach, wo sie Landrat Ludwig Lankl als Vorsitzenden des Trägervereins Europaregion Donau-Moldau e.V. den Bescheid über eine Förderung einer Koordinierungsstelle übergab. Das Bayeri-



Staatssekretärin Katja Hessel unterstützt die Europaregion Donau-Moldau und übergibt dem Vorsitzenden des Trägervereins, Landrat Ludwig Lankl (links), den Förderbescheid für die Koordinierungsstelle.

sche Wirtschaftsministerium unterstützt den Trägerverein Europaregion Donau-Moldau bis 2015 mit knapp 150.000 Euro. „Mit dieser finanziellen Hilfe kann das Büro personell aufgestockt werden. Es befasst sich insbesondere damit, den ländlichen Raum innerhalb der Europaregion Donau-Moldau zu stärken. Damit wollen wir dazu beitragen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Österreich und Tschechien zu vertiefen, gerade in Themenfeldern, die für die Zukunft der Europaregion wichtig sind“, betonte Hessel.

Derzeit werden in der gesamten Europaregion Donau-Moldau regionale Kontaktbüros eingerichtet, so auch in Freyung für Niederbayern und den Landkreis Altötting. Aufgabe des Büros ist es, die Arbeit der bisher an der Europaregion beteiligten Verwaltungen und Institutionen operativ zu unterstützen und Experten-Arbeitsgruppen zu koordinieren.

„Den kommunalen Gebietskörperschaften in Niederbayern und im Landkreis Altötting ist es sehr wichtig, die Beziehungen zu unseren Nachbarn in Tschechien und Österreich weiter auszubauen und sich in den wichtigen Bereichen Bildung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Verkehr, Forschung, Kultur und Energie noch weiter zu vernetzen. Dies ermöglicht das Netzwerk in der Europaregion Donau-Moldau und wir sind sehr froh und dankbar, dass uns das Bayerische Wirtschaftsministerium bei der Netzwerkarbeit durch die Förderung einer Koordinierungsstelle für unseren ländlichen Raum unterstützt“, sagte der Vorsitzende Landrat Ludwig Lankl. (Trägerverein Europaregion Donau-Moldau e.V.)

Landkreis Neuburg-Schrobenhausen: Landkreis ein Prachtkerl

Der Landkreis Neuburg-Schrobenhausen hat sich in den 40 Jahren seines Bestehens prächtig entwickelt. „Wir sind ein leistungsstarker, vitaler und attraktiver Landkreis“, bilanzierte Landrat Roland Weigert beim Festakt „40 Jahre Landkreis Neuburg-Schrobenhausen“ im Landratsamt in Neuburg. Das Motto für die Veranstaltung lautete „zusammengehören - zusammen wachsen“.

Über 200 Gäste waren gekommen, um dem Landkreis zu gratulieren. Unter ihnen Regierungspräsident Christoph Hillenbrand, Landkreistags-Präsident Dr. Jakob Kreidl, die Abgeordneten Erika Görlitz und Markus Reichhart, die Landräte Martin Wolf, Pfaffenhofen, Christian Knauer, Aichach-Friedberg, und Thomas Fügmann, Saale-Orla, Ingolstadts Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann sowie zahlreiche Kreisräte und Bürgermeister aus Neuburg-Schrobenhausen.

Zunächst nahm Altlandrat Dr. Richard Keßler in seiner Festrede alle Anwesenden mit in die Zeit der Landkreis-Entstehung. „Es war die aufgeregteste, aber auch aufregendste Zeit in meinen 40 Jahren als Abgeordneter und Landrat“, erin-

nerte er sich an die Jahre 1971 und 1972. Damals kämpfte Keßler engagiert für die sogenannte „Dreierlösung“, deren Umsetzung schließlich in die Geburt der Landkreise Neu-



V. l.: Ingolstadts OB Dr. Alfred Lehmann, Neuburgs OB Dr. Bernhard Gmebling, Landrat Roland Weigert, Stellvertreter Alois Rauscher, Regierungspräsident Christoph Hillenbrand, Landkreistagspräsident Dr. Jakob Kreidl sowie die Landräte Christian Knauer, Aichach-Friedberg, und Martin Wolf, Pfaffenhofen

burg-Schrobenhausen, Eichstätt und Pfaffenhofen mündete. Auch wenn es damals keine Liebesheirat gewesen sei zwischen der Ottheinrich- und der Lenbachstadt, habe sich der Zusammenschluss über die Jahre hin zu einer passablen Vernunft Ehe entwickelt, sagte der Altlandrat. Das Ergebnis der „geduldrigen Vermittlung und Aussöhnungsarbeit“ sei ein Landkreis, der sich nach vier Jahrzehnten in guter Verfassung befinde.

Landrat Roland Weigert knüpfte an die Schlussworte seines Vorgängers an und betonte: „Der Landkreis ist wirtschaftlich stark, sozial stabil und ökologisch vorbildlich.“ Von Midlife-Crisis ab 40 könne nicht die Rede sein. Der Wachstumskurs lässt sich auch an der Bevölkerungszahl ablesen, die seit der Gebietsreform um 26 Prozent von ehemals 73.000 auf 92.000 Einwohner angestiegen ist. Landrat Weigert wertete das als klares Zeichen: „Wir sind ein Gewinner der damaligen Reform. Die Menschen identifizieren sich mit Neuburg-Schrobenhausen und alle gemeinsam wollen wir weiter wachsen.“ Man könne aus einer Position der Stärke in die Zukunft gehen, bekräftigte der Landrat und verwies auf das jüngste Ranking der Zeitschrift Focus Money, in dem Neuburg-Schrobenhausen mit Rang 10 unter mehr als 400 deutschen Landkreisen ein Spitzenresultat vorweisen kann. Landrat Weigert bedankte sich bei allen Kreisräten und seinen Vorgängern Dr. Walter Asam und Dr. Richard Keßler. „Sie haben das Fundament für den Aufstieg von Neuburg-Schrobenhausen gelegt.“

Die Glückwünsche der bayerischen Landräte überbrachte Dr. Jakob Kreidl, Landrat von Miesbach und Präsident des Bayerischen Landkreistags. Neuburg-Schrobenhausen sei nach einer Zangengeburt heute ein Prachtkehl. Die wirtschaftliche Entwicklung „ist einzigartig gut“. Regierungspräsident Christoph Hillenbrand schloss sich dem Lob an und verlieh dem

Landkreis das Prädikat „Hidden Champion“: „Wir haben hier eine Modellregion mit Spitzenkennzahlen. Die Arbeitslosenquote ist sensationell gering.“

In den Reigen der Gratulanten reihten sich u. a. auch Landrat Thomas Fügmann aus dem Partner-Landkreis Saale-Orla ein. Er blickte zurück auf „22 Jahre freundschaftliche Zusammenarbeit“. Die Partnerschaft habe die Bürger auf allen Ebenen zusammengeführt.

Landrat Roland Weigert würdigte im Rahmen des Festaktes auch das Engagement der Kreispolitiker, deren gute und nachhaltige Entscheidungen die positive Entwicklung in vier Jahrzehnten bestimmt hätten. (LRA Neuburg-Schrobenhausen)



Überbrachte die Glückwünsche der bayerischen Landräte: der Präsident des Bayerischen Landkreistags Dr. Jakob Kreidl

Landkreis Cham: Erfolgreiche Präsentation in Berlin – Tradinno und Roding Roadster auf dem Berliner Alexanderplatz

Dem Landkreis Cham gelang es, sich in der Bundeshauptstadt als innovative und wirtschaftliche starke Region mit großem Erfolg zu präsentieren.

Landrat Franz Löffler stellte im Beisein zahlreicher Ehrengäste aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft im Festzelt auf dem Alexanderplatz fest, dass sich der Landkreis Cham von einer landwirtschaftlichen Region zu einem Aufsteigerlandkreis der Innovationen entwickelt hat. „Wir sind stolz darauf, dass wir in unserem Landkreis so viele innovative Unternehmen haben, die nicht nur höchst anspruchsvolle Bauteile und Maschinen für den Weltmarkt fertigen, sondern auch mutig genug sind, sich an außergewöhnliche technische Herausforderungen zu wagen“, sagte Franz Löffler.

MdB Karl Holmeier betonte, dass der Landkreis Cham neben einer wunderschönen Landschaft noch viel mehr zu bieten habe. Dies zeige die Präsentation des Landkreises in Berlin deutlich. Auch Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer

und Dr. Gregor Gysi zeigten sich begeistert von der Innovationskraft des Landkreises Cham.

Aufsehen erregten die Chamer natürlich mit dem Drachen und dem Roding Roadster, aber auch mit traditionellem bayerischen Brauchtum wie den Lohberger Schuhplattlern, den Lamer Rahnächten, dem Further Grenzfähnlein und den Klosterbergmusikanten. (LRA Cham)



Erregte Aufsehen in Berlin: Chamer Drache

Landkreis Cham: Für besondere Verdienste um die Gemeinde – Bürger- und Verdienstmedaillen des Landkreises Cham und seiner Gemeinden

Der Landkreis Cham präsentierte in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Gemeindetag bis Mitte Dezember 2012 die Ausstellung „Für besondere Verdienste um die Gemeinde – Bürger- und Verdienstmedaillen des Landkreises Cham und seiner Gemeinden“.

Gezeigt wurden in der Ausstellung vier Kreishenrezeichen des Landkreises Cham und des Altlandkreises Roding sowie rund 50 gemeindliche Bürger- und Verdienstmedaillen, in der Regel mit Vorder- und Rückseite. Die Größen variieren im Durchmesser von 30 mm bis 100 mm, im Gewicht von 10 g bis mehr als 300 g und in den Metallarten Feingold, Feinsilber, Bronze oder Legierungen. Die Medaillen zeigen auf der Vorderseite das Wappen und den Namen der Kommune. Die Rückseiten sind individuell gestaltet, es überwiegen mehrzeilige Schriften im Lorbeer- oder Eichenkranz. Es finden sich dort aber auch interessante Ortsansichten oder die Abbildung einer Traditionsveranstaltung. Mehrere Ehrenzeichen werden durch eine Miniatur zum Anheften an der Kleidung erweitert.

Verliehen werden die Medaillen mehrheitlich aufgrund einer Satzung durch die jeweiligen kommunalen Gremien. Diese Rechtsnorm regelt u. a. neben dem Aussehen der jeweiligen Medaille und der evtl. Einteilung in verschiedene Stufen auch die Antragsberechtigung, die Begrenzung der Zahl lebender Träger, Eintrag ins „Goldene Buch“, Einladung der Träger als Ehrengast zu festlichen Anlässen der Gemeinde, Eigentumsverhältnisse an der Medaille beim Ableben des Geehrten sowie die Teilnahme eines Gemeindevertreters an den Beisetzungsfestlichkeiten.

Auf dem Gebiet des jetzigen Landkreises Cham wurde das erste Kreishenrezeichen durch den Altlandkreis Roding mit Satzung vom 01.11.1959 und die erste gemeindliche Bürgermedaille durch die Stadt Rötzt mit Satzung vom 07.10.1969 verliehen.

Landrat Franz Löffler betonte bei der Ausstellungseröffnung: „Die hier gezeigten Bürger- und Verdienstmedaillen sind im besten Sinne Ausdruck kommunaler Selbstverwaltung und stehen für ein gemeindliches Selbstbewusstsein.“ (*LRA Cham*)



Stolz präsentierten Landrat Franz Löffler (Fünfter v. links), Organisator Verw.-Amtsrat Reinhold Bucher (Vierter von links), beide Landratsamt Cham, Bürgermeister Hugo Bauer, Vorsitzender des Bayerischen Gemeindetags - Kreisverband Cham, Sparkassenvorstand Franz Wittmann (Achter von links) im Beisein von Medaillenträgern, Bürgermeistern und Kreisräten die wertvollen Ausstellungsstücke aus dem Landkreis Cham. (Bildquelle: Chamer Zeitung)

Landkreis Hof: Kooperationsabkommen mit Korea

Das Deutsch-Deutsche Museum Mödlareuth und das südkoreanische Museum „Demilitarisierte Zone“ (DMZ) haben ein Kooperationsabkommen geschlossen. Die beiden Museen wollen gemeinsame Ideen und Projekte entwickeln. Das Museum „Demilitarisierte Zone“ (DMZ) beschäftigt sich mit der Teilung Koreas. Es ist das einzige Museum dieser Art in Südkorea. Die südkoreanische Provinz Gangwon grenzt direkt an das kommunistische Nordkorea. Das DMZ - Museum der Republik Korea mit dem Ziel der Wiedervereinigung – wurde

2009 eröffnet. Die Kooperation mit dem Deutsch-Deutschen Museum in Mödlareuth soll Beitrag zu einer friedlichen Wiedervereinigung Koreas sein. Gemeinsame Forschung, Symposien, der Austausch von Exponaten und historischen Funden sowie ein Austausch von Mitarbeitern sind geplant. Die Erfahrungen der Wiedervereinigung Deutschlands, speziell im Landkreis Hof, sollen in Korea als Wegweiser für das eigene Land genutzt werden. (*LRA Hof*)

Ausstellung „Landkreis Bayreuth – Vielfalt, Visionen, neue Energien und fränkische Traditionen“ beim Bayerischen Landkreistag

Anfang Oktober eröffneten der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Dr. Jakob Kreidl, Umweltstaatssekretärin Melanie Huml, MdL, und der Bayreuther Landrat Hermann Hübner, im Haus der bayerischen Landkreise die Ausstellung „Landkreis Bayreuth – Vielfalt, Visionen, neue Energien und fränkische Traditionen“.

Der oberfränkische Landkreis Bayreuth vereint Mittelpunkt-lage, lange Industrietradition und landschaftlich herausragende Naturräume. Als Wirtschaftsstandort mit langer Erfahrung in der Produktion bietet er eine hervorragende wirtschaftsnah Infrastruktur – Universität, hochkarätige Forschung – und Technologietransfereinrichtungen, Netzwerke, umfassende Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die wiederum optimal in ein leistungsfähiges Netz von Autobahnen und Schienenverkehr eingebunden sind – und das im Mittelpunkt eines immer stärker zusammenwachsenden Mitteleuropas.

Mit dem Fichtelgebirge und der Fränkischen Schweiz ist der Landkreis Bayreuth eine der führenden oberfränkischen Tourismusregionen, die sich in Zukunft das Spektrum des aktiven Freizeitsportlers noch mehr als bisher erschließen will. Auch die Landwirtschaft hat hier noch erhebliche Bedeutung – und das nicht nur für die Erhaltung der Kulturlandschaft des Bayreuther Raumes. Vor allem nachwachsende Rohstoffe, regionale Produktvermarktung und ökologische Landwirtschaft bieten aussichtsreiche Marktpotenziale für die Zukunft. Strom aus erneuerbaren Energien war im Landkreis Bayreuth schon vor der Energiewende angesagt und wird weiterhin gefördert.

Die Imageausstellung im Haus der bayerischen Landkreise stellt den Landkreis Bayreuth daher unter fünf Gesichtspunkten vor:

- Kunst und Kultur: moderne Kunst in gelungener Symbiose mit Naturlandschaft

- Wirtschaft: „Hidden Champions“ – innovative Landkreiser-Unternehmen positionieren sich am Weltmarkt durch Nischenstrategien.
- Energiewandel: hin zu mehr regionaler Energieautonomie
- Erlebnisberg Ochsenkopf: neue Tourismuskonzeption mit Schwerpunkt auf junge, sportlich aktive Zielgruppen
- Bier: Gemeinde Aufseß mit der höchsten Brauereidichte der Welt als hohes touristisches Potenzial mit Brauereiwanderweg

Die Ausstellung ist im Haus der bayerischen Landkreise (Kardinal-Döpfner-Str. 8, 80333 München) bis Ende März 2013 (Montag bis Donnerstag 8 – 16 Uhr, Freitag 8 – 12 Uhr) zu besichtigen.



Gastgeber und Gäste bei der Ausstellungseröffnung „Landkreis Bayreuth – Vielfalt, Visionen, neue Energien und fränkische Traditionen“ im Haus der bayerischen Landkreise (v. l. n. r.): der Bayreuther Landrat Hermann Hübner, Gesundheitsstaatssekretärin Melanie Huml, Präsident Dr. Jakob Kreidl, Vizepräsident des Landtags Peter Meyer und Fraktionsvorsitzender Thomas Hacker.

Präsident Dr. Jakob Kreidl feierte 60. Geburtstag

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Dr. Jakob Kreidl, Miesbach, hat am 16. August 2012 seinen 60. Geburtstag gefeiert. Als Ehrung für den herausragenden Kommunalpolitiker hat der Bayerische Landkreistag, vertreten durch den Ersten Vizepräsidenten, Landrat Roland Schwing, eine Feier mit den bayerischen Landräten, Vertretern der Staatsverwaltung und Abgeordneten ausgerichtet. Erster Vizepräsident Roland Schwing, Miltenberg, der Präsident des Deutschen Landkreistags Hans Jörg Duppré, Südwestpfalz, und der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann haben Grußworte gesprochen.

Seit 1984 ist Dr. Jakob Kreidl politisch engagiert und in allen kommunalen Ebenen – Gemeinderat, Erster Bürgermeister,

Mitglied des Kreistags Miesbach, stellvertretender Landrat vertreten gewesen. Von 1994 bis 2008 war er Mitglied des Bayerischen Landtags; von 2003 bis 2008 hatte Dr. Kreidl den Vorsitz des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit inne. Seit seiner Wahl 2008 zum Landrat des Landkreises Miesbach ist er Mitglied des Präsidiums des Bayerischen Landkreistags und seit 2010 Präsident des Bayerischen Landkreistags. Er ist ein Berufspolitiker, im besten Sinne des Wortes, ein unermüdlicher Macher, der mit Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß das politische Handwerk ausübt.

Hauptschwerpunkt seiner Arbeit als Präsident des Bayerischen Landkreistags ist die nachhaltige Entwicklung des ländlichen

Raums; aktuelle Themen in diesem Bereich sind vor allem die Neugestaltung des Landesentwicklungsprogramms und das landesweite Förderprogramm für den Breitbandausbau. Beim Finanzausgleichsgespräch für das Jahr 2013 hat er maßgeblich dazu beigetragen, dass zugunsten der bayerischen Kommunen ein neues Rekordergebnis erzielt wurde: Der Finanzausgleich stieg um 457 Mio. € auf 7.713,9 Mio. € (+ 6,3 %). Ferner ist es ihm gelungen, einen Einstieg in die Reform des kommunalen Finanzausgleichs zu finden. Schließlich tritt Präsident Dr. Jakob Kreidl nachhaltig für die Energiewende unter maßgeblicher Beteiligung der Landkreise ein.

Gratulierten dem Jubilar Dr. Jakob Kreidl (2. v. l.): 1. Vizepräsident Landrat Roland Schwing, Innenminister Joachim Herrmann und der Präsident des Deutschen Landkreistages Landrat Hans Jörg Duppré (v. l. n. r.).



Wechsel beim Bayerischen Landkreistag

Am 1. Januar 2013 wechselte die Geschäftsführung des Bayerischen Landkreistags.

Neues Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags ist der 56-jährige Dr. Johann Keller, der zuvor als Referent für Kommunalverfassungsrecht und Kommunalfinanzen beim Bayerischen Gemeindetag tätig war. Dr. Keller trat in der Geschäftsführung des Bayerischen Landkreistags die Nachfolge von Johannes Reile an, der zum Jahresende 2012 in den Ruhestand eintrat.

Bevor Johannes Reile am 1. April 2003 Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags wurde, war er ab Mai 2001 Regierungsvizepräsident von Schwaben. Seine ersten Dienstjahre verbrachte er bei der Regierung von Oberbayern und im Bayerischen Staatsministerium des Innern. Von 1982 bis 1985 war er im Landratsamt Dachau, dann bis 1988 wieder in der Regierung von Oberbayern tätig. Von

1988 bis 2001 wirkte Johannes Reile, zuletzt als Ministerialrat, wieder im Bayerischen Staatsministerium des Innern.

Dr. Keller war zunächst von 1979 bis 1983 als Beamter des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes bei der Regierung von Oberbayern und beim Landratsamt Dachau beschäftigt. In dieser Zeit absolvierte er ein berufsbegleitendes Jurastudium, nach dessen Abschluss er Richter auf Probe am Verwaltungsgericht München war. Vor seinem Wechsel zum Bayerischen Gemeindetag war Dr. Keller von Juli 1988 bis November 1990 in der Kommunalabteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern als Referent für Kommunalverfassungsrecht und Kommunales Wahlrecht tätig.

Der Wechsel der Geschäftsführung des Bayerischen Landkreistags wurde am 23. Januar 2013 mit einem Festakt im Bayerischen Landtag begangen.

Landtagspräsidentin Barbara Stamm zeichnet Altlandrat Leutner mit der Verfassungsmedaille aus

Landtagspräsidentin Barbara Stamm hat Altlandrat Reinhard Leutner mit der Verfassungsmedaille in Silber ausgezeichnet. Im Beisein von Landrat Christian Meißner, dem Stellvertreter des Landrats Helmut Fischer und Frau Renate Leutner hat Landtagspräsidentin Barbara Stamm in einer sehr persönlichen Feierstunde Altlandrat Leutner geehrt. „Ich will jetzt gar nicht alle Deine Verdienste aufzählen, sondern lediglich betonen, dass Du ein Volksvertreter warst, der sich immer als Anwalt der gesellschaftlichen Interessen verstanden hat und

nicht als Vertreter einer speziellen Klientel. Damit ist auch schon das wichtigste Kriterium erwähnt, das bei der Verleihung der Verfassungsmedaille eine Rolle spielt: Sie wird an Personen vergeben, die sich in besonderer Weise um die Bayerische Verfassung verdient gemacht haben. Und unsere Verfassung will einen Staat, der dem Gemeinwohl dient. Du, lieber Reinhard, hast Deine großen Fähigkeiten immer genutzt, um an den Zielen zu arbeiten, die nach Deiner Meinung für die Allgemeinheit die wichtigsten und lohnendsten



waren. Mich persönlich hat aber noch etwas Anderes ganz besonders für Dich eingenommen: Mit Dir konnte man über alles reden. Das beinhaltete natürlich genauso die Möglichkeit, dass Du anderer Meinung warst - was Du dann ebenso freundlich wie deutlich zum Ausdruck gebracht hast. In jedem Fall aber konnte man sich bei Dir immer darauf verlassen, dass Wort und Tat zu 100 Prozent übereinstimmten. Daher wüsste ich niemanden, der diese Medaille mehr verdient hätte als Du - und ich wüsste niemanden, dem ich dazu lieber gratulieren würde. Also sage ich Dir jetzt einen ganz herzlichen Glückwunsch zu dieser verdienten Auszeichnung und zu Deinem großen Jubiläum vom vergangenen Wochenende - vielen Dank für Deine großen Leistungen und alle guten Wünsche für die Zukunft“, würdigt Landtagspräsidentin Barbara Stamm den Menschen Reinhard Leutner und sein verdienstvolles Wirken für den Landkreis Lichtenfels. *(LRA Lichtenfels)*



Verfassungsmedaille:

Die Auszeichnung wurde am 1. Dezember 1961 vom damaligen Landtagspräsidenten Rudolf Hanauer gestiftet. Sie gehört zu den staatlichen Auszeichnungen, die im Freistaat Bayern am seltensten – also noch seltener als der Bayerische Verdienstorden – verliehen werden.

Per Gesetz ist die Auszeichnung 2011 in den Rang eines Ordens gehoben worden. Bislang stand die Bayerische Verfassungsmedaille ordensrechtlich unterhalb des Bayerischen Verdienstordens, dem Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst, der Bayerischen Rettungsmedaille oder dem Ehrenzeichen des Ministerpräsidenten für Verdienste im Ehrenamt. Nach Auffassung des Parlaments entsprach dies nicht der hohen Bedeutung der Bayerischen Verfassungsmedaille, die vom Landtag als Volksvertretung und oberstem Staatsorgan verliehen wird. Künftig wird zur Verfassungsmedaille eine Miniatur mit Anstecknadel verliehen.

Die Medaille trägt auf der Vorderseite das Große Bayerische Staatswappen, auf der Rückseite die Inschrift „Bayerische Verfassung“ mit den Jahreszahlen 1818, 1919, 1946.

Die Verfassungsmedaille in Silber wird an Persönlichkeiten verliehen, die sich „besonders“ um die Verfassung des Freistaates Bayern verdient gemacht haben.

Die Verfassungsmedaille in Gold erhielten bisher bis einschließlich 2011 insgesamt 322 Persönlichkeiten, die in Silber 885 Persönlichkeiten.



Landrat Rudolf Handwerker hat am 10. Oktober 2012 den Bayerischen Verdienstorden erhalten. Rudolf Handwerker ist seit 1990 Landrat des Landkreises Haßberge. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. mit im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Kulturfragen und im Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen. Darüber hinaus vertritt er den Bayerischen Landkreistag im Hauptausschuss des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands und im Hauptausschuss der Bayerischen Krankenhausgesellschaft. Er ist Stellvertreter des Bayerischen Landkreistags im Rat der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege und im Krankenhausplanungsausschuss. Er ist zudem Träger des Verdienstkreuzes am Bande.



Landrat Thomas Karmasin feierte am 28. November 2012 den 50. Geburtstag. Thomas Karmasin ist seit 1996 Landrat des Landkreises Fürstentumbruck. Landrat Karmasin ist als Vorsitzender des Bezirksverbands Oberbayern Mitglied im Präsidium des Bayerischen Landkreistags. Er ist Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Kulturfragen. Darüber hinaus vertritt er den Bayerischen Landkreistag im Verfassungs- und Europaausschuss des Deutschen Landkreistags. Er ist Stellvertreter im Kulturausschuss des Deutschen Landkreistags und Stellvertreter im Hauptausschuss der Bayerischen Krankenhausgesellschaft.



Landrat Simon Wittmann feierte am 14. Dezember 2012 den 65. Geburtstag. Simon Wittmann ist seit 1996 Landrat des Landkreises Neustadt a. d. Waldnaab. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. als Vorsitzender des Bezirksverbands der Oberpfalz im Präsidium mit. Er vertritt den Bayerischen Landkreistag im Vorstand der Kommunalen Unfallversicherung Bayern, im Verwaltungsrat des Bayerischen Versorgungsverbands und in der Hauptversammlung der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern. Von 1990 bis 1996 war er Abgeordneter des Deutschen Bundestags. Er ist Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande, des Bayerischen Verdienstordens, der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber und der Verfassungsmedaille in Silber.



Landrat Josef Eppeneder feierte am 16. Dezember 2012 den 65. Geburtstag. Josef Eppeneder ist seit 2002 Landrat des Landkreises Landshut. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. im Ausschuss für Finanz- und Sparkassenfragen mit. Er vertritt den Bayerischen Landkreistag im Hauptausschuss der Bayerischen Krankenhausgesellschaft und ist Stellvertreter im Verwaltungsrat der Versicherungskammer Bayern und in der Hauptversammlung der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern. Von 1990 bis 2002 war Josef Eppeneder Mitglied des Bayerischen Landtags. Er ist Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande.



Landrat Gerhard Wägemann feiert am 2. Februar 2013 den 60. Geburtstag. Gerhard Wägemann ist seit 2011 Landrat des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. mit im Ausschuss für Wirtschafts- und Verkehrsfragen und im Ausschuss für Gesundheits- und Sozialfragen. Er vertritt den Bayerischen Landkreistag in der Mitgliederversammlung der Europäischen Bewegung Bayern und im Beirat Deutscher Wasserstraßen- und Schifffahrtsverein Rhein-Main-Donau. Gerhard Wägemann war von 2003 bis 2011 Mitglied des Bayerischen Landtags.



Landrat Dr. Günther Denzler feiert am 26. Februar 2013 den 65. Geburtstag. Dr. Günther Denzler ist seit 1996 Landrat des Landkreises Bamberg. Im Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. mit im Landesausschuss und im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Kulturfragen. Er vertritt den Bayerischen Landkreistag im Vorstand des Bayerischen Volkshochschulverbands und ist Stellvertreter in der Hauptversammlung der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern. Seit 2003 ist er Bezirkstagspräsident von Oberfranken.



Landrat Armin Kroder feiert am 6. März 2013 den 40. Geburtstag. Armin Kroder ist seit 2008 Landrat des Landkreises Nürnberger Land. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. mit im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Kulturfragen. Er vertritt den Bayerischen Landkreistag im Verwaltungsrat der Zusatzversorgungskasse der Bayerischen Gemeinden und in der Hauptversammlung der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern. Zudem ist er Stellvertreter im Rat der Stiftung „Bildungspakt Bayern“.



Landrat Eberhard Nuß feiert am 25. März 2013 den 60. Geburtstag. Eberhard Nuß ist seit 2008 Landrat des Landkreises Würzburg. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. im Ausschuss für Gesundheits- und Sozialfragen mit. Er vertritt den Bayerischen Landkreistag im Hauptausschuss des Kommunalen Arbeitgeberverbands Bayern.

Soweit bei Redaktionsschluss bekannt, feiern folgende Kreisrätinnen und Kreisräte im November, Dezember 2012 und im Januar, Februar und März 2013 runde Geburtstage:

Oberbayern

November

Kreisrat Ludwig Krispenz aus Dachau im gleichnamigen Landkreis wurde am 18.11.2012 60 Jahre alt.

Das 65. Lebensjahr vollendete Kreisrat Günther Kuhn aus Erding im gleichnamigen Landkreis am 26.11.2012.

Am 1.11.2012 vollendete Kreisrat Hubert Ficker aus Landsberied im Landkreis Fürstenfeldbruck das 60. Lebensjahr.

Kreisrat Walter Echter aus Garmisch-Partenkirchen im gleichnamigen Landkreis wurde am 30.11.2012 60 Jahre alt.

Den 50. Geburtstag feierte Kreisrat Thomas Bertl aus Wildsteig, Landkreis Weilheim-Schongau, am 17.11.2012.

Dezember

Kreisrat und Bürgermeister Helmut Forster aus Wolfratshausen, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, wurde am 2.12.2012 65 Jahre alt.

Am 7.12.2012 vollendete Kreisrätin Marianne Klaffki aus Hebertshausen im Landkreis Dachau das 50. Lebensjahr.

Im Landkreis Dachau wurde Kreisrat Gerhard Hainzinger aus Sulzemoos am 4.12.2012 60 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feierte Kreisrat Georg Reitsberger aus Vaterstetten im Landkreis Ebersberg am 14.12.2012.

Kreisrat Ägidius Nunner aus Kösching, Landkreis Eichstätt, vollendete am 4.12.2012 das 70. Lebensjahr.

Am 23.12.2012 wurde Kreisrat Anton Sterr aus Waldkraiburg im Landkreis Mühldorf a. Inn 60 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendete Kreisrätin Christa Schmidbauer aus Mühldorf a. Inn im gleichnamigen Landkreis am 23.12.2012.

Kreisrat Heinrich Schmalbach aus Ehekirchen im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen feierte am 19.12.2012 den 70. Geburtstag.

Im Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm wurde Kreisrat Roland Dörfler aus Pfaffenhofen am 25.12.2012 60 Jahre alt.

Den 50. Geburtstag feierte Kreisrat und Erster Bürgermeister Peter Kloos aus Kolbermoor im Landkreis Rosenheim am 7.12.2012.

Das 60. Lebensjahr vollendete Kreisrat Hans Wembacher aus Waging am See, Landkreis Traunstein, am 16.12.2012.

Kreisrat Herbert Kratschmar aus Peißenberg im Landkreis Weilheim-Schongau wurde am 13.12.2012 60 Jahre alt.

Januar

Im Landkreis Altötting vollendet Kreisrat Manfred Zallinger aus Neuötting am 23.1.2013 das 50. Lebensjahr.

Den 70. Geburtstag feiert Kreisrat Dr. Roderich Zauscher aus Odelzhausen, Landkreis Dachau, am 14.1.2013.

Am 22.1.2013 wird Kreisrat Ludwig Wittmann aus Lenting im Landkreis Eichstätt 65 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Eichstätt vollendet Kreisrätin und Bürgermeisterin Brigitta Frauenknecht aus Beilngries am 26.1.2013 das 60. Lebensjahr.

Kreisrat Selahattin Sen aus Neufahrn, Landkreis Freising, feiert am 1.1.2013 den 60. Geburtstag.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat und Bürgermeister Klaus Stallmeister aus Hallbergmoos, Landkreis Freising, am 13.1.2013.

Im Landkreis Fürstenfeldbruck wird Kreisrat Roland Müller aus Maisach am 1.1.2013 65 Jahre alt.

Kreisrat Rainer Christl aus Reichling im Landkreis Landsberg a. Lech feiert am 17.1.2013 den 50. Geburtstag.

Ebenfalls im Landkreis Landsberg a. Lech vollendet Kreisrat Josef Weiß aus Geltendorf am 30.1.2013 das 60. Lebensjahr.

Am 29.1.2013 wird Kreisrat Franz Hafner aus Rottach-Egern, Landkreis Miesbach, 60 Jahre alt.

Den 50. Geburtstag feiert Kreisrat Dr. Georg Gafus aus Mühldorf a. Inn im gleichnamigen Landkreis am 5.1.2013.

Im Landkreis München wird Kreisrätin Ulrike Beck am 28.1.2013 65 Jahre alt.

Februar

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Annelies Wiedenbauer-Schmidt im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen am 3.2.2013.

Kreisrat Martin Esterl aus Aßling im Landkreis Ebersberg wird am 5.2.2013 65 Jahre alt.

Im Landkreis Ebersberg feiert Kreisrätin Dr. Angelika Niebler, MdEP, aus Vaterstetten am 18.2.2013 den 50. Geburtstag.

Am 7.2.2013 wird Kreisrat Johann Bauernfeind aus Titting, Landkreis Eichstätt, 65 Jahre alt.

Kreisrätin Johanna Bittl aus Dollnstein im Landkreis Eichstätt vollendet am 24.2.2013 das 75. Lebensjahr.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrat und Bürgermeister Josef Drexler aus Kottgeisering im Landkreis Fürstenfeldbruck am 22.2.2013.



Am 6.2.2013 wird Kreisrat Klaus Quinten aus Fürstenfeldbruck im gleichnamigen Landkreis 65 Jahre alt.

Im Landkreis Miesbach vollendet Kreisrat Hubert Lacroust aus Hausham am 1.2.2013 das 60. Lebensjahr.

Kreisrat Dr. Helmut Eikam aus Schrobenhausen, Landkreis Neuburg-Schrobenhausen, wird am 24.2.2013 70 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrätin Brigitte Axthammer aus Pfaffenhofen im Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm am 26.2.2013.

Im Landkreis Rosenheim wird Kreisrat und Erster Bürgermeister Felix Schwaller aus Bad Aibling am 4.2.2013 60 Jahre alt.

Am 26.2.2013 vollendet Kreisrat Helmut Wagner aus Starnberg-Hadorf, Landkreis Starnberg, das 70. Lebensjahr.

Ebenfalls im Landkreis Starnberg feiert Kreisrätin Barbara Wanzke aus Inning am 15.2.2013 den 60. Geburtstag.

Kreisrat Sebastian Röckenwagner aus Fridolfing im Landkreis Traunstein wird am 12.2.2013 70 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Regina Bartusch aus Penzberg, Landkreis Weilheim-Schongau, am 24.2.2013.

März

Im Landkreis Altötting wird Kreisrat Bernhard Voderhuber aus Burgkirchen a. d. Alz am 29.3.2013 50 Jahre alt.

Kreisrat Rudolf Schaupt aus Berchtesgaden, Landkreis Berchtesgadener Land, vollendet am 31.3.2013 das 65. Lebensjahr.

Am 1.3.2013 feiert Kreisrat Hermann Well aus Altomünster im Landkreis Dachau den 70. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Peter Bürgel aus Dachau im gleichnamigen Landkreis am 22.3.2013.

Kreisrat Simon Ossenstetter aus Frauenneuharting, Landkreis Ebersberg, wird am 11.3.2013 60 Jahre alt.

Den 50. Geburtstag feiert Kreisrat Rainer Mehringer aus Erding im gleichnamigen Landkreis am 5.3.2013.

Ebenfalls im Landkreis Erding vollendet Kreisrat und Altbürgermeister Josef Sterr aus Dorfen am 5.3.2013 das 65. Lebensjahr.

Im Landkreis Landsberg a. Lech wird Kreisrat Franz Maisterl aus Weil am 30.3.2013 60 Jahre alt.

Kreisrat Max Kraus im Landkreis München feiert am 31.3.2013 den 50. Geburtstag.

Am 27.3.2013 wird Kreisrat Alfred Hornung aus Neuburg a.d. Donau, Landkreis Neuburg-Schrobenhausen, 60 Jahre alt.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrat Peter Märkl aus Karlshuld im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen am 23.3.2013.

Ebenfalls im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen wird Kreisrat Horst Rössler aus Aresing am 16.3.2013 70 Jahre alt.

Kreisrat Josef Alter aus Geisenfeld, Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm, vollendet am 19.3.2013 das 70. Lebensjahr.

Am 1.3.2013 wird Kreisrat Robert Brack aus Herrsching im Landkreis Starnberg 50 Jahre alt.

Kreisrat Sepp Hohlweger aus Ruhpolding im Landkreis Traunstein feiert am 14.3.2013 den 50. Geburtstag.

Niederbayern

November

Kreisrat und Bürgermeister a. D. Horst Eckl aus Osterhofen im Landkreis Deggendorf wurde am 5.11.2012 75 Jahre alt.

Am 16.11.2012 vollendete Kreisrat Karl Edenhofner aus Röhrnbach, Landkreis Freyung-Grafenau, das 75. Lebensjahr.

Den 65. Geburtstag feierte Kreisrat Willi Urmann aus Hauzenberg im Landkreis Passau am 28.11.2012.

Das 50. Lebensjahr vollendete Kreisrat Hermann Keilhofer aus Regen im gleichnamigen Landkreis am 19.11.2012.

Dezember

Kreisrat und Bürgermeister Erhard Radlmaier aus Metten, Landkreis Deggendorf, wurde am 7.12.2012 60 Jahre alt.

Am 3.12.2012 vollendete Kreisrat und Erster Bürgermeister Matthäus Faltermeier aus Elsendorf im Landkreis Kelheim das 65. Lebensjahr.

Im Landkreis Passau feierte Kreisrat Ludwig Prügl aus Obernzell am 25.12.2012 den 50. Geburtstag.

Kreisrätin Gerlinde Kaupa aus Pocking im Landkreis Passau wurde am 27.12.2012 60 Jahre alt.

Januar

Kreisrat Wolfgang Kunz aus Grafenau im Landkreis Freyung-Grafenau vollendet am 23.1.2013 das 50. Lebensjahr.

Am 15.1.2013 feiert Kreisrat Karl Zettl aus Neustadt/Donau, Landkreis Kelheim, den 70. Geburtstag.

Im Landkreis Passau wird Kreisrat Fritz Pflugbeil aus Haarbach am 7.1.2013 65 Jahre alt.

Das 75. Lebensjahr vollendet Kreisrat Max Brandl aus Büchlberg im Landkreis Passau am 24.1.2013.

Kreisrat Johann Schimpfhauser aus Malgersdorf, Landkreis Rottal-Inn, wird am 22.1.2013 65 Jahre alt.

Im Landkreis Straubing-Bogen feiert Kreisrätin Christa Heisinger aus Steinach am 26.1.2013 den 70. Geburtstag.

Februar

Kreisrat Roman Fischer aus Plattling im Landkreis Deggendorf wird am 15.2.2013 50 Jahre alt.

Am 11.2.2013 vollendet Kreisrätin Helga Weinberger aus Schöfweg, Landkreis Freyung-Grafenau, das 60. Lebensjahr.



Ebenfalls im Landkreis Freyung-Grafenau wird Kreisrat Josef Hermann aus Waldkirchen am 17.2.2013 60 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrätin Renate Ruhland aus Freyung, Landkreis Freyung-Grafenau, am 22.2.2013.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat Max Schwarz aus Waldkirchen im Landkreis Freyung-Grafenau am 29.2.2013.

Kreisrat Hans Steiner aus Abensberg, Landkreis Kelheim, wird am 8.2.2013 70 Jahre alt.

Am 6.2.2013 feiert Kreisrätin Renate Zitzelsberger aus Altdorf im Landkreis Landshut den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Passau wird Kreisrat Konrad Kobler aus Rudering am 28.2.2013 70 Jahre alt.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrätin Christine Kreuzer aus Zwiesel, Landkreis Regen, am 23.2.2013.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Karl Huber aus Geiselhöring im Landkreis Straubing-Bogen am 25.2.2013.

Ebenfalls im Landkreis Straubing-Bogen wird Kreisrat Ernst Hinsken, MdB, aus Haibach am 5.2.2013 70 Jahre alt.

März

Kreisrat Johann Esterl aus Landau a. d. Isar im Landkreis Dingolfing-Landau wird am 10.3.2013 70 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Dingolfing-Landau vollendet Kreisrat Reiner Schachtner aus Loiching am 27.3.2013 das 70. Lebensjahr.

Am 4.3.2013 feiert Kreisrat Max Haugeneder aus Grainet, Landkreis Freyung-Grafenau, den 65. Geburtstag.

Kreisrat Arno Wolf aus Pfeffenhausen im Landkreis Landshut wird am 8.3.2013 70 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Helmut Kepler aus Pocking, Landkreis Passau, am 26.3.2013.

Den 70. Geburtstag feiert Kreisrat Michael Schmelmer aus Drachselsried im Landkreis Regen am 25.3.2013.

Am 4.3.2013 wird Kreisrat Josef Brunner aus Ruhmannsfelden im Landkreis Regen 65 Jahre alt.

Im Landkreis Rottal-Inn vollendet Kreisrätin Beate Asam aus Gangkofen am 30.3.2013 das 50. Lebensjahr.

Kreisrat Dr. Ulrich Bauer aus Julbach im Landkreis Rottal-Inn feiert am 30.3.2013 den 65. Geburtstag.

Das 75. Lebensjahr vollendet Kreisrat Gerhard Pescke aus Hunderdorf im Landkreis Straubing-Bogen am 25.3.2013.

Oberpfalz

November

Kreisrat und Stellv. Landrat Fritz Winklmann aus Rötz, Landkreis Cham, wurde am 13.11.2012 65 Jahre alt.

Im Landkreis Schwandorf feierte Kreisrat Siegfried Damm aus Teublitz am 28.11.2012 den 65. Geburtstag.

Am 7.11.2012 vollendete Kreisrat Franz Dürrschmidt aus Wiesau im Landkreis Tirschenreuth das 65. Lebensjahr.

Den 65. Geburtstag feierte Kreisrat und Erster Bürgermeister Albert Köstler aus Markt Neualbenreuth, Landkreis Tirschenreuth, am 29.11.2012.

Ebenfalls im Landkreis Tirschenreuth wurde Kreisrätin Mila Braun aus Mitterteich am 19.11.2012 70 Jahre alt.

Dezember

Den 50. Geburtstag feierte Kreisrat Joachim Neuß aus Auerbach i. d. OPf. im Landkreis Amberg-Weizsach am 13.12.2012.

Kreisrat und Bürgermeister Josef Kammermeier aus Eschlkam im Landkreis Cham vollendete am 2.12.2012 das 60. Lebensjahr.

Am 6.12.2012 wurde Kreisrat und Bürgermeister Klaus Bergbauer aus Lam, Landkreis Cham, 65 Jahre alt.

Im Landkreis Neumarkt i. d. OPf. feierte Kreisrat Erwin Ehemann aus Freystadt am 14.12.2012 den 60. Geburtstag.

Kreisrat und Erster Bürgermeister Hubert Kellner aus Waldershof, Landkreis Tirschenreuth, wurde am 5.12.2012 60 Jahre alt.

Januar

Am 7.1.2013 vollendet Kreisrat Franz Mädler aus Ursensollen, Landkreis Amberg-Weizsach, das 60. Lebensjahr.

Den 70. Geburtstag feiert Kreisrat Willibald Keßler aus Lupburg im Landkreis Neumarkt i. d. OPf. am 2.1.2013.

Im Landkreis Regensburg wird Kreisrat Dr. Reinhard Erös aus Mintraching am 4.1.2013 65 Jahre alt.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrat Toni Schmid aus Aufhausen, Landkreis Regensburg, am 15.1.2013.

Am 29.1.2013 wird Kreisrat Michael Ebnet aus Schönsee im Landkreis Schwandorf 70 Jahre alt.

Kreisrätin Maria Schlögl aus Wernberg-Köblitz im Landkreis Schwandorf feiert am 31.1.2013 den 60. Geburtstag.

Februar

Im Landkreis Amberg-Weizsach wird Kreisrat Werner Cermak aus Kümmersbruck am 1.2.2013 65 Jahre alt.

Kreisrat Dr. Karl Vetter, MdL, aus Cham im gleichnamigen Landkreis feiert am 9.2.2013 den 60. Geburtstag.

Ebenfalls im Landkreis Cham vollendet Kreisrat und Bürgermeister Ludwig Reger aus Rötz am 28.2.2013 das 60. Lebensjahr.

Am 6.2.2013 wird Kreisrat Josef Haberkorn aus Vohenstrauß im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab 65 Jahre alt.

Kreisrätin Sylvia Stierstorfer, MdL, aus Pfatter im Landkreis Regensburg feiert am 22.2.2013 den 50. Geburtstag.



Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat und Bürgermeister a. D. Dagobert Knott aus Regenstauf, Landkreis Regensburg, am 24.2.2013.

Im Landkreis Schwandorf wird Kreisrat Arnold Kimmerl aus Pfreimd am 5.2.2013 65 Jahre alt.

Am 14.2.2013 feiert Kreisrätin Margot Weber aus Neunburg vorm Wald, Landkreis Schwandorf, den 65. Geburtstag.

Kreisrat Rainer Fischer aus Waldsassen im Landkreis Tirschenreuth wird am 22.2.2013 65 Jahre alt.

März

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Sepp Riederer aus Neukirchen b. Hl. Blut, Landkreis Cham, am 15.3.2013.

Kreisrat Helmut Lahner aus Neumarkt i. d. OPf. im gleichnamigen Landkreis vollendet am 5.3.2013 das 65. Lebensjahr.

Am 10.3.2013 wird Kreisrat, Stellvertreter des Landrats und Bürgermeister a. D. Otto Gascher aus Schierling im Landkreis Regensburg 70 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Regensburg feiert Kreisrat Michael Drindl aus Regenstauf am 12.3.2013 den 65. Geburtstag.

Das 70. Lebensjahr vollendet Kreisrat Georg Pfannenstein aus Pfreimd, Landkreis Schwandorf, am 4.3.2013.

Kreisrätin Roswitha Kiener-Gietl aus Maxhütte-Haidhof im Landkreis Schwandorf wird am 10.3.2013 60 Jahre alt.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrat Franz Kühn aus Tirschenreuth im gleichnamigen Landkreis am 27.3.2013.

Oberfranken

November

Den 60. Geburtstag feierte Kreisrat Michael Mohr aus Burgebrach-Oberharnsbach im Landkreis Bamberg am 10.11.2012.

Kreisrat Dr. Lothar Franz aus Rehau im Landkreis Hof wurde am 29.11.2012 60 Jahre alt.

Am 1.11.2012 vollendete Kreisrat Winfred Bogdahn aus Lichtenfels im gleichnamigen Landkreis das 60. Lebensjahr.

Im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge wurde Kreisrätin Ursula Schricker aus Thiersheim am 7.11.2012 60 Jahre alt.

Dezember

Am 11.12.2012 wurde Kreisrätin Anneliese Kleißl-Keil aus Pegnitz im Landkreis Bayreuth 65 Jahre alt.

Das 65. Lebensjahr vollendete Kreisrat Klaus Wolfrum aus Helmbrechts im Landkreis Hof am 5.12.2012.

Kreisrat Prof. Dr. Dr. Thorolf Hager aus Kronach im gleichnamigen Landkreis feierte am 8.12.2012 den 70. Geburtstag.

Im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge wurde Kreisrat Roland Schöffel aus Wunsiedel am 13.12.2012 65 Jahre alt.

Januar

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Georg Zipfel aus Schlüsselfeld, Landkreis Bamberg, am 17.1.2013.

Am 5.1.2013 wird Kreisrat Klaus Strobel aus Trogen im Landkreis Hof 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Hof vollendet Kreisrat Willi Koska aus Konradsreuth am 20.1.2013 das 65. Lebensjahr.

Kreisrat Helmuth Breitenfelder aus Kulmbach im gleichnamigen Landkreis wird am 4.1.2013 65 Jahre alt.

Das 75. Lebensjahr vollendet Kreisrat Dieter Heckel aus Kulmbach im gleichnamigen Landkreis am 8.1.2013.

Februar

Kreisrat Dr. Reinhold Muckelbauer aus Breitengüßbach im Landkreis Bamberg feiert am 21.2.2013 den 60. Geburtstag.

Am 4.2.2013 wird Kreisrat Peter Zeitler aus Weidenberg im Landkreis Bayreuth 60 Jahre alt.

Im Landkreis Coburg vollendet Kreisrat Hans-Joachim Lieb aus Rödental am 14.2.2013 das 60. Lebensjahr.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrat Erich Pöhlmann aus Oberkotzau, Landkreis Hof, am 12.2.2013.

Kreisrätin Ingrid Steinhäuser aus Kronach im gleichnamigen Landkreis wird am 14.2.2013 70 Jahre alt.

Im Landkreis Kulmbach vollendet Kreisrat Dieter Schaar aus Neudrossenfeld am 16.2.2013 das 60. Lebensjahr.

März

Kreisrat Heinrich Wiesneth aus Pommersfelden-Sambach im Landkreis Bamberg wird am 9.3.2013 65 Jahre alt.

Am 11.3.2013 feiert Kreisrat Günther Vogel aus Speichersdorf im Landkreis Bayreuth den 65. Geburtstag.

Das 75. Lebensjahr vollendet Kreisrat Hannsjürgen Lommer aus Naila im Landkreis Hof am 19.3.2013.

Im Landkreis Kronach wird Kreisrätin Susanne Grebner aus Wilhelmsthal am 8.3.2013 50 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Hermann Feuerpfeil aus Ludwigsstadt, Landkreis Kronach, am 8.3.2013.

Kreisrat Wolfgang Hoderlein aus Kulmbach im gleichnamigen Landkreis wird am 9.3.2013 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Kulmbach vollendet Kreisrat Klaus Zahner aus Neuenmarkt am 24.3.2013 das 70. Lebensjahr.

Mittelfranken

November

Am 16.11.2012 feierte Kreisrätin und Bürgermeisterin Dr. Birgit Krefß aus Markt Erlbach im Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim den 50. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendete Kreisrat Oswald Brigl aus Greding im Landkreis Roth am 23.11.2012.



Dezember

Kreisrat Jürgen Ströbel aus Daubersbach, Landkreis Ansbach, wurde am 16.12.2012 65 Jahre alt.

Den 65. Geburtstag feierte Kreisrätin Marlene Rupprecht, MdB, aus Tuchenbach im Landkreis Fürth am 20.12.2012.

Ebenfalls im Landkreis Fürth vollendete Kreisrat Günter Gabsteiger aus Cadolzburg am 23.12.2012 das 70. Lebensjahr.

Kreisrätin Gabriele Schlör aus Weißenburg i. Bay., Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, wurde am 18.12.2012 65 Jahre alt.

Am 10.12.2012 feierte Kreisrat Richard Zäh aus Dietfurt im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen den 65. Geburtstag.

Januar

Kreisrat Waldemar Kleetz aus Gremsdorf, Landkreis Erlangen-Höchstadt, wird am 10.1.2013 65 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Erlangen-Höchstadt vollendet Kreisrat Dr. Christoph Maier aus Eckental am 16.1.2013 das 82. Lebensjahr.

Am 17.1.2013 vollendet Kreisrat Werner Nickel aus Zirndorf im Landkreis Fürth das 65. Lebensjahr.

Kreisrätin Ingrid Wendler-Aufrecht aus Obermichelbach, Landkreis Fürth, feiert am 24.1.2013 den 65. Geburtstag.

Im Landkreis Nürnberger Land wird Kreisrat Karl-Heinz Herrmann aus Lauf a. d. Pegnitz am 31.1.2013 65 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Wolfgang Scharpff aus Schwanstetten, Landkreis Roth, am 17.1.2013.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrat Uwe Döbler aus Weißenburg, Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, am 15.1.2013.

Februar

Am 24.2.2013 wird Kreisrat Jorg Zehnder aus Heilsbronn im Landkreis Ansbach 65 Jahre alt.

Kreisrat Bernhard Schwab aus Herzogenaurach, Landkreis Erlangen-Höchstadt, feiert am 27.2.2013 den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Roth vollendet Kreisrat Johann Schwab aus Abenberg am 15.2.2013 das 70. Lebensjahr.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Erhard Schneider aus Schwanstetten, Landkreis Roth, am 12.2.2013.

März

Kreisrätin Monika Popp aus Burgoberbach im Landkreis Ansbach wird am 4.3.2013 60 Jahre alt.

Im Landkreis Fürth vollendet Kreisrat Wolfgang Kistner aus Puschendorf am 3.3.2013 das 60. Lebensjahr.

Am 7.3.2013 feiert Kreisrat Wolfram Schaa aus Zirndorf

im Landkreis Fürth den 60. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Walter Schnell aus Kammerstein, Landkreis Roth, am 26.3.2013.

Kreisrat Artur Auernhammer aus Oberhochstatt im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen wird am 9.3.2013 50 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen feiert Kreisrätin Erika Gruber aus Gunzenhausen am 28.3.2013 den 65. Geburtstag.

Unterfranken

November

Im Landkreis Aschaffenburg vollendete Kreisrat Hans Klug aus Großostheim am 4.11.2012 das 65. Lebensjahr.

Am 9.11.2012 wurde Kreisrat Dr. med. Rolf Ringert aus Alzenau im Landkreis Aschaffenburg 70 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Aschaffenburg feierte Kreisrätin Helga Stein aus Mömbris/Schimborn am 29.11.2012 den 65. Geburtstag.

Kreisrat Peter Sell aus Hammelburg im Landkreis Bad Kissingen wurde am 23.11.2012 60 Jahre alt.

Das 65. Lebensjahr vollendete Kreisrat Günther Geiling aus Breitbrunn im Landkreis Haßberge am 27.11.2012.

Im Landkreis Kitzingen wurde Kreisrat Roland Kundmüller aus Albertshofen am 19.11.2012 60 Jahre alt.

Kreisrat Walter Hahn aus Wiesentheid im Landkreis Kitzingen feierte am 20.11.2012 den 75. Geburtstag.

Am 27.11.2012 wurde Kreisrat Kurt Kneipp aus Karbach im Landkreis Main-Spessart 70 Jahre alt.

Das 80. Lebensjahr vollendete Kreisrat Ernst-Alfred Kienast aus Rimpf, Landkreis Würzburg, am 21.11.2012.

Dezember

Am 3.12.2012 wurde Kreisrat Franz Straub aus Bessenbach im Landkreis Aschaffenburg 60 Jahre alt.

Kreisrätin Heidi Reitmeier aus Albertshofen, Landkreis Kitzingen, vollendete am 1.12.2012 das 65. Lebensjahr.

Im Landkreis Main-Spessart feierte Kreisrätin Brigitte Riedmann aus Lohr a. Main am 27.12.2012 den 65. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendete Kreisrat Wolfgang Kuhl aus Erlabrunn, Landkreis Würzburg, am 20.12.2012.

Den 50. Geburtstag feierte Kreisrat Hermann Brell aus Bütthard im Landkreis Würzburg am 28.12.2012.

Januar

Im Landkreis Haßberge wird Kreisrat Dr. Alfred Hahn aus Burgpreppach am 18.1.2013 60 Jahre alt.



Kreisrat Dr. Heinrich Goschenhofer aus Hofheim im Landkreis Haßberge vollendet am 26.1.2013 das 60. Lebensjahr.

Ebenfalls im Landkreis Haßberge feiert Kreisrat Thomas Sechser aus Oberaurach-Dankenfeld am 13.1.2013 den 50. Geburtstag.

Am 26.1.2013 wird Kreisrat Karl-Dieter Fuchs aus Mainstockheim, Landkreis Kitzingen, 60 Jahre alt.

Kreisrat Manfred Dietz aus Bastheim im Landkreis Rhön-Grabfeld vollendet am 11.1.2013 das 65. Lebensjahr.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Rainer Fuchs aus Rottendorf, Landkreis Würzburg, am 10.1.2013.

Im Landkreis Würzburg wird Kreisrätin Barbara Kuhn aus Güntersleben am 14.1.2013 50 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Würzburg vollendet Kreisrätin Marion Reuther aus Margetshöchheim am 22.1.2013 das 60. Lebensjahr.

Februar

Kreisrat Alfred Schrenk aus Wildflecken im Landkreis Bad Kissingen wird am 5.2.2013 65 Jahre alt.

Am 20.2.2013 vollendet Kreisrat Rudi Eck aus Haßfurt, Landkreis Haßberge, das 65. Lebensjahr.

Ebenfalls im Landkreis Haßberge feiert Kreisrat Werner Thein aus Maroldswesach am 19.2.2013 den 65. Geburtstag.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Angelika Wilimsky aus Bad Königshofen i. Gr., Landkreis Rhön-Grabfeld, am 2.2.2013.

März

Kreisrat Dieter Maiberger aus Stockstadt im Landkreis Aschaffenburg wird am 3.3.2013 65 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Günter Kiesel aus Nüdlingen im Landkreis Bad Kissingen am 12.3.2013.

Am 7.3.2013 vollendet Kreisrat Emil Däschner aus Ebelsbach, Landkreis Haßberge, das 80. Lebensjahr.

Im Landkreis Kitzingen wird Kreisrat Hans Plate aus Willanzheim am 28.3.2013 50 Jahre alt.

Kreisrätin Christa Büttner aus Kitzingen im gleichnamigen Landkreis feiert am 29.3.2013 den 60. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Helmut Demel aus Miltenberg im gleichnamigen Landkreis am 19.3.2013.

Am 6.3.2013 wird Kreisrat Hermann-Josef Eck aus Bürgstadt im Landkreis Miltenberg 75 Jahre alt.

Den 75. Geburtstag feiert Kreisrat Erich Stappel aus Wörth a. Main, Landkreis Miltenberg, am 21.3.2013.

Kreisrat Dr. Jörg Fliegau aus Bad Königshofen i. Gr. im Landkreis Rhön-Grabfeld wird am 25.3.2013 65 Jahre alt.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Rosalinde Schraud aus Estenfeld im Landkreis Würzburg am 15.3.2013.

Schwaben

November

Kreisrat Franz Fendt aus Gersthofen, Landkreis Augsburg, vollendete am 5.11.2012 das 80. Lebensjahr.

Im Landkreis Augsburg wurde Kreisrat Pius Kaiser aus Gablingen am 8.11.2012 75 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feierte Kreisrätin und Stellvertreterin des Landrats Cilli Ruf aus Deisenhausen, Landkreis Günzburg, am 2.11.2012.

Am 18.11.2012 vollendete Kreisrat Herbert Zötler aus Rettenberg, Landkreis Oberallgäu, das 60. Lebensjahr.

Kreisrat Karl Fleischhut aus Wolfertschwenden im Landkreis Unterallgäu wurde am 4.11.2012 60 Jahre alt.

Dezember

Den 60. Geburtstag feierte Kreisrätin Ruth Meißler aus Nördlingen, Landkreis Donau-Ries, am 17.12.2012.

Im Landkreis Neu-Ulm wurde Kreisrat Konrad Dehm aus Elchingen am 10.12.2012 65 Jahre alt.

Kreisrätin Ulrike Müller, MdL, aus Missen-Wilhams im Landkreis Oberallgäu vollendete am 7.12.2012 das 50. Lebensjahr.

Am 24.12.2012 feierte Kreisrat, Stelly. Landrat und Erster Bürgermeister Anton Klotz aus Haldenwang im Landkreis Oberallgäu den 60. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendete Kreisrat und Erster Bürgermeister Heribert Kammel aus Altusried im Landkreis Oberallgäu am 25.12.2012.

Januar

Kreisrat Ronald Kraus aus Kissing, Landkreis Aichach-Friedberg, wird am 22.1.2013 50 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Aichach-Friedberg feiert Kreisrat und Erster Bürgermeister Ludwig Hainzinger aus Schmiechen am 31.1.2013 den 65. Geburtstag.

Am 2.1.2013 wird Kreisrat Hermann Mack aus Bächingen im Landkreis Dillingen a. d. Donau 60 Jahre alt.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat Xaver Schnierle aus Wolfenstadt, Landkreis Donau-Ries, am 21.1.2013.

Im Landkreis Neu-Ulm feiert Kreisrat Richard Ambs aus Elchingen am 27.1.2013 den 70. Geburtstag.

Kreisrätin Angelika Käppeler aus Senden im Landkreis Neu-Ulm wird am 16.1.2013 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Neu-Ulm vollendet Kreisrätin Heidi Ritsche-Thoma aus Illertissen am 7.1.2013 das 50. Lebensjahr.

Am 13.1.2013 wird Kreisrätin Hannelore Zetzmann aus Blaichach im Landkreis Oberallgäu 60 Jahre alt.



Kreisrat Kaspar Reitemann aus Rettenberg, Landkreis Oberallgäu, feiert am 28.1.2013 den 60. Geburtstag.

Februar

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Ulrike Höfer aus Gessertshausen im Landkreis Augsburg am 27.2.2013.

Im Landkreis Dillingen a. d. Donau wird Kreisrat Willy Lehmeier aus Wertingen am 13.2.2013 50 Jahre alt.

Am 3.2.2013 feiert Kreisrat Georg Zeiser aus Bubesheim im Landkreis Günzburg den 50. Geburtstag.

Kreisrätin Karin Schmalholz aus Apfeltrach, Landkreis Unterallgäu, wird am 9.2.2013 60 Jahre alt.

März

Den 75. Geburtstag feiert Kreisrat und Stellvertreter des Landrats Rupert Reitberger aus Hollenbach im Landkreis Aichach-Friedberg am 3.3.2013.

Im Landkreis Augsburg vollendet Kreisrätin Friedlinde Besserer aus Nordendorf am 7.3.2013 das 60. Lebensjahr.

Am 14.3.2013 wird Kreisrat Dr. Karl-Heinz Brunner aus Illertissen, Landkreis Neu-Ulm, 60 Jahre alt.

Ebenfalls aus Illertissen im Landkreis Neu-Ulm feiert Kreisrat Josef Fackler am 16.3.2013 den 75. Geburtstag.

Kreisrat Herbert Pressl aus Vöhringen im Landkreis Neu-Ulm vollendet am 10.3.2013 das 60. Lebensjahr.

Den 70. Geburtstag feiert Kreisrat und Altbürgermeister Gerd Bischoff aus Immenstadt, Landkreis Oberallgäu, am 18.3.2013.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Dr. Franz Josef Neumayer aus Mindelheim im Landkreis Unterallgäu am 5.3.2013.

Der Bayerische Landkreistag ist einer der vier kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

Neben dem Bayerischen Landkreistag sind dies der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Verband der bayerischen Bezirke. Die 71 bayerischen Landkreise haben sich freiwillig zu diesem kommunalen Spitzenverband zusammengeschlossen, der gleichzeitig eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Diensttherreneigenschaft ist. Wesentliches Ziel des Bayerischen Landkreistags ist es, die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene zu sichern und zu stärken: Nach außen, insbesondere gegenüber dem Gesetzgeber und den Ministerien, werden die gemeinsamen Interessen der bayerischen Landkreise vertreten, nach innen werden die Mitglieder informiert und beraten.



Bayerischer Landkreistag

Kardinal-Döpfner-Straße 8 - 80333 München
Telefon: +49 (0) 89/286615-0 - Telefax: +49 (0) 89/282821
info@bay-landkreistag.de - www.bay-landkreistag.de